



Plenarprotokoll

19. Sitzung

Mittwoch, 24. Januar 2018

Regierungserklärung zur Vereinbarung der Landesregierung mit den kommunalen Landesverbänden

1253

Drucksache 19/464

Daniel Günther, Ministerpräsident 1253

Dr. Ralf Stegner [SPD]..... 1256

Tobias Koch [CDU]..... 1259

Eka von Kalben [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]..... 1263

Christopher Vogt [FDP]..... 1266

Claus Schaffer [AfD]..... 1269

Lars Harms [SSW]..... 1270

Dauerhafter Erhalt von Gieselaukanal und -schleuse als Bundeswasserstraße

1273

Antrag der Fraktion der AfD
Drucksache 19/386

Eider, Gieselaukanal und -schleuse in der Trägerschaft des Bundes erhalten - Schiffbarkeit und Wasserabfluss gewährleisten

1273

Alternativantrag der Fraktionen von
CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten
des SSW
Drucksache 19/414

Volker Schnurrbusch [AfD]..... 1273

Andreas Hein [CDU]..... 1274

Kerstin Metzner [SPD]..... 1275

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]..... 1276

Oliver Kumbartzky [FDP]..... 1277

Flemming Meyer [SSW].....	1278	Bericht der Landesregierung Drucksache 19/427	
Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus.....	1279	Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Mini- sterin für Justiz, Europa, Ver- braucherschutz und Gleichstel- lung.....	1281
Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/386		Regina Poersch [SPD].....	1282
2. Annahme des Alterna- tivantrags Drucksache 19/414.....	1281	Hartmut Hamerich [CDU].....	1284
Gemeinsame Beratung		Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1285
a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Ge- setzes über das Schleswig-Hol- steinische Landesverfassungsge- richt (Landesverfassungsge- richtsgesetz - LVerfGG)	1281	Stephan Holowaty [FDP].....	1286
Gesetzentwurf der Fraktion der AfD		Claus Schaffer [AfD].....	1287
Drucksache 19/443		Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	1288
b) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Ge- setzes über das Schleswig-Hol- steinische Landesverfassungsge- richtsgesetz - LVerfGG)	1281	Beschluss: 1. Überweisung des An- trags Drucksache 19/411 (neu) an den Europaausschuss	
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeord- neten des SSW		2. Überweisung des Be- richts Drucksache 19/427 an den Europaausschuss zur abschließen- den Beratung.....	1289
Drucksache 19/444		Elektromobilität technologieoffen voranbringen	1289
Beschluss: Überweisung der Ge- setzentwürfe Drucksachen 19/443 und 19/444 an den Innen- und Rechtsausschuss.....	1281	Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP	
Gemeinsame Beratung		Drucksache 19/453	
a) Umsetzung des Arbeitspro- gramms der Europäischen Kommission für 2018 in Schles- wig-Holstein	1281	Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW	
Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW		Drucksache 19/475	
Drucksache 19/411 (neu)		Die Strategie für Elektromobilität technologieoffen und nutzerorien- tiert voranbringen	1289
b) Bericht der Landesregierung zum Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2018	1281	Alternativantrag der Fraktion der SPD	
		Drucksache 19/477	
		Andreas Hein [CDU].....	1289
		Thomas Hölck [SPD].....	1290
		Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1291
		Kay Richert [FDP].....	1293
		Volker Schnurrbusch [AfD].....	1294
		Flemming Meyer [SSW].....	1295
		Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1296
		Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisie- rung.....	1297

Beschluss: Überweisung des Antrags Drucksache 19/453, des Änderungsantrags Drucksache 19/475 und des Alternativantrags Drucksache 19/477 an den Wirtschaftsausschuss.....	1298	Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren.....	1314
Gesundheitsschutz beim Shisha-Rauchen	1298	Beschluss: Überweisung des Antrags Drucksache 19/437 und des Alternativantrags Drucksache 19/479 an den Sozialausschuss.....	1316
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/430		Fonds für Barrierefreiheit einrichten	1316
Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 19/476 (neu)		Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/253	
Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus.....	1299	Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses Drucksache 19/420	
Bernd Heinemann [SPD].....	1300, 1307	Werner Kalinka [CDU], Bericht-erstatte.....	1316
Wolf Rüdiger Fehrs [CDU].....	1302	Andrea Tschacher [CDU].....	1316
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1303	Wolfgang Baasch [SPD].....	1317
Dennys Bornhöft [FDP].....	1304	Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1318
Dr. Frank Brodehl [AfD].....	1305	Dennys Bornhöft [FDP].....	1318
Flemming Meyer [SSW].....	1306	Dr. Frank Brodehl [AfD].....	1320
Beschluss: 1. Antrag Drucksache 19/430 mit der Berichterstattung der Landesregierung erledigt		Flemming Meyer [SSW].....	1321
2. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/476 (neu).....	1307	Daniel Günther, Ministerpräsident	1322
Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen schuldgeldfrei gestalten	1307	Beschluss: 1. Antrag Drucksache 19/253 mit Zustimmung der Antragsteller für erledigt erklärt	
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/437		2. Übernahme und Zustimmung der in Drucksache 19/420 enthaltenen EntschlieÙung.	1323
Gesundheitsfachberufe fördern	1307	Wahl der Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums	1323
Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/479		Wahlvorschlag der Fraktion der FDP Drucksache 19/455	
Birte Pauls [SPD].....	1307, 1313	Beschluss: Annahme des Wahlvorschlages Drucksache 19/455.....	1323
Katja Rathje-Hoffmann [CDU].....	1308		
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1309, 1314		
Dennys Bornhöft [FDP].....	1310		
Dr. Frank Brodehl [AfD].....	1311		
Flemming Meyer [SSW].....	1312		

* * * *

Regierungsbank:

Daniel Günther, Ministerpräsident

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zweiter Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

* * * *

Beginn: 10:03 Uhr**Präsident Klaus Schlie:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 8. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig.

Folgende Kolleginnen und Kollegen sind erkrankt: Serpil Midyatli, Ines Strehlau, Jörg Nobis und Ministerin Heinold. - Wir wünschen ihnen allen gute Genesung!

(Beifall)

Beurlaubt ist der Kollege Martin Habersaat, der Ähnliches vor sich hat, wie es der Kollege Vogt schon hinter sich hat.

(Zuruf: Es ist schon geboren!)

- Es ist schon geboren? - Dann hat seine Frau das schon hinter sich gebracht. Dann spreche ich von dieser Stelle aus, ohne dass ich den Namen des Kindes weiß, dem Kollegen Habersaat und seiner Frau im Namen des Hauses ganz herzliche Glückwünsche zur Geburt des Kindes aus!

(Beifall)

Der Abgeordnete Dr. Stegner hat nach § 47 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung mitgeteilt, dass er an der Teilnahme an der heutigen Nachmittagsitzung des Landtages verhindert ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Abgeordnete Claus Schaffer hat heute Geburtstag. - Herzlichen Glückwunsch im Namen des Hauses und alles Gute für das neue Lebensjahr, Herr Schaffer!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln: Zu den Tagesordnungspunkten 2, 3, 4, 5, 7 bis 12, 15 bis 19, 24, 36, 37, 40 und 41 ist eine Aussprache nicht geplant. Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 31, 35, 38 und 44. Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 13 und 14, Entwürfe von Gesetzen zur Änderung des Gesetzes über das Landesverfassungsgericht, sowie die Tagesordnungspunkte 21 und 42, Umsetzung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission. Anträge zu

(Präsident Klaus Schlie)

einer Aktuellen Stunde oder einer Fragestunde liegen nicht vor.

Zu den Tagesordnungspunkten 13 und 14 zur Änderung des Gesetzes über das Landesverfassungsgericht ist vorgesehen, die erste und zweite Lesung in dieser Tagung durchzuführen. Der Innen- und Rechtsausschuss wird hierfür zur Beratung am Mittwoch zusammenkommen. - Widerspruch sehe ich nicht, dann verfahren wir so.

Wann die weiteren Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 8. Tagung.

Wir werden heute und morgen jeweils unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause längstens bis 18 Uhr tagen. Am Freitag ist keine Mittagspause vorgesehen. Die Sitzung am Freitag wird um circa 12 Uhr enden, da im Anschluss hier im Plenarsaal die Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus stattfinden wird. - Ich höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtages unsere Gäste, Schülerinnen und Schüler der Jacob-Struve-Schule aus Horst und des Regionalen Bildungszentrums 1 aus Kiel mit Lehrkräften im Vorbereitungsdienst. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 A auf:

Regierungserklärung zur Vereinbarung der Landesregierung mit den kommunalen Landesverbänden

Drucksache 19/464

Das Wort hat Herr Ministerpräsident Daniel Günther.

Daniel Günther, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Land und Kommunen sind eine Verantwortungsgemeinschaft. Das ist unbestreitbar. Zu dieser Verantwortung stehen wir. Die Kommunen können auf unsere Hilfe vertrauen, weil unser gemeinsames Ziel ist, dass Schleswig-Holstein ein liebens- und lebenswertes Land bleibt. Ob das gelingt, entscheidet sich ganz maßgeblich in unseren Kommunen.

Wer das anerkennt, und diese Landesregierung tut das, der muss Verhandlungen mit den Kommunen mit dieser Fragestellung führen: Können die Kommunen ihre Aufgaben vor Ort so erledigen, dass die Menschen zufrieden sind? Wer das anerkennt, der kann nicht verhandeln, als führe er einen Abwehrkampf oder einen Verteilungskampf, bei dem es darum geht: Wie viel retten wir an Einnahmen für das Land? Welchen Stich lassen wir die Kommunen machen? Wir machen das anders. Wir erkennen die Leistungen der Kommunen an, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ja, ich bin stolz auf all das, was tagtäglich in unseren Städten und Dörfern in der Selbstverwaltung und im kommunalen Ehrenamt geleistet wird. Dafür an dieser Stelle ein herzlicher Dank an alle, die sich in der Kommunalpolitik engagieren! Auch in Zukunft sind wir auf Sie angewiesen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt SPD)

Sie sind es, die für die Menschen vor Ort Entscheidungen treffen. Ihre Entscheidungen haben direkten Einfluss auf das Leben der Bürgerinnen und Bürger. Sie müssen aber auch den Spielraum haben, damit Sie Entscheidungen treffen können. Das wissen wir. Das Land weiß sehr genau, wo der Schuh drückt. Die Landesregierung und die kommunalen Landesverbände tauschen sich regelmäßig aus, und wir haben mit Innenminister Hans-Joachim Grote einen der besten Kenner kommunaler Belange in unseren Reihen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meine Damen und Herren, weil wir die Arbeit der kommunalen Ebene kennen und anerkennen, übernehmen wir als Land unseren Teil der Verantwortung. Diese Verantwortung haben wir vor zwei Wochen in Zahlen gegossen. Mit der kommunalen Familie haben wir Vereinbarungen getroffen, die Städte, Kreise und Gemeinden in großem Umfang stärken werden. Auch wenn das Land damit an seine eigenen finanziellen Grenzen geht, haben wir diese Vereinbarung aus voller Überzeugung getroffen. Wir wissen, der aktuell gute Haushaltsabschluss darf uns mit seinen positiven einmaligen Effekten nicht täuschen. Nach wie vor können wir strukturelle Mehrausgaben nur mit Augenmaß beschließen. Mein Dank gilt Finanzministerin Monika Heinold, die diesen Prozess mit dem Blick auf un-

(Ministerpräsident Daniel Günther)

sere Finanzen konstruktiv und professionell mitgestaltet hat

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

und jetzt daran arbeitet, dass die ersten Beschlüsse über die Nachschiebeliste noch in diesen Haushalt hineinkommen.

Die Kommunen profitieren von den steigenden Steuereinnahmen des Landes. Allein durch unsere Beschlüsse, die wir gemeinsam verabredet haben, bekommen die Kommunen in diesem Jahr 120 Millionen € zusätzlich. Unter dem Strich können wir den Kommunen so weit entgegenkommen, dass sie zufrieden sind. Ich finde, wir haben vor zwei Wochen ein gutes Ergebnis für unsere besagte Verantwortungsgemeinschaft erzielt.

Diese Landesregierung steht für einen fairen Umgang mit den Kommunen. Das Verhandlungsergebnis ist Ausdruck des anständigen Miteinanders auf Augenhöhe. Das zeigt sich etwa an den geklärten Fragen der Konnexität. Ob G 8, G 9, kommunale Gleichstellungsbeauftragte oder Bundesteilhabegesetz, wir schließen die offenen Konnexitätspunkte, weil Konnexität gegeben ist.

Stichwort: Umstellung auf G 9. Wir als Land wollen die Rückkehr zum Abitur nach neun Jahren. Die Schulen und Eltern nehmen das sehr gut an. Das Bildungsministerium setzt das professionell um. Ob das insgesamt zu höheren Schülerzahlen an Gymnasien führt, wissen wir noch nicht. Anschließend ermitteln wir ganz sauber: Sind Mehrbedarfe unmittelbar durch G 9 entstanden? Wenn ja, kommen wir als Land dafür auf. Das haben wir mit den Kommunen verabredet. Da zahlt sich der verlässliche Dialog von Bildungsministerien Karin Prien mit den Kommunen aus, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, FDP und Dr. Frank Brodehl [AfD])

Noch weitreichender sind die freiwilligen Investitionen und erhöhten Zuschüsse, die wir der kommunalen Familie zugesagt haben. Ein zentraler Bestandteil sind unsere Hilfen für die Kita- und Krippenfinanzierung. Hier liegt die große Last bei den kommunalen Finanzen. Das melden uns Kommunalpolitiker aller Parteien immer wieder zurück. Ich bin froh, dass Sozialminister Heiner Garg das Thema Kita-Finanzierung bereits grundsätzlich angepackt hat. Diese Reform ist auf dem Weg und eines der großen Vorhaben dieser Landesregierung. Alle werden von unserem Minister Heiner Garg in diesen Prozess eingebunden, Kommunen, Träger und

Eltern. Das wird richtig professionell gemacht. Vielen Dank dafür, Heiner Garg!

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Bis zur Neuordnung der Kita-Finanzierung stärken wir die Kommunen schon jetzt deutlich. Wir geben ihnen noch in diesem Jahr 45 Millionen € zusätzlich in die Hand. Im kommenden Jahr erhöhen wir die zusätzlichen Mittel sogar auf 65 Millionen €. Das heißt, der Landeszuschuss für die Krippen steigt in diesem Jahr auf 80 Millionen € und im kommenden Jahr auf 95 Millionen €. Mehr Geld geben wir auch für die Betreuung der über Dreijährigen. Hier sind es in diesem Jahr 15 Millionen € mehr. In den beiden Folgejahren sind es noch einmal 20 Millionen € mehr. Mit diesen zusätzlichen Mitteln steigt der Landesanteil im Bereich der Finanzierung der Kindertagesbetreuung auf über 30 %.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber damit erwarten wir natürlich auch, dass die Elternbeiträge in den Kommunen mindestens stabil bleiben; denn die Familien in Schleswig-Holstein dürfen nicht noch mehr belastet werden, als sie es ohnehin schon sind. Auch das ist das Ziel dieser Vereinbarung, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU und FDP)

Deswegen sage ich Ihnen auch einmal, worin der Unterschied zwischen Land und Bund an der Stelle liegt. Der Bund führt im Moment Koalitionsverhandlungen. Wir freuen uns auch, dass dort öffentlich proklamiert wird, dass mehr Mittel für Kitas kommen. Das Problem ist nur, das ist an der Stelle ein Nullsummenspiel. Für das Betreuungsgeld kam das Geld bis 2018 garantiert. Jetzt ist im Sondierungspapier festgehalten, dass in den Jahren danach noch einmal die gleiche Summe kommt. Wer den Menschen öffentlich erzählt - tut mir leid, liebe Sozialdemokraten -, durch diese Vereinbarung sei der Einstieg in die Kostenlos-Kita erreicht, tut genau das, was die Menschen vor Ort, diejenigen, die in den Kommunen Verantwortung tragen, nicht ertragen können, nämlich dass auf Bundesebene große Versprechen gemacht werden, jedoch kein Geld fließt und die Kommunen mit ihrer Verantwortung alleingelassen werden. Ich bin stolz darauf, dass wir in Schleswig-Holstein anders sind, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

(Ministerpräsident Daniel Günther)

Diese Landesregierung will die Eltern entlasten. Wenn wir das wollen, müssen wir dafür jetzt auch eigene Mittel mobilisieren. Wir machen das. 2020 fangen wir damit an. Mittelfristig wollen wir dafür jährlich 60 Millionen € einsetzen. Für die Kommunen bedeutet die Entlastung übrigens auch, die Ausweisung von Baugebieten hängt nicht länger davon ab, ob man sich als Kommune die Kita-Plätze leisten kann. Diese Frage stellt sich in vielen Orten tatsächlich. Die Antwort kann nur lauten: Wir brauchen mehr Wohnraum im Land und mehr Kita-Plätze. Diese müssen für Eltern wie für Träger finanzierbar sein. Beides machen wir möglich.

Ein weiteres Ergebnis unserer Einigung ist: Wir stärken die Investitionskraft der Kommunen. Wir haben ein Investitionspaket für die Kommunen von über 100 Millionen € geschnürt: für Infrastruktur, für Schulbau und für Sport. Deshalb packen wir auf das 34-Millionen-€-Investitionspaket noch 15 Millionen € Landesgeld drauf, und zwar in diesem Jahr und in den kommenden beiden Jahren. Davon werden 4 Millionen € für projekt- oder themenbezogene Förderung reserviert. Dazu gehört die Sanierung von Feuerwehrgerätehäusern und die bereits zugesagte kommunale Beteiligung am Theaterneubau Schleswig in Höhe von 2 Millionen €.

Der Löwenanteil dieser Mittel wird den drei Kommunalgruppen pauschal nach einem festen Schlüssel bereitgestellt. Sie können diese Mittel flexibel einsetzen, um ihre Infrastruktur zu sanieren. Ich habe gelesen, dass kritisiert worden ist, dass wir nicht festgelegt haben, wofür diese Gelder eingesetzt werden. Aber ich sage Ihnen: Wir reden den Kommunen in den Bereichen nicht rein, weil unser Verständnis von kommunaler Selbstverwaltung ist, dass sie selbst wissen, wo das Geld gebraucht wird. Deswegen muss dort auch die Verantwortung bleiben.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Mit 50 Millionen € starten wir sofort in ein neues Schulbau-Programm. Weitere 7,5 Millionen € stellen wir für die Sanierung von Sportstätten zur Verfügung. Für besonders finanzschwache Gemeinden werden wir ab 2018 jährlich 15 Millionen € an Konsolidierungshilfen zur Verfügung stellen. Damit setzen wir die bisherigen Hilfen fort.

Ein wichtiges Ergebnis haben wir auch mit Blick auf die Digitalisierung erreicht: Land und Kommunen stimmen ihre Ziele aufeinander ab, damit Land und Kommunen beim E-Government in dieselbe Richtung laufen.

Wenn ich einmal alles zusammenrechne, dann können unsere Kommunen von 2018 bis 2020 mit mehr als 276 Millionen € an zusätzlichen Mitteln kalkulieren. Die Konsolidierungshilfen sind noch gar nicht mitgerechnet. Wir geben also über eine Viertelmilliarde zusätzlich an die Kommunen für Kitas und Infrastruktur; denn wir wollen, dass die Kommunen wieder in der Lage sind, ihre Infrastruktur von Straße bis Schule zu bauen und zu unterhalten. Wir haben uns vorgenommen, den Sanierungsstau in Schleswig-Holstein zu beenden. Deshalb fördern wir die Kommunen bei ihrer öffentlichen Infrastruktur so deutlich.

Wir haben in der kommunalen Familie Vereinbarungen getroffen, die bis 2020 tragen, und zwar aus dem ganz einfachen Grund: Wir machen uns jetzt an die Reform des kommunalen Finanzausgleichs. Es wird die größte und umfassendste KFA-Reform, die es in Schleswig-Holstein bislang gegeben hat.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

- Wir setzen das ja auch alles um. Alle Versprechen haben wir umgesetzt, Frau Raudies.

(Beifall CDU und FDP - Heiterkeit SPD)

Auch hier wird uns der Gedanke leiten: Wir suchen den fairen Interessenausgleich mit den Kommunen. Wir wollen einen neuen KFA, der zwischen Land und Kommunen austariert ist, damit das Land und unsere Städte, Kreise und Städte ihre Aufgaben erfüllen und ihre Leistungen erbringen können. Diese Maxime wird uns während des gesamten Reformprozesses leiten. Das sage ich der kommunalen Ebene zu.

Wir stehen in den Beziehungen zu unseren Kommunen für stabile Verlässlichkeit. Die Kommunen können sich darauf verlassen, dass das Land seine Verantwortung sieht und wahrnimmt. Die bundespolitischen Rahmenbedingungen können sich zwar ändern, und das kann auch Folgen für unsere Kommunen haben. Doch wir werden als Land als Sachwalter kommunaler Interessen auftreten. Wir werden das gute Verhältnis zu den kommunalen Entscheidungsträgern pflegen.

Ich freue mich, dass die Jamaika-Koalition unseren Gemeinden, Städten und Kreisen jetzt in derartiger Höhe entgegenkommt. Das hat es noch nicht gegeben. Es war an der Zeit. Das Signal ist klar. Das Land hilft seinen Kommunen; denn Land und Kommunen stehen gemeinsam in der Verantwortung, dass Schleswig-Holstein ein familienfreundliches und lebenswertes Land ist. Dieses Kommunalpaket

(Ministerpräsident Daniel Günther)

ist auf dem Weg dahin ein Meilenstein, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Oppositionsführer, der Fraktionsvorsitzende der SPD, der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was ist das nur für ein unglücklicher Zeitpunkt, um in Schleswig-Holstein zu regieren, sehr geehrter Herr Ministerpräsident: Die Steuern sind niedrig, die Zinsen sind hoch, die desaströse Vorgängerregierung hat Ihnen das organisierte Chaos hinterlassen, die Kassen sind quasi geplündert, wie die Finanzministerin gestern bei der Vorstellung des Jahresabschlusses berichten musste. Hat jemals zuvor eine Landesregierung unter so miserablen Vorzeichen starten müssen? Seien Sie sich des vollen Mitgefühls der Sozialdemokraten versichert. Wenn da nicht die genialen Konzepte Ihrer Regierung und die Klasse, mit der Sie Ihre mutigen Wahlversprechen umsetzen, wären, dann - - Ironie aus!

Im Ernst: Dafür, dass die Koalitionäre der schwarzen Ampel den massiven finanziellen Spielraum vor den Kommunalwahlen nicht ungenutzt lassen, haben Sie mein volles Verständnis. Zumindest - auch das ist menschlich und politisch verständlich - sollen möglichst wenig Misstöne die Stimmung stören. Ruhe in den Rathäusern - das ist die Devise, mit der man die Einigung, über die wir heute sprechen, überschreiben könnte.

Herr Ministerpräsident, in Ihrer Regierungserklärung haben Sie sich darauf beschränkt, noch einmal - mit ein wenig Prosa versehen - den Text Ihrer Pressemitteilung vorzulesen. Das ist eine ganz neue Serviceleistung für Lesefauler. Aber wir wollen uns nicht beschweren. Wenn der heutige schwarz-gelb-grüne Kommunalwahlkampfauftakt dazu beiträgt, die für Sie nicht so erfreulichen Schlagzeilen über die geplatzten Träume in Berlin ein wenig zu verdrängen und den Blick auf unsere engagierten Kommunalpolitiker zu richten, ist das eine gute Sache. Wir bedanken uns bei all denen, die sich in den Kommunen engagieren, die sich für die Kommunalpolitik in den Rathäusern engagieren.

(Beifall SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie haben bewiesen: Ein prall gefülltes Portemonnaie ist leider kein Garant dafür, dass Wahlversprechen gehalten werden. Es ist noch nicht einmal ein Jahr her, dass der Wahlkämpfer Daniel Günther durchs Land zog und den Menschen große Versprechungen machte, zum Beispiel zu den Straßenausbaubeiträgen. Ich weiß, Sie hören das nicht gern, und ich weiß, dass Herr Koch sich fast schon überschlagen hat - das ist bei Ihrer Länge eine Schwierigkeit, aber Sie haben es fast geschafft -, um zu erklären, dass Sie das im Wahlkampf gar nicht so gesagt haben, wie Sie es gemeint haben - oder umgekehrt. Blöd ist nur, dass Sie sich ganz klar ausgedrückt haben. Es ist eigentlich leichter, den Mund zu halten, als sich zu versprechen. Kurz vor der Landtagswahl haben Sie in Uetersen angekündigt, die Kommunen würden wieder selbst über die Straßenausbaubeiträge entscheiden. Ich zitiere Sie mit dem nachfolgenden Satz; Herr Garg, lachen Sie nicht zu früh. Daniel Günther sagte:

„Wir werden die Kommunen so unterstützen, dass sie sich das Geld nicht von den Bürgern holen müssen und sich Straßenbau wieder leisten können.“

Zitat Ende. Klarer geht es kaum.

(Beifall CDU und FDP)

- Ja, noch klatschen Sie. - Sie klatschen zum Versprechen. Aber jetzt kommt die Wahrheit: In dieser Hinsicht ist Ihre Einigung ein glatter Reinfall. 15 Millionen € mehr gibt es für die Gemeinden aus dem kommunalen Investitionspaket. Das ist normalerweise kein Klacks; aber das ist meilenweit von dem entfernt, was Sie im Wahlkampf versprochen haben. Was passiert im Augenblick? In den reichen Kommunen passiert das und in den armen nicht. Das ist weder gerecht noch fair, und es ist eine glatte Lüge, Herr Ministerpräsident. Das will ich Ihnen ganz deutlich sagen.

(Beifall SPD)

Kein Wunder, dass das Wort „Straßenausbaubeiträge“ in Ihrer Pressemitteilung nicht vorkommt - wohlweislich. Das müsste Ihnen ja auch peinlich sein; denn die Kommunen müssen für Ihre faulen Wahlversprechen zahlen. Das haben die Kommunen übrigens auch begriffen. Nahezu im Stundentakt gehen bei uns Resolutionen der Ratsversammlungen und Gemeindevertretungen ein, in denen das Land aufgefordert wird, endlich die Kosten dafür zu übernehmen, was Sie versprochen haben, Herr Ministerpräsident. Das tun Sie nämlich nicht.

(Dr. Ralf Stegner)

(Beifall SPD und SSW)

Natürlich freut man sich immer, wenn bei der Regierung Einsichtsfähigkeit einkehrt. Daher freut es mich, dass Sie quasi über Nacht und fast ohne Druck von SPD und Kommunen erkannt haben, dass der Wechsel von G 8 zu G 9 doch nicht zum Nulltarif zu haben ist. Herzlichen Glückwunsch zu dieser Einsicht! Für jeden anderen Menschen in Schleswig-Holstein war das von Anfang an ersichtlich;

(Beifall SPD)

denn ein zusätzlicher Jahrgang an den Schulen bedeutet zusätzliche Räume und zusätzliche Kosten. Nur zur Erinnerung: Sie hätten den Schulkonferenzen echte Entscheidungen zugestehen können. Das haben Sie aber nicht. Sie haben mit Ihrer abenteuerlichen und undemokratischen Dreiviertelmehrheit bisher jede Diskussion im Keim erstickt. Wenn ich jemandem eine Entscheidung aufzwinge - -

(Das Licht im Plenarsaal geht aus)

Da geht sogar das Licht aus, wenn man über Ihre Bilanz spricht. Kaum redet man über die Bilanz der Regierung, geht hier das Licht aus. Das kann ich gut verstehen.

(Heiterkeit und Beifall SPD)

Schade ist nur, dass Sie auch das über Wochen anders erzählt haben. Ich muss ehrlich sagen: Ein leises Lachen konnte ich mir nicht verkneifen konnte, als ich Ihre Formulierung zur Konnexität gelesen habe. Da steht, mehr Geld gibt es nur dann, wenn der Mehrbedarf „notwendig, unabwendbar und unmittelbar“ durch Ihr Gesetz verursacht wird. Donnerwetter! Es ist aussichtsreicher, einen Pudding an die Wand zu nageln, als die Formelkompromisse Ihrer Koalition konkret zu deuten. Manchmal hat man beim Lesen des Koalitionsvertrags den Eindruck, dass ein bisschen zu viel Jamaika-Rum im Spiel war, als Sie solche Dinge formuliert haben.

Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Es ist schön und gut, dass Sie sich mit den Kommunen auf einen Kriterienkatalog verständigen; aber bei den Formulierungen sind Verwaltungsgerichtsverfahren doch vorprogrammiert, Herr Innenminister. Das ist doch ganz klar; denn die Schulträger werden damit argumentieren, dass sie jetzt mehr Räume brauchen. Sie werden sagen, dass das mit den steigenden Schülerzahlen oder sonst etwas zusammenhängt. Es ist doch klar, wo das endet.

Dann sagen Sie auch noch: Der Ausgleich findet 2023 statt. Wunderbar, kann ich dazu nur sagen.

Die nächste Landtagswahl ist 2022. Weiß der Teufel, was Sie 2023 tun werden. Vielleicht sind Sie dann Oppositionsführer. Jedenfalls müssen Sie das, was Sie da gerade versprochen haben, nicht einhalten. Es taugt nichts, wenn man schon zu Beginn der Legislaturperiode sagt, dass man darüber erst 2023 reden will. Auch das sind faule Versprechen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch wenn der nach Berlin entschwundene Alterspräsident des Schleswig-Holsteinischen Landtags und Bundestagsvizepräsident Sie schon zum Merkel-Nachfolger ausruft - das ist vielleicht ein bisschen früh -, sollten Sie erst einmal versuchen, Ihre Versprechen im Land hier einzuhalten; denn daran wird man Sie messen. Sie sollten Ihre Probleme hier nicht vertagen.

Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Viele Dinge fallen bei Ihnen hinten runter. Sie haben den Sozialminister gerade euphorisch gelobt. Ein besonderes Anliegen unserer Kommunen war die Kinderbetreuungsfrage. Wir begrüßen es natürlich, dass Sie dem Druck folgen und dafür zusätzliche Mittel bereitstellen. Sich da knauserig zu zeigen, wäre niemandem vermittelbar. Wir freuen uns, dass Schwarz-Gelb in dieser Frage zumindest teilweise die Politik der Küstenkoalition fortsetzt. Immerhin, denn wenn man an die Zeit vor 2012 zurückdenkt, muss man das als Fortschritt sehen.

Bei der Kinderbetreuung wird eines ganz deutlich: Es macht einen Unterschied, ob Sozialdemokraten regieren oder nicht.

(Christopher Vogt [FDP]: Das stimmt!)

Das spüren die Familien mit kleinen Kindern ganz besonders; denn während bei unseren Nachbarn in Niedersachsen - Große Koalition - die Beitragsfreiheit eingeführt wird, spielt das bei Ihnen gar keine Rolle. Sie benachteiligen die Familien in Schleswig-Holstein gegenüber den Familien in allen norddeutschen Nachbarländern. Das muss man Ihnen klipp und klar sagen.

(Beifall SPD und SSW)

Ich messe Sie da gar nicht mal an unseren Forderungen, sondern an dem, was Sie selbst gesagt haben. Sie wollten die Familien entlasten, die Qualität verbessern, Kommunen entlasten, Elternbeiträge begrenzen. Ein Dreiklang sollte es sein. Wenn man diesen Dreiklang aus Ihrer Einigung heraushören will, dann braucht man aber ein Hörgerät, und die Eltern brauchen sogar ein richtig leistungsfähiges Hörgerät; denn bei denen kommt davon gar nichts

(Dr. Ralf Stegner)

an. Dann bitten Sie noch, die Elternbeiträge sollen doch bitte stabil bleiben.

(Christopher Vogt [FDP]: Genau!)

Schauen Sie sich doch mal in Ihrer Nachbarschaft, in Eckernförde und anderswo um. Dann stellen Sie fest, dass die das teilweise gar nicht machen können. Das, was Sie sagen, passiert eben genau nicht. Das sind fromme Wünsche. Im Übrigen ist das, wie ich finde, ein Minimalziel.

Ich muss ehrlich sagen: Wir Sozialdemokraten sind der festen Überzeugung, dass Bildung über Lebenschancen entscheidet. Wir wollen kostenfreie, gebührenfreie Bildung von der Krippe bis zum Master. Das unterscheidet uns von Ihnen.

(Beifall SPD)

Sie haben es mit Blick auf die Verhandlungen in Berlin deutlich gemacht: Wir streiten über die Hilfen für die Familien nicht nur mit der schwarzen Ampel in Kiel, sondern leider auch mit der Union in Berlin, die das eigentlich nicht will. Die Union sagt: Unsere reichen Leute können sich das leisten. Warum sollen wir die anderen entlasten? - Sie betrachten Familien von oben herab; das ist Ihr Familienbild. Wir bekämpfen das.

Ich hoffe - wir werden in der nächsten Woche möglicherweise zusammensitzen -, dass wir die Öffnung hinbekommen. Sie beziehungsweise Ihre Parteifreunde in Berlin haben das Konnexitätsgebot lange verteidigt. Ich hoffe, dass, wenn das Konnexitätsgebot wegfällt, auch die Milliarden fließen. Übrigens - weil Sie das immer reintröten - hat niemand gesagt, dass das die Beitragsfreiheit bedeutet, sondern wir haben gesagt: Das öffnet den Weg dahin, und das muss mit Milliarden unterlegt werden, damit die Beitragsfreiheit kommt und auch die Ganztagschulprogramme. Wenn das kommt, dann ist der Autor dieser Dinge - das kann ich Ihnen sagen - die Sozialdemokratie. Wir müssen das Ihren Leuten abtrotzen, die eigentlich dagegen sind.

(Beifall SPD)

Noch etwas: Schauen wir uns einmal die riesigen Altschuldenlasten der Kommunen in Schleswig-Holstein an. Ich will mir gar nicht vorstellen, was passiert, wenn wir Zinsschwankungen oder Konjunkturreinbrüche haben. Ich will mir nicht ausmalen, welche Folgen das für die überschuldeten kommunalen Haushalte hätte. Wir müssen doch daran interessiert sein, dass die Kommunen, die das Fundament unserer Demokratie sind, ihrer Verantwortung nachkommen können. Die Schulen dürfen nicht verrotten, die Straßen und Brücken müssen

befahrbar bleiben, und die Kommunen dürfen nicht aus der Not heraus die soziale Infrastruktur wie ein Sparschwein schlachten. Sie haben das im Prinzip richtig formuliert, Herr Ministerpräsident. Sie haben gesagt, Land und Kommunen seien eine Verantwortungsgemeinschaft.

Aber es fehlt das passende Instrument, um unseren Kommunen bei den Altschulden wirklich unter die Arme greifen zu können. Der Zeitpunkt für eine Hilfe wäre günstig, und darum wird die SPD in den kommenden Wochen im Interesse der Kommunen einen Gesetzentwurf einbringen, der für einen Altschuldenabbau einen Vorschlag macht; denn das brauchen die Kommunen, die noch benachteiligt sind, um aus der Krise zu kommen. Wann, wenn nicht jetzt sollten wir dieses tun, um den Kommunen zu helfen?

(Beifall SPD - Minister Dr. Heiner Garg [FDP]: Das hätten Sie doch auch schon machen können!)

- Herr Kollege Garg, mein Gehör funktioniert sehr gut, sodass ich Ihre Zwischenrufe hören kann. Das möchte ich dem Publikum dann auch gern zugänglich machen. Sie fragen, warum wir das nicht schon gemacht hätten. Wir haben solche Dinge in der Vergangenheit schon immer mal vorgetragen und haben mit Ihnen sogar Einigkeit erzielt, aber passiert ist dann in der Konsequenz nichts. Wir brauchen einen Altschuldenfonds.

(Minister Dr. Heiner Garg: Wen sprechen Sie jetzt an?)

- Die Regierung meine ich jetzt, besonders ihren christdemokratischen Partner, der neben Ihnen sitzt.

Wir müssen das gemeinsam in die Hand nehmen. Ein Altschuldentilgungsfonds hat auch den Vorteil, dass er mit der Schuldenbremse nicht in Widerspruch gerät, weil man das nämlich aus Überschüssen tilgen kann. Dies ist ja die Idee bei einem Altschuldentilgungsfonds. Deshalb werden wir einen solchen Vorschlag machen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Einigung, über die wir heute sprechen, ist symptomatisch für die Arbeit der Koalition. Egal, wie viel Geld Sie zur Verfügung haben, egal, wie sehr Sie sich anstrengen, Sie schaffen es nicht, Ihre vollmundigen Wahlversprechen einzuhalten. Und Sie regieren an den Problemen der Menschen vorbei. Von den Kita-Beiträgen habe ich schon gesprochen.

Lassen Sie mich ein anderes Beispiel nennen. Die Zeitungen haben gestern berichtet, Schleswig-Holstein sei der Lohnkeller der Bundesrepublik. Der

(Dr. Ralf Stegner)

Abstand nimmt sogar zu. Die „Landeszeitung“ hat recht, wenn sie schreibt, der Norden verliere den Anschluss. Es ist aber noch viel schlimmer: Viele Menschen verlieren den Anschluss, nämlich diejenigen, die mit ihren niedrigen Löhnen über die Runden kommen müssen. Was kommt insoweit von Ihnen zum Thema „Gute Arbeit“? - Nichts! Bestenfalls machen Sie sich Gedanken, wie Sie im Bundesrat den Mindestlohn abschießen können. Das ist Ihr Angebot an die Menschen, die bei uns in den Städten und Gemeinden leben.

Da aber, wo im Land Chancen für Wirtschaft und Arbeitsplätze liegen können, wie bei der Energiewende oder bei der Windenergieplanung, schlafen Sie den Schlaf der Gerechten. Tote Hose im wahren Sinne des Wortes bei der Windenergieplanung in Schleswig-Holstein. Es wäre eine Hilfe für die Kommunen, wenn Sie da vorangehen würden.

(Beifall SPD und SSW)

Auch bei den Beschäftigten des Landes, die in den Kommunen leben, setzen Sie schräge Prioritäten. Da berichtet uns die Finanzministerin von 75 Millionen € Überschuss im Personalhaushalt. Nur zur Erinnerung: Die erste Stufe der Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes, die wir Ihnen vorschlagen, würde 40 Millionen € kosten. Sie könnten also mehr tun. Aber dazu fehlt Ihnen die Bereitschaft, weil „Gute Arbeit“ und „Gerechtigkeit“ nicht in Ihrem Wortschatz vorkommen. Das unterscheidet Sie von uns.

(Beifall SPD)

Man muss schon sagen, sehr verehrter Herr Ministerpräsident: Das Geld kommt Ihnen quasi aus den Ohren. Das ist Ihr Glück. Damit und mit dem fetten PR-Zuckerguss Ihrer vor Selbstbegeisterung strotzenden Öffentlichkeitsarbeit überdecken Sie Ihre inhaltsleere Konzeptionslosigkeit, die Konflikte in der Koalition und die soziale Schlagseite Ihrer Politik.

Eines jedoch, Herr Ministerpräsident, will ich Ihnen sagen: Glück unterscheidet sich von Unglück durch die kurze Dauer. Auf Dauer werden Sie davon nicht leben können, sondern Sie werden mit eigenen Konzepten kommen müssen.

Bitte verstehen Sie mich nicht falsch. Jede Regierung würde sich freuen, wenn sie in der Lage ist, ein paar Dinge mit Geld zu regeln. Sie finden hier keine sozialdemokratische Miesepeterei, überhaupt nicht.

(Lachen CDU)

- Nein, überhaupt nicht, ganz und gar nicht. Aber ich würde schon erwarten, dass Sie dann, wenn Sie so etwas machen, auch die Bürgerinnen und Bürger im Blick haben, die Familien im Blick haben, auch diejenigen im Blick haben, die niedrige Einkommen haben, sowie die Arbeitsplätze im Blick haben. Aber insoweit herrscht bei Ihnen komplette Windstille; da passiert nichts. Diejenigen jedoch, die schon viel haben, kriegen noch etwas oben drauf. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(Beifall SPD)

Ich habe mich gefreut, dass die Fraktionsvorsitzende der Grünen gestern in ihrem Pressegespräch zum Ausdruck gebracht hat, sie wüsste sich die SPD im Landtag ein wenig handzamer. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist nicht der Job der Opposition, zu bejubeln, was die Regierung macht, auch wenn die Grünen daran beteiligt sind. Das werden Sie bei uns auch nicht erleben. Also loben Sie ruhig die, die wiederum Sie loben und es Ihnen einfach machen.

Ich gebe Ihnen einen Tipp: Wenn Sie mehr Harmonie im Hause haben wollen, dann strengen Sie sich doch einfach etwas mehr an, als Sie das in den letzten Monaten getan haben. Halten Sie sich zum Beispiel an das, was Sie vor der Wahl versprochen haben. Kümmern Sie sich um die Probleme der Menschen im Land. Nur viel Geld zu haben, aber keine Ideen, keinen Mut und vor allem keine Gerechtigkeit im Sinn zu haben, das ist zu wenig für Schleswig-Holstein. Deshalb werden wir Ihnen Paroli bieten. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende, der Herr Abgeordnete Tobias Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eines muss ich nach diesem Auftritt gerade wieder sagen: Sie und Ihre SPD sind mal wieder Einzigen im Land, die unzufrieden sind und die das Ergebnis des Kommunalgipfels schlechtreden. Alle anderen sind zufrieden, wenn nicht sogar begeistert: die Kommunen, die Schulträger, die Feuerwehren, die Sportverbände und erst recht der Kita-Bereich, die von den Ergebnissen des Kommunalgipfels am allermeisten profitieren.

(Tobias Koch)

(Beifall CDU - Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Natürlich ist es für eine Opposition nicht leicht, eine Landesregierung zu loben und ihr gute Arbeit zu bescheinigen. So weit gehen wir mit unseren Erwartungen auch gar nicht. Aber vielleicht sollten Sie wirklich einmal überlegen, ob es für Sie nicht glaubwürdiger und auch für die politische Kultur im Land nicht besser wäre, wenn Sie unbestreitbare Erfolge fairerweise einfach einmal anerkennen würden.

(Beifall CDU - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Ja, so wie Sie das in der Vergangenheit gemacht haben!)

Ich glaube, das wäre nach den Sondierungsverhandlungen in Berlin auch für die SPD der klügere Weg gewesen. Auch da waren Sie nämlich einer der Allerersten, die die von Ihnen selbst ausgehandelten Ergebnisse wieder infrage gestellt und Nachverhandlungen gefordert haben. Wenn man eine solche Negativbotschaft in die Partei hineinsendet, dann darf man sich anschließend auch nicht darüber wundern, dass es schwer ist, die eigene Basis von den erzielten Ergebnissen zu überzeugen.

(Zurufe SPD)

Die 56 % auf dem Parteitag sprechen deshalb schon eine sehr deutliche Sprache.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Was macht denn die CDU?)

Das Einzige, was Sie schönreden, ist die eigene Lage Ihrer Partei, die im Augenblick äußerst desaströs ist und die weit von dem entfernt ist, was Sie hier an Eindruck zu erwecken suchen.

(Zurufe SPD)

Genauso ist es mit Ihrer Kritik am Kommunalpaket. Auch damit stellen Sie sich landesweit selber ins Abseits.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Ihr Groll darüber, dass wir als CDU, als Grüne und als FDP erfolgreich eine gemeinsame Politik gestalten, während Sie jetzt auf den harten Oppositionsbänken sitzen und nur zuschauen können, ist - so glaube ich - auf Dauer kein guter Ratgeber für die SPD. Mit Ihrer Miesepeterei - es ist schön, dass Sie das selber erkannt haben - haben Sie die Menschen im Lande bislang nicht für die Politik der SPD begeistern können, und auf diese Art und Weise wird Ihnen das auch in Zukunft nicht gelingen.

(Beifall CDU und FDP)

Wir als Union dagegen haben heute allen Grund, uns über die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten und erst recht über die Ergebnisse des Kommunalgipfels zu freuen. Das sind gute Nachrichten für die Menschen in Schleswig-Holstein.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Als Jamaika-Bündnis werden wir zusammen mit unseren Städten, Kreisen und Gemeinden gemeinsam die Zukunft in Schleswig-Holstein gestalten.

(Beifall CDU)

Wir drücken uns dabei nicht vor der Verantwortung, sondern werden die Herausforderungen gemeinsam anpacken. Dabei setzen wir auf leistungsstarke Kommunen. Es sind nämlich in der Tat die Kommunen, die vor Ort die Infrastruktur bereitstellen und die für die Daseinsvorsorge verantwortlich sind. Das, was wir hier im Landtag oftmals abstrakt und theoretisch diskutieren, wird in den Kommunen sichtbar und für jedermann greifbar.

Insbesondere im Bereich der Kitas und der Schulen ist der Bedarf in den Gemeinden und Städten riesengroß. Aufgrund der in den letzten Jahren enorm gestiegenen Ausgaben sind die Herausforderungen gewaltig. Gerade uns Christdemokraten ist diese Situation sehr wohl bewusst. Keine andere Partei ist in den Kommunalparlamenten so stark verankert wie wir als CDU. In den Reihen unserer Landtagsfraktion sitzen Gemeindevertreter, Bürgermeister und Kreistagsabgeordnete. Es gibt kaum einen CDU-Abgeordneten, der seine politische Laufbahn nicht in den Kommunalparlamenten begonnen hat. Das gilt im Übrigen auch für unsere Minister und Staatssekretäre.

(Christopher Vogt [FDP]: Und für uns!)

Die Verhandlungen zum Kommunalpaket haben wir deshalb mit Herz und Verstand geführt. Mit Herzblut haben wir sie geführt, weil wir die Leistungen der Kommunen anerkennen, weil wir ihre Forderungen in vielerlei Hinsicht teilen und befürworten. Aber wir haben diese Verhandlungen auch mit Verstand und mit kühlem Kopf geführt. Selbstverständlich müssen wir dabei immer auch die finanziellen Möglichkeiten des Landeshaushaltes im Auge behalten. Niemandem ist damit gedient, wenn das Land in wenigen Jahren nach einer verfehlten Finanzpolitik wieder den Rotstift ansetzen muss, weil wir in der gegenwärtigen Euphorie die Ausgaben aus dem Ruder laufen lassen.

Nicht zuletzt war zu berücksichtigen, dass natürlich auch die Kommunen von den Steuermehreinnah-

(Tobias Koch)

men profitieren. All diese Aspekte galt es, gegeneinander abzuwägen und mit einer klugen Lösung zu verbinden.

Deshalb bedanke ich mich bei der Landesregierung für die Ergebnisse des Kommunalgipfels, zuallererst bei unserem Ministerpräsidenten Daniel Günther, aber genauso auch bei Finanzministerin Monika Heinold, der ich von dieser Stelle aus gute Besserung wünsche, und bei Sozialminister Dr. Heiner Garg. Es waren diese drei Kabinettsmitglieder, die gemeinsam das Ergebnis des Kommunalgipfels verhandelt haben. Das zeigt einmal mehr, dass wir hier eine echte Jamaika-Gemeinschaftsleistung erzielt haben. Das ist ein richtig gutes Ergebnis für die Kommunen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meine Damen und Herren, das gilt im Übrigen nicht erst für diesen Kommunalgipfel. Schon mit dem Koalitionsvertrag haben wir aus eigenem Antrieb deutlich gemacht, dass wir als Jamaika-Koalition eine kommunalfreundliche Politik verfolgen werden.

Der Einstieg des Landes in die Schulbausanierung, die Ausweitung der Landesförderung bei der Sanierung kommunaler Sportstätten, die Umschichtung der GVFG-Mittel zugunsten kommunaler Straßen und die Verlängerung der Konsolidierungshilfen für hoch defizitäre Kommunen um weitere fünf Jahre, all das hatten wir bereits im Koalitionsvertrag festgehalten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gilt auch für die Neuordnung der Kita-Finanzierung, bei der gerade wir als CDU in den Koalitionsverhandlungen darauf gedrungen haben, alle drei Säulen gleichermaßen zu berücksichtigen,

(Christopher Vogt [FDP]: Nicht nur ihr!)

nämlich die allseits gewünschten Qualitätsverbesserungen - Herr Kollege Vogt, das war unstrittig -, die dringend erforderlichen Elternentlastungen

(Christopher Vogt [FDP]: War auch unstrittig!)

- war auch unstrittig -, aber als drittes Element genauso auch die Entlastung der Kommunen.

(Christopher Vogt [FDP]: War auch unstrittig!)

Mit dem jetzt geschnürten Kommunalpaket gehen wir deutlich über die Vereinbarung des Koalitionsvertrages hinaus.

(Christopher Vogt [FDP]: Sehr gut!)

Die Finanzsituation des Landes hat sich weiter verbessert. Das hat sich sowohl in der November-Steuerschätzung als auch im erzielten Jahresüberschuss gezeigt. Wenn mein Kollege Ole-Christopher Plambek das mit den Worten kommentiert hat, der Dreiklang aus solider Haushaltsführung, niedrigen Zinsen und einer guten Konjunktur habe zu diesem historischen Überschuss geführt, dann kann man, glaube ich, Frau Kollegin Raudies, wirklich nicht behaupten, dass wir uns hier mit fremden Federn schmücken würden.

(Beate Raudies [SPD]: Wer hat denn den Haushalt 2017 aufgestellt? Sie doch nicht!)

- Ja, aber für Steuermehreinnahmen und Niedrigzinsen, Frau Kollegin Raudies, ist nun einmal keine Landesregierung originär verantwortlich, auch nicht die abgewählte SPD-Regierung von Torsten Albig.

(Beate Raudies [SPD]: Ach! - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Aber Sie dann ja auch nicht, Herr Koch!)

- Niemand, genau. Es ist niemand verantwortlich dafür. Entscheidend ist aber, was wir als Jamaika-Koalition aus diesen verbesserten Rahmenbedingungen machen.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Die guten Haushaltszahlen hatten Sie genauso wie wir. Ich sage Ihnen: Wir werden diese Spielräume entschlossen nutzen. Wir werden sowohl im Land als auch in den Kommunen in die Zukunft investieren. Wir werden das abarbeiten, was zum Teil über Jahre und Jahrzehnte an Problemen aufgelaufen ist. Genau das macht den Unterschied von Jamaika aus, denn das hätte die SPD schon längst in ihrer eigenen Regierungsverantwortung tun können.

(Beifall CDU und FDP)

Ich will mich im Folgenden auf die drei Schwerpunktthemen des Kommunalpaketes konzentrieren. Das sind für uns die Kinderbetreuung, die Bildung und die kommunalen Investitionen. Alle drei Punkte sind für unser Land zukunftsweisend.

Der erste große Punkt im Kommunalpaket ist die zusätzliche Unterstützung des Landes für die Kinderbetreuung. Mit der Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Krippen- und Kita-Platz und durch den immer höheren Bedarf für diese Plätze zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben sich in den letzten Jahren die Betreuungskosten vervielfacht. Was nicht in gleichem Maße mitgewachsen

(Tobias Koch)

ist, ist der Landesanteil, sodass der Landesanteil an den Kita-Betreuungskosten in den letzten Jahren auf rund 20 % gesunken ist. Die Folge davon sind immer höhere Elternbeiträge, die in Schleswig-Holstein im Bundesvergleich mittlerweile an der Spitze liegen. Deshalb ist es richtig, die Kommunen an dieser Stelle zu entlasten. Genau das tun wir mit dem vereinbarten Kommunalpaket.

Der Ministerpräsident hat es gesagt: 45 Millionen € gibt es bereits in diesem Jahr und dann sogar 65 Millionen € mehr im nächsten Jahr. Damit steigt der Landesanteil wieder auf mehr als 30 %. Mit dieser Erhöhung des Landeszuschusses ermöglichen wir dann in der Tat, dass die Elternbeiträge in diesem und im nächsten Jahr nicht weiter angehoben werden.

Mit der Kita-Reform, die in zwei Jahren auf den Weg gebracht werden wird, fließen dann weitere Mittel, um über die vereinbarten Beträge hinaus Eltern und Kommunen zu entlasten.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist ja großartig!)

Alles in allem erreichen wir zusammen mit den im Koalitionsvertrag vorgesehenen Qualitätsverbesserungen eine Größenordnung von über 400 Millionen € im Laufe dieser Wahlperiode. Das muss man sich einmal vorstellen.

Der zweite große Punkt im Kommunalpaket ist die Unterstützung der Kommunen im Bildungsbereich. Wir als CDU haben uns im Landtagswahlkampf für die Rückkehr zu G 9 stark gemacht. Wir haben dies im Koalitionsvertrag durchgesetzt, und der Landtag hat das Schulgesetz entsprechend geändert. Deshalb wollen wir jetzt auch die Umstellung bestmöglich und zum Wohle unserer Kinder durchführen. Dazu haben wir bereits vereinbart, dass wir die Gymnasien in der Übergangsphase mit zusätzlichen Lehrerstellen ausstatten werden. Auch die Kommunen lassen wir bei der Umstellung nicht allein. Wo durch die Rückkehr zu G 9 tatsächlich ein notwendiger finanzieller Mehrbedarf für Baumaßnahmen entsteht, wird das Land dieses kompensieren. So haben wir es in der kommunalen Familie vereinbart, und so machen wir das nun auch.

Ich muss an dieser Stelle aber auch sagen: Dort, wo vor 2007, also zu alten G-9-Zeiten, Klassenräume an den Gymnasien fehlten, wird man jetzt kaum das Land in die Pflicht nehmen können. Nicht jede Baumaßnahme löst automatisch Konnexität aus.

Was wir aber machen: Wir packen auch bei der Sanierung von Schulgebäuden richtig an. Wir alle

kennen den desolaten Zustand vieler Schulen in unserem Land. Bei der Schulsanierung ist über Jahre hinweg ein immenser Handlungsbedarf aufgelaufen. Da gibt es undichte Fenster, feuchte Wände, marode Bausubstanzen und ekelhafte Toiletten. Wenn wir aber die Bildung in unserem Land verbessern wollen, müssen wir auch dafür sorgen, dass unsere Schulen in einem guten Zustand sind. Gute Bildung braucht eine gute Umgebung, in der sich die Kinder wohlfühlen, in der sie sich gern aufhalten und in der sie Spaß haben zu lernen. Deshalb werden wir ab sofort zusätzlich 50 Millionen € für die Sanierung von Schulgebäuden aus den erzielten Haushaltsüberschüssen zur Verfügung stellen. Wenn sich in Zukunft noch ein weiterer Haushaltsüberschuss ergeben sollte, haben diese Schulbaumaßnahmen für uns als CDU-Fraktion eine ganz hohe Priorität.

Damit bin ich beim dritten großen Punkt des Kommunalpakets: Stärkung der kommunalen Investitionskraft. Wir nehmen nämlich nicht nur zusätzliches Geld für unsere Schulen in die Hand, sondern stellen darüber hinaus auch weitere Millionen für die Sanierung von Sportstätten und kommunaler Infrastruktur zur Verfügung. Die Sanierung der Sportstätten in Schleswig-Holstein war für uns als CDU ein ganz wichtiges Wahlkampfthema. Mit den zusätzlichen 7,5 Millionen € aus dem Kommunalpaket steigt die Landesförderung im Durchschnitt auf 4 Millionen € im Jahr. Zusammen mit dem kommunalen Anteil können die Sportstätten auf diese Weise innerhalb der nächsten zehn Jahre komplett durchsaniert werden

Aber in den Kommunen besteht noch viel mehr Investitionsbedarf. Feuerwehrgerätehäuser und Gemeindestraßen seien an dieser Stelle besonders genannt. Deshalb statten wir auch den Landeszuschuss zu den Investitionshilfen des Bundes von 34 Millionen € um jährlich weitere 15 Millionen € auf. Damit können dann nicht nur 6 Millionen € in Feuerwehrgerätehäuser investiert werden, sondern wir versetzen die Kommunen auch in die Lage, Herr Dr. Stegner, ihre Aufgaben im kommunalen Straßenbau zu erfüllen. Vielleicht ist Ihnen das bei dem Ergebnis des Kommunalpaketes entgangen: Gerade nach der Diskussion über die Straßenausbaubeiträge, die wir geführt haben, will ich begrüßen, dass es auch an dieser Stelle gelungen ist, ein Einvernehmen mit den kommunalen Landesverbänden herzustellen.

Meine Damen und Herren, Kitas, Schulen und kommunale Investitionen, das sind die Schwerpunkte unseres Kommunalpakets. Tatsächlich ge-

(Tobias Koch)

hen die Vereinbarungen aber noch weit darüber hinaus und entlasten die Kommunen an weiteren Stellen. Wir regeln die Konnexität bei kommunalen Gleichstellungsbeauftragten und holen damit das nach, was das SPD-geführte Sozialministerium in der letzten Wahlperiode versäumt hat. Beim neu eingerichteten Studiengang für Bauingenieure stellen wir den Kommunen acht Plätze zur Verfügung. Denn auch in kommunalen Bauämtern ist der Fachkräftemangel spürbar. Außerdem wird die Integrationspauschale über das Jahr 2018 hinaus fortgeschrieben.

Alles in allem entlasten wir die Kommunen in den nächsten drei Jahren mit über 270 Millionen €. Keine andere Landesregierung zuvor hat die Kommunen in solch kurzer Zeit in dieser Größenordnung entlastet, wie Jamaika das jetzt tut.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Birte Pauls [SPD])

- Frau Kollegin, auch die Vorgängerregierung hat jedes Jahr Rekordüberschüsse, hat jedes Jahr Rekordsteuereinnahmen erzielt. Das war doch die Diskussion der gesamten letzten fünf Jahre. Sie haben da Ihre Chancen nicht genutzt, wir packen das jetzt an.

(Beifall CDU)

Deshalb ist dieses Kommunalpaket das klare Signal und der Beleg für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen. Das Kommunalpaket fördert das Miteinander und macht uns gemeinsam stärker. Wir investieren in die Zukunft und lösen die Probleme in unserem Land. Jamaika funktioniert, sorgt für einen neuen Aufbruch und macht Mut für die nächsten Jahre. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende, die Frau Abgeordnete Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Kommunen, also die Dörfer und Städte, sind die Orte, in denen wir leben. Hier entscheidet sich, wie wir leben, ob Schulen, Kita, Sportverein oder kulturelle Einrichtungen - all diese Orte, in denen Men-

schen zusammenkommen, werden von den Kommunen ins Leben gerufen und gepflegt. Ob im Altenpflegeheim, Kinderheim oder in Unterkünften für Geflüchtete - die Kommunen sorgen für die Menschen. Ob Krankenhäuser, Feuerwehr, THW oder DLRG - die Kommunen sorgen dafür, dass Menschen in Not Hilfe erhalten. Ob im interkulturellen Garten, im Mädchentreff, bei Gemeindefesten, in Chorprojekten, bei den Landfrauen oder auch in Parteien - in zahlreichen Vereinen und Verbänden organisieren sich Menschen haupt- und ehrenamtlich in den Kommunen, um gemeinsam eine gute Zeit zu verbringen und das Leben für sich und andere besser zu machen.

Meine Damen und Herren, weil die Kommunen der Kitt unserer Gesellschaft sind, weil sie der Ort sind, wo Integration stattfindet, ist es gut, dass wir als Land die Kommunen durch diverse Maßnahmen finanziell entlasten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Der Ministerpräsident und der Kollege Koch sind bereits ausführlich auf die Inhalte der Vereinbarung eingegangen. Ich will hier nicht alles wiederholen, aber ein paar Punkte möchte ich doch gern hervorheben. Schwerpunkt der Vereinbarung ist die Kita- und Krippenfinanzierung, was mich als Grüne und als kita-politische Sprecherin meiner Fraktion besonders freut. Es war uns Grünen ein Herzensanliegen, dass die Bildung und Betreuung der Kleinsten das Schlüsselprojekt der Koalition werden. Deshalb bin ich meinen Kolleginnen und Kollegen in der Koalition so dankbar, dass wir das jetzt umsetzen, und zwar im Dreiklang:

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Gute Kitas mit hoher Qualität, wo Kinder gern sind, Eltern sie beruhigt hinbringen und Erzieherinnen gern arbeiten; bezahlbare Kitas, die kein Kind von Eltern ohne hohes Einkommen ausschließen und auch arbeitende Eltern nicht über alle Maßen belasten; ausreichende Kitas vor Ort in den Kommunen, die wir mit dieser verantwortungsvollen Aufgabe nicht alleinlassen dürfen.

Deshalb haben wir bereits im Koalitionsvertrag beschlossen, dass ab 2021 jährlich 170 Millionen fließen sollen. Diese Summe ist mittlerweile auf 180 Millionen € gestiegen. Insgesamt sind über die ganze Legislatur 456 Millionen € für die Kommunen für Kita, für die Entlastung der Eltern und für gute Qualität vorgesehen.

(Eka von Kalben)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Die drei Säulen stehen natürlich in einem Zusammenhang: Nur wenn die Kommunen unterstützt werden, können die Elternbeiträge sinken. Das haben wir beim Kita-Geld schmerzlich erlebt, wo die Kommunen zum Teil die Beiträge erhöht haben und das Geld nicht dort ankam, wo wir in der Küstenkoalition es haben wollten. Deshalb ist es gut, dass die Regierung nun zu dem bereits Vereinbarten noch eine Schippe draufgelegt und gesagt hat: Wir warten nicht bis zur Neuregelung der Krippenfinanzierung und der Kita-Finanzierung, sondern wir unterstützen die Kommunen jetzt, um damit auch zu erreichen, dass die Beiträge stabilisiert werden können.

Ich hoffe sehr, dass wir bei der Neuregelung, die wir planen und die das Ministerium für uns vorbereitet - auch von mir, Herrn Garg, in Abwesenheit herzlichen Dank -, eine Lösung finden, die das System nicht nur gerechter macht, nicht nur dafür sorgt, dass wir eine bessere Bildung für die Jüngsten in unserer Gesellschaft haben, sondern dass wir auch ein transparenteres System bekommen. Im Moment weiß kaum jemand, wie die Kita-Finanzierung läuft. Wir bekommen meterweise Transparenz-papiere im Sozialausschuss, wo uns erläutert wird, von wo nach wo die Geldströme fließen. So kann es aus meiner Sicht nicht weitergehen. Gut, dass wir dieses Projekt mit Jamaika angehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Unabhängig von diesen Summen haben wir auch die von der Küstenkoalition vereinbarte Konnexitätsregelung, nach der bisher 50,4 Millionen € für die Krippenbetreuung geflossen sind, an die Bedarfe angepasst, an das, was die Kommunen uns als Bedarf gemeldet haben, sodass sie jetzt 80 Millionen € jährlich und ab nächstem Jahr 95 Millionen € jährlich für Krippenbetreuung bekommen. Wer das jetzt kleinreden will, der hat von Kita-Finanzierung meiner Meinung nach gar nichts verstanden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Ministerpräsident Günther hat schon darauf hingewiesen. Liebe SPD, aber auch liebe CDU - das gilt für euch genauso -, wenn es zu einer GroKo im Bund kommen sollte, sorgt bitte dafür, dass die Konnexitätsproblematik nicht beim Land landet und wir nachher im Regen stehen! Ich fände es super, wenn durchgesetzt würde, dass es eine Ganztagsbetreuung in der Grundschule gibt. Die Lücke

ist ein Riesenproblem; nach der Kita weiß man nicht mehr, wie die Kinder betreut werden sollen.

(Beifall Barbara Ostmeier [CDU])

Super Projekt, herzlichen Glückwunsch, aber bezahlt es auskömmlich und strukturell, damit Länder und Kommunen damit nicht im Regen stehengelassen werden!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, in den letzten Jahren haben wir viele neue Menschen in Schleswig-Holstein aufgenommen. Das war eine Herausforderung für die Politik, das war vor allem eine Herausforderung für die vielen Ehrenamtlichen, die sich um die Geflüchteten gekümmert haben. Nicht zuletzt auch Dank an unsere Finanzministerin Monika Heinold, die die Willkommenskultur unseres Landes durch kluge Finanzpolitik ermöglicht hat.

Wir haben eine Integrationspauschale eingeführt. Ich bin sehr dankbar und froh - es gab viele Unkenrufe, wo es geheißen hat, wenn wir Jamaika machen, komme der Untergang des Abendlandes, und die Integration werde in die Tonne getreten -, dass es so nicht gekommen ist, sondern wir die Integrationspauschale verstetigt haben. - Vielen Dank, liebe Koalitionspartner! Ich finde das ein gutes Signal, und es ist vor allem gut für die Menschen in diesem Land und die Kommunen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Wir haben ein weiteres wichtiges Politikfeld geregelt, das uns Grünen sehr wichtig ist, das ist der Bereich der Gleichstellung, der Gleichstellungsbeauftragten. Da haben wir eine Regelung geschaffen, die aus meiner Sicht gut ist, die zu mehr Gleichstellung in den Kommunen führen kann. Aber wir haben es nicht auskömmlich finanziert. Es ist gut, dass das jetzt nachgeholt wird.

Es gibt einen Punkt, den ich mir anders gewünscht hätte; ich habe das der Regierung mitgegeben, und sie hat das - soweit ich weiß - auch vehement gegenüber den Kommunen vorgetragen. Ich hätte mir gewünscht, dass die Gelder nicht nur an die fließen, die bisher wenig Gleichstellung gemacht haben. Das heißt, die, die bisher eine halbe Stelle hatten, kriegen jetzt die andere halbe Stelle über Konnexitätsmittel vom Land, und die, die schon immer vorbildliche, gute Gleichstellungspolitik gemacht haben, also schon eine ganze Stelle haben, kriegen nichts. Das ist eigentlich keine faire Lösung.

(Eka von Kalben)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich hoffe sehr, dass wir gemeinsam mit den Kommunen mit der Reform des KFA auch dazu eine faire Lösung finden werden.

Ich möchte noch einmal auf die Opposition zu sprechen kommen. Bevor man eine Rede schreibt, überlegt man sich, was an Kritikpunkten kommen könnte. Die Kommunen kriegen mehr Geld, die Kommunen sagen öffentlich: „Alles supi, finden wir genau richtig so, so wollten wir es haben,“ - übrigens auch den Punkt mit den Gleichstellungsbeauftragten - „wir haben uns geeint“. Dann ist es mit Kritik nicht ganz einfach, aber es gibt drei Punkte, die immer passen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die passten in den letzten fünf Jahren auch bei euch immer.

Erster Vorwurf: Wir haben so viel Geld, eigentlich müsste man noch viel mehr machen für die Kommunen. Es wird zu wenig gemacht. Die Forderung lautet: „Mehr, mehr, mehr!“ - wie der kleine Häwermann sagt -, immer die alte Leier; das habe ich von diesem Pult schon vor fünf Jahren verkündet.

Zweiter Vorwurf: Viel zu spät, das hätte man schon längst machen müssen - gerade auch die Konnexitätsfrage G 8/G 9. Und es wird nur etwas gemacht, weil die Opposition es beantragt hat. Diese Kritik haben wir jahrelang gehört. Immer wenn wir etwas eingebracht haben, hat die CDU gesagt: Das kommt nur, weil wir es beantragt haben. Jetzt macht es die SPD. - Langweilig, voll öde.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Dritter Vorwurf - der ist lustig, weil wir ja zu spät sind -: Viel zu nah an der Kommunalwahl, alles Wahlgeschenke, wir machen das nur wegen der Kommunalwahl. - Wenn wir es früher gemacht hätten, wäre es schlecht, weil es nicht genug durchdacht gewesen wäre und wir es den Kommunen übergestülpt hätten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann mir vorstellen, dass es echt schwer ist, da Kritik zu finden. Aber Ihre Art von Kritik ist immer die gleiche Leier, und es ist so langweilig, auf diese Art und Weise immer das Spiel zwischen Opposition und Regierung zu führen. Ich finde das schade.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Trotzdem erwidere ich auf einen Punkt, der gestern Abend eine Rolle gespielt hat und den Beate Raudies immer wieder bringt. Trotz hoher Steuereinnahmen und einer guten Finanzplanung, die uns Monika Heinold vorgelegt hat, trotz der erwarteten Gelder haben wir verschiedene Aufgaben im Land zu leisten. Wir wollen gute Bildung an unseren Schulen. Das ist eine Landesaufgabe. Wir haben Haushaltsrisiken, zum Beispiel mit der HSH. Wir brauchen eine gesunde Infrastruktur. Es gibt viele Politikfelder, wo wir etwas tun wollen. Wir können nicht beliebig alles sofort lösen.

Ich teile Ihre Meinung, dass man im Bereich Kita noch viel mehr machen müsste. Ich teile auch Ihre Meinung, dass man bei der Ganztagsbetreuung an Grundschulen viel mehr machen müsste. Aber es geht nicht alles auf einmal. Ich finde es gut, dass wir uns entschieden haben und unsere grüne Finanzministerin so arbeitet, dass Geld, wenn wir es zur Verfügung haben, das tatsächlich da ist und nicht irgendwie ausgedacht ist, sondern das definitiv, verlässlich da ist, dann klug ausgegeben wird, aber nicht vorher mehr versprochen wird, als gehalten wird. Wir versuchen vielmehr, mehr zu tun, als wir versprochen haben. Das ist gute Politik.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Im Übrigen ist es so - was ein bisschen verschwiegen wird -: Wenn die Einnahmen im Land steigen und wenn wir Haushaltsüberschüsse haben, profitieren davon prozentual auch die Kommunen. Wir reden immer von „den“ Kommunen, das ist so wie „der“ Bürger. Es gibt natürlich große Unterschiede. Wir können aber nur mit denen verhandeln, die wir treffen, die kommunalen Landesverbände, und es gibt natürlich sehr wohlhabende und sehr arme Kommunen. Das ist überall so. Es gibt immer Unterschiede und deshalb auch einen unterschiedlichen Blick darauf.

Ich wurde vor Kurzem gefragt: Was hat eigentlich das Land davon, wenn es die Kommunen so stark unterstützt? - Im Grunde könnten wir auch sagen: Wir haben Landesaufgaben - ich habe das aufgezählt - und kümmern uns erst einmal um die. Wenn ich mein Kind morgens zur Schule fahre, merke ich immer wieder, dass nicht draußen an dem Gebäude steht: „Gesponsert durch die Kommune“. Wenn ich in die Schule gehe, um der Lehrerin oder dem Lehrer einen guten Tag zu wünschen, steht kein Schild an ihr oder ihm: „Achtung, ich bin Landesbediensteter“. Vielleicht gibt es irgendwo an der Schule noch eine von der EU geförderte Solaranlage oder durch die geförderte Milch in der Kantine. Die Klos

(Eka von Kalben)

sind vielleicht in Mischfinanzierung. Ich merke immer wieder, dass das den Bürgerinnen und Bürgern erst einmal völlig egal ist: Das ist mir „Lattenhagen“, wer das finanziert. Die wollen, dass das Kind in einem guten Gebäude von klugem, freundlichem Personal ausgebildet wird und ein vernünftig saniertes Klo benutzen kann. Das ist der Anspruch, den die Bürger haben. Deshalb ist es gut, wenn wir als Politiker uns mit den Kommunen gut stellen, wenn der Bund dafür sorgt, dass, wenn neue Aufgaben hinzukommen, diese finanziert werden. Den Bürgerinnen und Bürgern ist es wirklich vollkommen egal, welche Ebene was bezahlt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und Lars Harms [SSW])

Ich will abschließend sagen: Ich glaube, dass die finanzielle Unterstützung gut und wichtig ist. Ich habe aber auch als Rückmeldung von den kommunalen Landesverbänden noch etwas anderes wahrgenommen, nämlich dass die Gespräche, die wir jetzt geführt haben, tatsächlich auch wichtig waren, um eine Atmosphäre des Miteinanders zu schaffen. Natürlich wollen die Kommunen Unterstützung, sie wollen aber auch Anerkennung für die Arbeit. Das haben wir auch bei den vielen Ehrenamtlichen und bei den vielen ehrenamtlichen Politikerinnen und Politikern während der Flüchtlingskrise gemerkt. Sie erinnern sich, wie viele da angegriffen wurden, auch Bürgermeister, die sich gekümmert haben. Da war es wichtig, dass wir als Land solidarisch hinter unseren kommunalen Ebenen gestanden haben, dass wir gute Gespräche mit ihnen geführt haben, sowohl in der alten Koalition als auch in der neuen Koalition, in der wir an diese Tradition klugerweise angeknüpft haben. Ich bin froh und dankbar, wenn in diesem Haus der Geist herrscht, dass unsere Kommunen das Grundgerüst dieser Gesellschaft sind und dass wir alles dafür tun müssen, diese zu stärken und zu unterstützen.

Ich bin meinen Koalitionspartnern sehr dankbar, dass das so gut gelungen ist. Ich bin insbesondere der Regierung sehr dankbar, dass dieses Paket geschnürt wurde und dass ich die Rückmeldung bekommen habe, dass die Kommunen mit ihrer Arbeit sehr zufrieden sind und sich mitgenommen fühlen. Vielen Dank dafür und weiter so. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende, der Abgeordnete Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem vereinbarten Kommunalpaket macht diese Koalition wie auch schon bei ihrem ersten Haushaltsentwurf noch einmal sehr deutlich, wofür Jamaika in Schleswig-Holstein steht: für finanzpolitische Solidität, für die Stärkung der Bildung gerade im frühkindlichen Bereich, aber auch bei den Schulen, für die Verbesserung der Infrastruktur, für eine sinnvolle Entlastung der Bürgerinnen und Bürger und auch für die Stärkung des Sports und des Ehrenamtes in unserem Bundesland. Ich freue mich insbesondere, dass gerade die Feuerwehren stärker unterstützt werden. Wir stehen für ein faires Miteinander mit den Kommunen und verbessern das Leben der Menschen vor Ort.

(Beifall FDP, CDU und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir wollen moderne, lebenswerte und handlungsfähige Kreise, Städte und Gemeinden, und wir übernehmen Verantwortung für die Entscheidungen, die auf Landesebene getroffen wurden - und auch darüber hinaus.

Ich denke, die Kommunen brauchen jetzt keine großen Lobhudeleien oder Erklärungen, wie wichtig sie für unsere Demokratie, für unsere Gesellschaft oder für das alltägliche Leben der Bürgerinnen und Bürger sind. Das wissen die Verantwortlichen vor Ort schon selbst. Das kann man natürlich trotzdem äußern, aber sie wissen es schon selbst. Was die Kommunen jetzt konkret brauchen und auch völlig zu Recht erwarten und einfordern, ist eine angemessene Kompensation, wenn das Land politische Entscheidungen getroffen hat, die auf kommunaler Ebene Kosten nach sich ziehen. Die bekommen sie mit diesem Paket. Die Kommunen brauchen mehr finanzielle Unterstützung bei der frühkindlichen Bildung, beim Schulbau und bei der Infrastruktur. Auch das leistet die Koalition mit diesem Paket.

Ich danke der Landesregierung, insbesondere dem Ministerpräsidenten, der Finanzministerin, dem Sozialminister und Innenminister Grote: Dank und Anerkennung für das, was Sie dort verhandelt haben. Land und Kommunen wollen in den nächsten Jahren viele gemeinsame Projekte umsetzen, weil wir gemeinsam den Anspruch haben, das Leben vieler Bürgerinnen und Bürger besser zu machen. Ich denke da vor allem auch an die wichtige und lang überfällige Kita-Reform. Wir halten es für absolut richtig, dass man da jetzt noch einmal nachgesteuert hat, dass das Land die Kommunen - früher

(Christopher Vogt)

schon und noch umfangreicher - in diesem Bereich finanziell unterstützt.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Das hat wahrscheinlich die CDU gegen uns durchgesetzt.

(Tobias Loose [CDU]: Nicht so empfindlich!)

- Ich habe ja gelernt. Wer das bei den Koalitionsverhandlungen alles eingebracht haben soll, fand ich interessant.

Genauso richtig ist, dass man gemeinsam festgestellt hat, dass dadurch die Elternbeiträge - das ist wirklich wichtig - zunächst stabil gehalten werden können, bevor wir mit der Kita-Reform im Laufe dieser Wahlperiode endlich landesweit zu einer Deckelung auf ein bezahlbares Niveau bei den Elternbeiträgen kommen.

Umso erstaunlicher finde ich es, Herr Dr. Stegner - man soll die Politik immer an ihren Taten messen -, dass ausgerechnet eine Gemeinde wie Gettorf, in der die SPD eine absolute Mehrheit hat, kurz nach dem Kommunalpaket die Elternbeiträge um 40 € erhöht.

(Zurufe CDU: Oh!)

Das finde ich wirklich unglaublich. Die Kollegin Midyatli ist heute leider nicht hier, aber sie kennt ja die SPD Gettorf ganz gut. Ich denke mir immer: Wenn man im Land so große Töne spuckt, wo man fordert, Minister Garg solle endlich liefern, die Kitas kostenfrei stellen - was Sie in fast 30 Jahren nicht hinbekommen haben -, auf Bundesebene setze man das jetzt durch, obwohl man nur 3,5 Milliarden € in vier Jahren bereitstelle, wenn man so große Töne spuckt und dann so handelt, dann handelt man wirklich unglaublich und verantwortungslos, Herr Dr. Stegner. Das sage ich ganz deutlich.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Okay, CDU und Grüne können vielleicht noch einmal mit ihren Vertretern in Gettorf sprechen, aber das sei nur am Rande erwähnt.

(Beate Raudies [SPD]: Der Landesvorsitzende ist nicht verantwortlich!)

- Es ist auch die Frage, was man von anderen einfordert und was man selbst tut, Frau Kollegin.

Ich verweise auf die jüngste Pressemitteilung des Kita-Aktionsbündnisses zu dem Thema, in dem

auch die Wohlfahrtsverbände und die Landeselternvertretungen organisiert sind, die darauf hingewiesen haben, dass von der rund Viertelmilliarde Euro, die das Land den Kommunen künftig zusätzlich überweisen wird, allein 130 Millionen € in den Kita-Bereich fließen werden, davon wiederum rund 55 Millionen € bis 2020, um Elternbeiträge stabil zu halten oder auch abzusenken. Auch das gibt es in Schleswig-Holstein. Da sieht man, dass man auch vor Ort unterschiedlich entscheiden kann.

(Beate Raudies [SPD]: Der Kreis Pinneberg macht das!)

Meine Damen und Herren, wir haben auch ein Paket für die kommunale Infrastruktur geschnürt, um die Abschaffung oder möglicherweise die Reduzierung der ungerechten Straßenausbaubeiträge zu ermöglichen. Die SPD-Fraktion hat da nie Handlungsbedarf gesehen, die hat immer gesagt, Hausbesitzer müssten damit leben, dass sie herangezogen würden, das sei dann eben so. Wahrscheinlich sind das im Sinne von Herrn Stegner alles reiche Leute.

(Zurufe Dr. Kai Dolgner [SPD] und Birte Pauls [SPD])

Da haben Sie auf Initiative von Herrn Kämpfer eine grandiose Kehrtwende gemacht, der auch erst gesagt hat: „Lasst die Kommunen das doch entscheiden.“ - Als wir gesagt haben: „Okay, machen wir“, hat er gesagt: „Dann müsst ihr uns aber auch das Geld geben!“

Die SPD schlägt jetzt vor, Herr Dr. Stegner, 40 Millionen € dafür pro Jahr bereitzustellen. Ich denke, die Kommunen nehmen lieber das, was wir ihnen als Paket angeboten haben. Das ist nämlich deutlich mehr als das, was Sie dort vorlegen. Diese Kehrtwende ist insofern interessant, als Sie Ihren Vorschlag mit 40 Millionen € nach wie vor auf dem Tisch haben.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

- Herr Kollege, man muss auch das Gesamtpaket sehen. Ehrlich gesagt glaube ich, dass sich der Antrag mit dem Kommunalpaket erledigt hat. Den können Sie eigentlich zurückziehen.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

- Ja, ja, Herr Dr. Dolgner. Man muss sich kritisch ansehen, was die SPD als Gesamtpaket vorlegt. Seit Sie in der Opposition sind, sind Sie sehr generös geworden. Das muss man feststellen. Allerdings ist die Finanzierung Ihrer Vorschläge eher nebulös, und seriös ist das Ganze überhaupt nicht. Sie schla-

(Christopher Vogt)

gen nach wie vor die 40 Millionen € für eine Kompensationsleistung für die Flexibilisierung im Bereich der Straßenausbaubeiträge vor, was keine Konnexität auslöst, und Sie fordern immer wieder und seitdem sie die Verantwortung nicht mehr tragen sehr vehement, dass die komplette Kita-Beitragsfreiheit schnellstmöglich kommen müsse. Das wären jährlich zusätzlich rund 250 bis 300 Millionen €. Sie fordern die Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes. Auch das ist ein dreistelliger Betrag. Sie kommen mit Vorschlägen, dass die Meister-Ausbildung kostenlos gestellt werden müsse und auch die Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen. Ich finde das ehrlich gesagt alles sehr sympathisch, die Frage ist nur, wie diese Summe von über einer halben Milliarde Euro, die sofort - und jedes Jahr - zur Verfügung gestellt werden soll, finanziert werden soll. Wir haben jetzt Haushaltsberatungen. Im Februar wird der erste Jamaika-Haushalt verabschiedet. Wir freuen uns auf Ihre Gegenvorschläge.

(Beate Raudies [SPD]: Das hat niemand gesagt!)

- Das sagen Sie doch ständig in den Pressemitteilungen.

(Beate Raudies [SPD]: Nein!)

- Selbstverständlich.

(Beate Raudies [SPD]: Dann lesen Sie mal die Pressemitteilungen!)

- Ja, die lese ich. Ich lese die. Sie als finanzpolitische Sprecherin müssten die auch einmal lesen.

(Beifall FDP)

Ich verstehe das, Frau Raudies. Vielleicht sprechen Sie als finanzpolitische Sprecherin auch einmal mit Ihren Fachsprechern, gerade mit der Kollegin Midyatli, die jetzt Sachen verspricht, die einmal eben dreistellige Millionenbeträge bedeuten. Vielleicht sprechen Sie einmal miteinander. Ich erwarte schon, wenn Sie von der SPD das ständig fordern, dass Sie uns in den nächsten Wochen Ihre gegenfinanzierten Änderungsvorschläge zum Haushalt vorlegen. Dann werden wir schauen, wo Sie sparen: bei den Investitionen, bei der Polizei, bei den Lehrern, in der Justiz. Wo wollen Sie dann sparen?

(Beate Raudies [SPD]: Davor haben Sie Angst!)

- Wir haben Angst vor Ihren Vorschlägen? - Nein, wir wollen, dass sie endlich kommen, Frau Kollegin. Legen Sie die doch einmal auf den Tisch.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Dann können die Leute entscheiden, was besser ist: das, was wir machen, oder das, was Sie machen. Das werden wir dann ja sehen.

Meine Damen und Herren, wir müssen beim Blick auf die Finanzsituation der Kommunen auch über die Verantwortung des Bundes sprechen.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Das ist das Mindeste!)

- Herr Dr. Dolgner,

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Ja?)

jetzt komme ich wieder einmal zu Ihrer Verantwortung. Gerade mit Blick auf die zum Teil hoch verschuldeten Städte im Land - in denen die Lage teilweise wirklich dramatisch ist, wenn man sich zum Beispiel die Verschuldung Lübecks oder Kiels anschaut -, die bei den Sozialleistungen eine enorme Last zu tragen haben - sie steigen jedes Jahr -, muss man an dieser Stelle an die Verantwortung des Bundes erinnern.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Das stimmt!)

Im Sondierungspapier von Union und SPD - Sie, Herr Dr. Dolgner, haben ja dagegen gestimmt; herzlichen Glückwünsch! - stehen in der Tat einige interessante Dinge.

(Thomas Hölck [SPD]: Weggelaufen und gute Ratschläge erteilen! Dass sind die Richtigen! - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Wenn ihr das sagt, ist es natürlich etwas anderes! - Weitere Zurufe SPD)

- Wir wussten, was wir tun. Das ist der Unterschied.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, in Ihrem Sondierungspapier ist die Rede von einem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in den Grundschulen. Das finde ich, ehrlich gesagt, auch sehr sympathisch und sehr wichtig. Allerdings wollen Sie dafür 2 Milliarden € in vier Jahren bereitstellen. Das wären ungefähr 15 bis 18 Millionen für Schleswig-Holstein pro Jahr. Wie wollen Sie das schaffen? Das müssten doch wieder die Länder und die Kommunen leisten.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Wo ist der Vorwurf?)

Insofern stellen Sie einen Rechtsanspruch in Aussicht, den Sie gar nicht finanzieren wollen.

(Christopher Vogt)

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Die SPD redet jetzt davon, dass sie angeblich die Beitragsfreiheit für die Kitas erreicht hat. Auch dafür werden rund 30 Millionen € pro Jahr für Schleswig-Holstein gebraucht. Wie wollen Sie das leisten, Herr Dr. Stegner? Das frage ich mich wirklich. Wenn Sie gleichzeitig auch noch das Betreuungsgeld auslaufen lassen, ist das ein Nullsummenspiel, eine Mogelpackung.

Herr Dr. Stegner, ich wünsche Ihnen wirklich viel Erfolg bei den Verhandlungen, damit das, was Sie in Aussicht stellen, auch finanziell hinterlegt wird. Der Ministerpräsident ist bei den Verhandlungen ja auch dabei. Ich denke, Sie werden das schon hinbekommen. Aber versprechen Sie bitte nichts, was Sie später auf Länder und Kommunen abwälzen. Das wäre wirklich unseriös. Arbeiten Sie also bitte insofern nach.

(Beifall FDP und Peter Lehnert [CDU])

Ich konzentriere mich auf die Themen, die die Kommunen berühren, die wichtig sind und die ich im Sondierungspapier von Union und SPD auch richtig finde.

Beim Kooperationsverbot gibt es immerhin auch einen Schritt in die richtige Richtung. Es soll wenigstens zur Hälfte fallen, nämlich beim Thema Schulbau. Herr Dr. Dolgner, Sie haben, wie gesagt, dagegen gestimmt. Deswegen nehme ich Sie hier aus der Verantwortung. Aber auch dort ist es finanziell überhaupt nicht hinterlegt. Und, meine Damen und Herren, wo ist eigentlich das Digitalpaket, das uns schon im letzten Jahr versprochen wurde, diese 5 Milliarden €?

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Da müssen Sie unseren Koalitionspartner fragen!)

Die Kommunen warten bis heute darauf, dass sie die Schulen digital ausstatten können. Auch darauf warten wir.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Dr. Stegner, Ihr Problem ist, dass immer die anderen schuld sind. Würde man Sie alleine machen lassen, dann wäre alles super. Immer sind die anderen schuld.

Ich fand es interessant, dass Sie gesagt haben, Sie würden zum Thema Altschulden der Kommunen einen Vorschlag vorlegen, und man habe es in den letzten Jahren nicht hinbekommen, weil irgendjemand dies verhindert habe. Wer war das eigentlich? Waren das wieder die Grünen? Das möchte ich an dieser Stelle gern wissen.

(Beifall FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, wir sind also gespannt, was in Berlin herauskommt, wenn es endlich weitergeht. Die Jamaika-Koalition hat für die nächsten drei Jahre ein richtig gutes Paket für die Kommunen geschnürt. Land und Kommunen arbeiten im Interesse der Bürgerinnen und Bürger gut zusammen. So kann es gern weitergehen. - Ich bedanke mich ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Für die AfD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Claus Schaffer das Wort.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

- Herr Abgeordneter Dr. Dolgner, ich habe ja großes Verständnis für diesen Drang, den Sie in sich verspüren, zu jedem Punkt etwas zu sagen. Aber normalerweise machen wir das vom Pult aus.

Claus Schaffer [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Günther! Unsere Kommunen - die kommunale Familie, wie Sie es so schön blumig umschreiben - bedürfen einer angemessenen Ausstattung. Sie müssen ihren Aufgaben nachkommen können, ihre Infrastruktur erhalten, für ihre Bürger da sein und auch die vielen Aufgaben erledigen, die ihnen von der großen Politik im Land, vom Bund und indirekt auch von Brüssel zugeschoben werden. Da ist es nur richtig, das Konnexitätsprinzip weiter umzusetzen. Wer die Musik bestellt, der muss sie auch bezahlen. Das finden auch wir von der AfD richtig. Unabhängig davon gefällt aber, um im Bild zu bleiben, die Musik nicht immer.

Im Bereich der frühkindlichen Betreuung setzt auch diese Regierung viel zu einseitig auf Kitas und Krippen, anstatt Eltern echte Wahlmöglichkeiten zu eröffnen. Betreuung durch die Eltern oder andere Verwandte, beispielsweise durch die Großeltern, stärkt einerseits die klassische Familie und mildert andererseits den Druck, weiterhin eine Kita nach der anderen aus dem Boden stampfen zu müssen. Fremdbetreuung kann nur eine Option und nicht das Ideal sein, meine Damen und Herren. Je nach Gestaltung könnten entsprechende Lösungen für die Kommunen und für das Land sogar wirtschaftlich günstiger sein.

(Claus Schaffer)

Richtig ist in der jetzt getroffenen Vereinbarung das Ziel, Spielräume für niedrigere Elternbeiträge zu schaffen. Hier fordern wir die Landesregierung auf, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten mit den kommunalen Verhandlungspartnern insbesondere auch für eine Angleichung auf niedrigerem Niveau einzusetzen. Die Kita-Gebühren liegen heute zwischen Lübeck und Flensburg in einem kaum in der Sache erklärbaren Umfang auseinander. Auch das gehört zu einem fairen Umgang mit der Problemlage.

Für kommunale Gleichstellungsbeauftragte wird nach unserer Auffassung schon heute zu viel Geld ausgegeben. Es handelt sich hier um ein Relikt aus vergangenen Zeiten, als eine Notwendigkeit dazu bestanden haben mag. Heute gehören die Gleichstellungsbeauftragten schlichtweg abgeschafft. Wenn schon, dann benötigt dieses Land Familienbeauftragte. Das sind die Zeichen der Zeit, die Sie in Ihrer Regierung aber nicht erkennen mögen. Das Unvermögen, zwischen Gleichstellung und Gleichberechtigung zu unterscheiden, empfinde ich immer wieder als eine Belastung. Wer von einem selbstbestimmten und liberalen Menschenbild ausgeht, kann nicht Gleichstellung fordern.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Was? Was?)

Selbst in dieser Gedankenwelt finden sich Unwuchten, die verwundern. Gleichstellungsbeauftragte können in Schleswig-Holstein nach wie vor ausschließlich Frauen werden. Das hat weder etwas mit Gleichstellung noch mit Gleichberechtigung zu tun, meine Damen und Herren.

An anderen Stellen schöpfen Sie aus dem Vollen und verteilen großflächig Geld. Wir begrüßen dabei die Stärkung der Investitionen ebenso wie die Auswahl der Investitionen auf kommunaler Ebene. So stellen auch wir uns Subsidiarität vor.

Angesichts der auf den ersten Blick recht positiven Haushaltszahlen dieser Tage haben Sie es natürlich gerade recht einfach. Sie planen zehn Jahre ohne Neuverschuldung. Über 1 Milliarde € Verbindlichkeiten sollen abgebaut werden. Das klingt gut, ist aber viel zu kurz gesprungen. Die Haushaltssystematik bildet nach wie vor zukünftige Verbindlichkeiten jenseits der klassischen Kreditverbindlichkeiten teils unzureichend, teils gar nicht ab. Schon die Risiken etwa aus der HSH Nordbank sind in Nebenhaushalten geparkt.

Nehmen Sie sich ein Beispiel an unserem Nachbarn Hamburg. Dort wird schon heute eine Konzernbilanz für die Stadt mit allen ihren Beteiligungen, Unternehmen und Sondervermögen aufgestellt. Dort ist Transparenz wesentlich weiter ausgeprägt

als in Ihrem Haushalt, Herr Ministerpräsident. - Das ist jetzt nicht Ihr Fehler, aber bitte tun Sie nicht so, als wäre eigentlich alles in Butter.

1,1 Milliarden € Schuldenabbau in zehn Jahren sind bei der aktuellen konjunkturellen Lage mit den nach wie vor historisch und widernatürlich niedrigen Zinsen praktisch nichts. Jetzt wäre die Zeit, mit Mut und Gestaltungswillen den Landeshaushalt zu sanieren. Das enge jamaikanische Korsett lässt dies aber offenbar nicht zu.

Stattdessen werden weiter Millionen für die Bewältigung der Migrationskrise ausgegeben, wird hier weiter der Irrweg einer Integration quasi für alle gegangen. Die Kosten für diese Fehlentscheidungen sind in Geld gar nicht zu bemessen. Der Preis ist ein ideeller, und der ist immens hoch, meine Damen und Herren.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, dass Sie in Ihrer Regierungserklärung auf den Bereich der Flüchtlingsunterbringung und auf die hierdurch gegebene finanzielle Belastung der Kommunen nicht eingehen, spricht Bände. Nächsten Monat werden Sie um diese Thematik nicht so einfach herumkommen. Dann wird bei der Haushaltsberatung das Ausmaß der vielfach überflüssigen Belastungen aus diesem Themenbereich deutlich werden. In der Zwischenzeit warten wir die schriftliche Konkretisierung zur Vereinbarung mit den kommunalen Landesverbänden ab. Eine abschließende Bewertung wird erst möglich sein, wenn Ihre Last-Minute-Ideen in der Nachschiebeliste gelandet sind.

Dem sehen wir natürlich ebenso gespannt entgegen wie den Verhandlungen zur Neuregelung des kommunalen Finanzausgleichs. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Koch hat vorhin in seiner Rede gesagt, er würde sich über Lob hin und wieder freuen. Dafür habe ich natürlich großes Verständnis; denn ein Bündnis, das aufgrund seiner Zusammensetzung naturgemäß auf einem Minimalkonsens fußt, benötigt auch immer einmal ein paar Streicheleinheiten. Lassen Sie mich daher mit folgender Stellungnahme anfangen:

(Lars Harms)

Es ist in der Tat positiv, dass diese Regierung bemüht ist, weitere offene Punkte mit den Kommunen zu lösen. Ich denke, wir können uns alle auf die Fahnen schreiben, hier ein gutes Stück weitergekommen zu sein, ob nun unter rot-grün-blauer oder wie jetzt unter schwarz-gelb-grüner Fahne. Dass dies möglich ist, liegt selbstredend nicht daran, dass wir so unglaublich „cool-runnings-mäßig“ drauf sind, sondern schlicht und ergreifend an der Tatsache, dass die finanziellen Möglichkeiten des Landes dies hergeben. Dagegen ist auch nichts einzuwenden. - Genießt es, solange es währt. Das haben wir, als wir regiert haben, auch getan.

Betrachtet man das Kommunalpaket, muss man jedoch ehrlicherweise sagen, dass es kaum die Hauptentlastung der Kommunen darstellt. Die Hauptentlastung der Kommunen entsteht durch die gute Wirtschaftslage. Auch das gehört zur Wahrheit. Es ist nicht das Verdienst der Landesregierung, dass es den Kommunen heute strukturell besser geht als vor zehn Jahren. Die gute wirtschaftliche Lage macht es möglich. Das Kommunalpaket ist somit kein Rettungspaket für die Kommunen, es ist vielmehr ein Ruhekiten, das die Kommunen in den Dämmer Schlaf versetzen soll - wenige Wochen vor der Kommunalwahl.

Es ist doch ein bisschen wie mit dem Ei und der Henne: Selbstverständlich müssen wir die Qualität der Kitas verbessern. Doch was nützen diese Investitionen, wenn sich nur betuchte Familien leisten können, ihr Kind in die Kita zu schicken? Schon klar, hier haben sich die Grünen durchgesetzt. Es ist die alte Diskussion. Wir anderen wollten die Kita für jedermann zugänglich machen, die Grünen sorgten sich um den Personalschlüssel. Das ist kein Vorwurf. Beides ist berechtigt, aber eben auch nur dann, wenn beides geschieht. Das ist hier nicht der Fall.

2018 werden zusätzlich 15 Millionen €, in den beiden Folgejahren weitere 5 Millionen € zusätzlich für die Kinderbetreuung zur Verfügung gestellt. Im U-3-Bereich wird mit 75 Millionen € gefördert. Dagegen kann man nichts haben, denn der Kita-Bereich ist unterfinanziert.

Fakt ist aber auch, dass die Eltern nicht entlastet werden. Wir werden nicht schrittweise zu einer Beitragsfreiheit kommen. Die Landesregierung überweist Millionen von Euro an die Kommunen, ohne Einfluss darauf zu nehmen, dass zukünftige Gebührenerhöhungen ausbleiben oder zumindest bereits vorgenommene zurückgenommen werden. Wir sollten den Eltern gegenüber daher ehrlich

sein: Das Finanzierungspaket von Daniel Günther bleibt für euch, liebe Eltern, eine Nullnummer.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Meine Damen und Herren, das ist bei den Versprechen, die wir vor der Wahl gehört haben, definitiv Politik gegen die Eltern, denn sie werden weiterhin auf ihren hohen Kita-Gebühren sitzenbleiben. Da hätten wir eigentlich ein bisschen mehr erwartet.

Auch der Sonderzuschuss für die Infrastruktur ist im Kern begrüßenswert. Zur Kompensierung entgangener Straßenausbaubeiträge ist er jedoch wenig bis gar nicht geeignet, denn finanzschwache Kommunen werden auch weiterhin nicht in der Lage sein, auf die Beitragserhebung zu verzichten. Da die Mittel ohnehin nicht zweckgebunden sind, können sich viele Bürgerinnen und Bürger sicher sein: Die Rechnung kommt - auch wenn Daniel Günther im Wahlkampf noch etwas völlig anderes versprochen hat.

Es ist lobenswert, dass aus den schon von der Küstenkoalition zur Verfügung gestellten Mitteln das Landestheater in Schleswig und Feuerwehrgerechtheiter im ganzen Land gefördert werden. Sieht man aber, dass noch 30 Millionen € übrig bleiben und die Landesregierung ab 2018 bis 2020 jährlich sogar noch 15 Millionen € dazupackt und man außerdem in Aussicht stellt, dieses Geld danach zusätzlich zum kommunalen Finanzausgleich zur Verfügung zu stellen, hätte man daraus auch eine Erstattung für den Ausfall von Straßenausbaubeiträgen machen können. Die Summe von 45 Millionen € hätte nämlich genau gepasst.

Hier hat man schlecht verhandelt. Man hat so ein enormes Problem auf kommunaler Ebene eben nicht gelöst. Die Kommunen werden weiterhin die Forderung nach Kostenerstattung aufstellen. Die Landesregierung hat hier eine Riesenchance vertan, ein Thema endgültig abzuräumen und die Bürgerinnen und Bürger flächendeckend von den Straßenausbaubeiträgen zu entlasten.

(Beifall SSW und SPD)

Meine Damen und Herren, genau wie bei den Kindergärten bleibt es hier bei einer Belastung der Bürgerinnen und Bürger. Dabei wollten Sie doch eigentlich - so hatten Sie es versprochen - die Menschen in unserem Land entlasten. Genau das tun Sie aber nicht.

Ähnlich sieht es auch in den Schulen des Landes aus. 50 Millionen € in den Ausbau der Schulen zu stecken, ist richtig. Überall im Land gibt es Bedarfe. Sieht man sich an, wie selbst das Schulklo-Pro-

(Lars Harms)

gramm angenommen wurde, dann spricht das eigentlich Bände. Hier muss Geld in die Hand genommen werden, und das tut die Landesregierung - soweit, so gut.

Es ist ebenfalls gut, dass die Landesregierung anerkennt, dass die Umstellung von G 8 auf G 9 Kosten und Konnexität auslöst. Bereits Ende 2017 hatte der SSW die Landesregierung aufgefordert, den Schulträgern eventuelle Mehrkosten, die durch die Umstellung auf G 9 entstehen, zu erstatten. Dass die Landesregierung jetzt erstmals Zusagen in diese Richtung gemacht hat, ist positiv. Doch auch diese Zusage hat einen Haken. Die Landesmittel sollen erst ab 2023 fließen, obwohl konkrete Mehrbedarfe bereits spätestens 2022 zu erwarten sind, dann nämlich, wenn die Jahrgänge in die Klassen hineinkommen. Hinzukommen befürchtete Verschiebungen der Schülerströme und benötigte Planungs- und Bauzeiten. Bezieht man diese ein, sieht man, dass man dies nach vorn ziehen muss, wahrscheinlich in das Jahr 2020/21. Es dürfte klar sein: Das Geld kommt auch hier für die Kommunen viel zu spät.

Immerhin, Lob gebührt der Landesregierung dafür, dass sie weitere Mittel für die Sportstättenanierung bereitstellen will. Dies unterstützen wir gern. Es ist auch richtig, dass wir die Förderrichtlinie öffnen und zusätzliche förderfähige Maßnahmen ermöglichen.

(Beifall Werner Kalinka [CDU])

Der Bedarf in den Kommunen und bei den Vereinen ist enorm. Da spielt der Sport, die größte ehrenamtliche Bewegung im Land mit rund einer Million aktiver Menschen, eine Riesenrolle. Der Landessportverband hat längst dokumentiert, dass der Sport ein großer Wirtschaftsfaktor für unser Land ist, übrigens - ich sage es immer wieder gern - ein größerer Wirtschaftsfaktor als die maritime Wirtschaft. Das soll man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Das alles zeigt, dass hier sehr viel getan werden muss, um die Bedingungen für den Sport weiter zu verbessern. Ich bin froh, dass das, was die Küstenkoalition in diesem Bereich begonnen hat, jetzt von Jamaika fortgeführt wird.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Uns ist sehr wichtig, dass die Integrationspauschale weiterhin gilt und nicht infrage gestellt wird. Wir wissen, dass diese Mittel vor Ort unterschiedlich ausgegeben werden. Es gibt durchaus Kritik, dass einige dieser Mittel lediglich zur Deckung allgemeiner Verwaltungskosten eingesetzt werden. Es kommt doch aber vor allem darauf an, welche Maß-

nahmen vor Ort umgesetzt werden. Diese Maßnahmen können sehr unterschiedlich sein. Das ist auch logisch, weil die Maßnahmen in Kiel andere sind als beispielsweise bei mir zu Hause in Olderup in Nordfriesland.

Dass wir durch die Integrationspauschale Flexibilität haben, ist ein Vorteil gegenüber anderen Regionen in Deutschland. Von daher sind wir mit der Weiterführung 2018 und 2019 nicht nur einverstanden, sondern wir glauben, dass dies eine dauerhafte Aufgabe ist, die nicht 2020 abgebrochen werden kann.

Die Integration ist ein dauerhafter Prozess, der für die jeweiligen Personen durchaus über fünf bis zehn Jahre laufen muss. Deshalb ist klar, dass die in den letzten Jahren zu uns Gekommenen auch in den nächsten Jahren Unterstützung benötigen werden. Auch die, die möglicherweise noch kommen, werden diese Unterstützung brauchen. Die Integrationspauschale hilft Menschen. Deshalb wollen wir sie in den nächsten Jahrzehnten weiterführen.

Ich möchte hier und heute darauf hinweisen, dass wir in den nächsten Jahren nicht nur das Geld benötigen, sondern wir benötigen in Zukunft vor allem das ehrenamtliche und hauptamtliche Engagement in der Flüchtlings- und Integrationsarbeit. Wir als SSW sind von Herzen dankbar für die enorme Leistung, die unsere Bürgerinnen und Bürger in den vergangenen Jahren erbracht haben. - Danke euch draußen! Ohne euren Einsatz ginge hier gar nichts.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch einen Bereich ansprechen, der für die Zukunft sehr wichtig sein wird: die Digitalisierung. Das Papier macht ein grundlegendes Problem deutscher Politik deutlich. Es gibt in diesem Bereich keine abgestimmte Strategie, weder zwischen dem Bund und den Ländern noch zwischen den Ländern und den Kommunen. Deshalb ist es richtig, damit zu beginnen, diese gemeinsame Strategie und gemeinsame Ziele zwischen Land und Kommunen zu erarbeiten. Das mag trocken klingen, ist aber von enormem Wert.

Wir haben uns in der Vergangenheit immer nur damit beschäftigen müssen, wie wir die digitale Infrastruktur auf die Beine stellen können. Das lag an der mangelnden koordinierenden und lenkenden Hand des Bundes. Da ist man zum Beispiel in Dänemark wesentlich weiter. Auch in ländlichen Bereichen gibt es dort nicht nur eine ordentliche Breitbandversorgung, sondern auch einen erstklassigen

(Lars Harms)

Mobilfunkempfang. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit - nicht aber bei uns.

Wir haben uns auf Landesebene und auf kommunaler Ebene damit abgekämpft, das auszugleichen, was der Bund jahrzehntelang versäumt hat. Wir als Land Schleswig-Holstein stehen, was die digitale Infrastruktur angeht, immer noch besser da als die meisten anderen Länder. Trotzdem ist die Versorgung unterirdisch. Hier muss weiter hart gearbeitet werden. Wir dürfen aber eben auch nicht die strukturellen inhaltlichen Fragen links liegen lassen. In der freien Wirtschaft ist man da schon sehr weit. Im Bereich der öffentlichen Verwaltung, des Schulwesens und vieler anderer Bereiche aber haben wir noch einen riesigen Nachholbedarf. Dass dies jetzt gemeinsam mit den Kommunen angegangen wird, ist eine dringende Notwendigkeit. Wir sehen das, was mit den Kommunen vereinbart wurde, als das absolute Minimum an und erwarten, dass hier in Zukunft noch mehr geschieht.

Wir wollen nämlich Folgendes: Wir wollen erreichen, dass wir in der digitalen Verwaltung irgendwann einmal so weit kommen wie die baltischen Länder, und wir wollen erreichen, dass wir in der Nutzung der digitalen Techniken in den Schulen endlich so weit kommen wie die skandinavischen Länder. Die sind uns allen in diesen Bereichen weit voraus, und es kann nicht sein, dass wir als größte Industrienation in Europa hier immer noch hinterherhinken. Da müssen wir Gas geben. Deswegen ist das, was man sich hier vorgenommen hat, wirklich ein wichtiger erster Schritt, meine Damen und Herren.

Die Vereinbarung zwischen Land und Kommunen ist bei den Schulen in der Tat ambitioniert, und die Digitalisierung soll auch inhaltlich weitergebracht werden. Ich sagte es schon, das ist alles vernünftig. Dass der Sport weiter gefördert wird, ist auch richtig. Auch den Feuerwehren gönnen wir es, dass ihre Infrastruktur verbessert wird. Aber, meine Damen und Herren, zwei große politische Probleme werden eben doch weiter aufgeschoben: Die Eltern werden nicht bei den Kita-Beiträgen entlastet, und die Bürgerinnen und Bürger bleiben weiter auf den Straßenausbaubeiträgen sitzen. Der große Aufbruch ist das somit nicht. Daher gibt es noch viel zu tun. - Vielen Dank.

(Beifall SSW und SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, damit erkläre ich den Tagesordnungspunkt „Regierungserklärung“ für beendet.

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags eine weitere Gruppe von Schülerinnen und Schülern der Jacob-Struve-Schule aus Horst und der Gemeinschaftsschule Kronshagen. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 20 auf:

Dauerhafter Erhalt von Gieselaukanal und -schleuse als Bundeswasserstraße

Antrag der Fraktion der AfD
Drucksache 19/386

Eider, Gieselaukanal und -schleuse in der Trägerschaft des Bundes erhalten - Schiffbarkeit und Wasserabfluss gewährleisten

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/414

Ich sehe, das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort für die Fraktion der AfD hat Herr Abgeordneter Volker Schnurrbusch.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Bevor ich auf den Antrag eingehe, möchte ich zunächst einen Beleg dafür erbringen, wie populistisch die AfD in der Tat ist, denn dieser Antrag unserer Fraktion beruht auf zahlreichen Zuschriften von besorgten Bürgern. Aus einer davon möchte ich mit Erlaubnis des Präsidiums auszugsweise zitieren. Der Bürger, er ist übrigens kein AfD-Mitglied, schreibt: Ich habe selbstverständlich AfD gewählt, weil ich als Bewohner der Westküste die Nase voll habe von der ostküstenlastigen Politik der bisherigen Landesregierung. Weder wird die Elektrifizierung der Bahn von Itzehoe nach Westerland noch deren zweigleisiger Ausbau ernsthaft betrieben. Im Koalitionsvertrag gibt es nur Absichtserklärungen, aber keine konkreten Pläne. Man meldet beim Bund an, der sagt Nein, und damit wird

(Volker Schnurrbusch)

die Westküste seit Jahrzehnten abgespeist, obwohl Geld genug da ist, wenn man sieht, welche enormen Summen für Flüchtlinge ausgegeben werden. Die Straße nach Brunsbüttel wird nicht vier-, sondern nur dreispurig gebaut, die Bahn nach Brunsbüttel wird nicht ausgebaut, der Friedrichskooger Hafen wird geschlossen. Nun hat es die Schleuse des Gieselaukanals erwischt. Sie dient vor allem der Freizeitschifffahrt und ist somit touristisch durchaus bedeutend, ebenso historisch. Nur liegt sie leider nicht in Kiel oder in Lübeck, deswegen will man dort wohl nicht investieren. Da sage ich: AfD, bitte übernehmen Sie! - Das ist ein originales Zitat.

Da wir als neue politische Kraft trotz aller Anfeindungen besorgte Bürger nicht diffamieren, sondern ihnen zuhören, haben wir übernommen und fordern die Landesregierung heute auf, gegenüber dem Bundesverkehrsministerium auf einen Erhalt des Gieselaukanals und seiner Schleuse als Bundeswasserstraße hinzuwirken. Seit der Vorlage eines neuen Wassertourismuskonzeptes durch das Bundesverkehrsministerium 2016 besteht in diesem Punkt erhebliche Unsicherheit, denn die Frage ist: Was hat der Bund konkret vor?

Das Konzept zielt darauf ab, 2.800 km von insgesamt 7.500 km an Bundeswasserstraßenstrecken zu entwidmen, das sind beinahe 40 %, und dann diesen beträchtlichen Teil in die Verantwortung anderer Träger zu übertragen. Das hätte zur Folge, dass die betreffenden Bundeswasserstraßen anschließend nur noch als Freizeitwasserwege oder naturnahe Gewässer eingestuft werden. Aufgrund dieser Planungen ist der Gieselaukanal einschließlich Schleuse in seinem Fortbestand als Bundeswasserstraße akut gefährdet, und das, obwohl es sich hier um eine wichtige Verbindung zwischen Untereider und Nord-Ostsee-Kanal handelt.

Die Überlegungen, den Gieselaukanal zu entwickeln, beruhen auf der fehlerhaften Einschätzung, dass diese Wasserverbindung für den Tourismus eine angeblich geringe Bedeutung besitzt. Als Beleg dafür werden die Anzahl geschleuster Touristenboote, die Anbieterdichte von Charterbooten sowie die der Fahrgastschiffe herangezogen. Genau diese Kriterien sind aber nicht ausreichend, das hat selbst die alte Landesregierung bestätigt.

Die Antwort der letzten Landesregierung auf eine Kleine Anfrage des geschätzten Kollegen Oliver Kumbartzky, er ist gerade nicht da

(Zuruf: Doch!)

- da ist er, Entschuldigung -, aus dem Dezember 2016 bestätigte an dieser Stelle Nachbesserungsbe-

darf, und dieser gilt auch heute noch. Der Gieselaukanal hat für die Ausflugschifffahrt und den Sportboottourismus eine unverändert große Bedeutung.

Wir haben vor Kurzem auf dem Parlamentarischen Abend des Tourismusverbandes gehört, dass es trotz einer positiven Entwicklung der Gästezahlen an vielen Stellen noch Optimierungsbedarf und Wachstumspotenzial gibt. Der Standortvorteil, den unser Land in puncto Wassersporttourismus hat, darf also nicht gefährdet werden. Die schon seit Jahren andauernden Diskussionen über den Status des Kanals haben sowohl in der Region als auch bei unseren Gästen zu Verunsicherungen geführt. Auf kommunaler Ebene haben sich bereits Initiativen für den Erhalt der Schleuse gegründet. Der Kollege Andreas Hein ist dort neben vielen anderen auch aktiv.

Doch bis heute gilt: Der Bund will nicht weitermachen, das Land will nicht übernehmen, und auch die Kreise Dithmarschen und Rendsburg-Eckernförde üben sich in Zurückhaltung. Dabei ist eine Grundsanierung der Schleuse überfällig, und die Zeit drängt. Daher meinen wir: Der Bund muss handeln. Das Land muss darauf hinwirken, dass er handelt. Die Wassersportler und die Tourismusbetriebe, aber nicht nur die, werden es Ihnen danken.

Wir beantragen daher die Überweisung in den Wirtschaftsausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir begrüßen unseren ehemaligen Kollegen Karsten Jasper. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Andreas Hein.

Andreas Hein [CDU]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Vertreter aus der Eider-Treene-Sorge-Region, die heute so zahlreich erschienen sind und damit unterstreichen, wie wichtig dieses Thema ist.

Seit 1937 besteht die Gieselauschleuse und verbindet den Nord-Ostsee-Kanal durch den Gieselaukanal mit der Eider. Die Schleuse trennt bei Hochwasser den Nord-Ostsee-Kanal von der Eider ab. Weiter wird bei Hochwasser in Lexfähre die obere Ei-

(Andreas Hein)

der in den Mittelablauf Eider gepumpt. So viel zur Technik.

Ohne Schleuse würde die Eider bis Rendsburg große Flächen überschwemmen. Gerade bei Wasserständen, wie wir sie in der letzten Zeit immer wieder haben, hätte dies immense Auswirkungen. Weitere Bauwerke sind die Schleuse in Lexfähre und die Schleuse mit Wehranlage Nordfeld; wenn man so will, das Eidersperrwerk 1.0. Sie liegt in der schönen Flusslandschaft Eider-Treene-Sorge mit 122 Gemeinden, acht Ämtern und den vier Landkreisen Nordfriesland, Dithmarschen, Rendsburg-Eckernförde und Schleswig-Flensburg.

Der Bund trägt sich seit geraumer Zeit mit dem Gedanken, sich mehrerer Schleusen, darunter auch der Gieselauschleuse, zu entledigen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das geht nicht!)

- Das geht gar nicht. - Es hat mehrere Gespräche und Ortstermine gegeben, in denen einige Fakten genannt wurden, beispielsweise jährliche Personalkosten in Höhe von 68.000 €, etwa 1.600 jährliche Passagen und dass sich der Bund an den Sanierungskosten dann beteiligen möchte, wenn es eine Übernahme durch einen Dritten gibt.

Die Wahrnehmung vor Ort ist allerdings eher diese, und ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis, Herr Landtagspräsident, jemanden, der an der Besichtigung teilgenommen hat: Der Bund hat die Schleuse vergammeln lassen und sich aus der Verantwortung gezogen.

Die Resolutionen der Kreise, Ämter und Städte in der Region sprechen eine eindeutige Sprache: Die Bundeswasserstrasse Eider und der Gieselaumkanal müssen schiffbar und als durchgehende Verbindung vom Eidersperrwerk bis in den Nord-Ostsee-Kanal erhalten bleiben.

(Beifall CDU und AfD)

Die Instandsetzungsarbeiten an der Gieselauschleuse sind vom Bund als Eigentümer umgehend zu veranlassen. Die Übernahme der Schleuse durch den Bund ist, ich wiederhole es, keine Option.

Kommen wir einmal zur Bedeutung für die Region: 22 Häfen und Steganlagen mit 820 Dauerliegeplätzen, Jahresgebühren von 130.000 €, über 3.000 Tagesgäste, Gastlieger - das sind die, die mit ihren Booten hier und dort mal anlegen -, über 10.000 Tagesgäste auf der Adler Princess. Der Tourismus in der Eider-Treene-Sorge-Region gewinnt - wie überall in Schleswig-Holstein - zunehmend an Bedeutung. Viele Akteure haben dazu beigetragen,

dass umfangreiche touristische Attraktionen hier Fuß gefasst haben. Weitere Planungen bis hin zu Ferienhaussiedlungen an der Eider werden verfolgt. Daher ist eine Schiffbarkeit dieser Wasserstraße für unsere Region von großer Bedeutung.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD)

Ohne die Gieselauschleuse verkommt die Eider zur Einbahnstraße. Weiterhin kann niemandem ernsthaft daran gelegen sein, dass man Sportboote durch Wattenmeer und Nordsee und ihre Unwägbarkeiten schickt. Nur die allerwenigsten würden dies auch auf sich nehmen. Damit würde man einem ganzen Tourismuszweig und unseren Wassersportlern die Grundlage entziehen.

Daher begrüßen wir die Initiative der Landesregierung, rechtlich prüfen zu lassen, ob der Bund verpflichtet ist, die Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen durchzuführen. Wir bitten die Landesregierung, sich auch weiterhin vehement dafür einzusetzen, dass Eider, Gieselaumkanal und deren Schleusen in der Trägerschaft des Bundes und schiffbar bleiben,

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD)

dass zudem - das ist ein wichtiger Punkt, meine Damen und Herren - der Wasserabfluss nachhaltig und sicher gewährleistet bleibt. - Meine Damen und Herren, ich bitte um Zustimmung.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Kerstin Metzner.

Kerstin Metzner [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Wir fordern die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Bundeswasserstraße Eider mit dem Gieselaumkanal und der Gieselauschleuse beim Bund verbleibt und vom Bund gemäß den gesetzlichen Verpflichtungen nach § 8 Bundeswasserstraßengesetz in einem ordnungsgemäßen und betriebsbereiten Zustand unterhalten wird.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Mit dem Bau des Kaiser-Wilhelm-Kanals beziehungsweise des Nord-Ostsee-Kanals, Ende des

(Kerstin Metzner)

19. Jahrhunderts wurde der Eider-Kanal zwischen Kiel und Rendsburg ersetzt. Die Eider als Vorfluter wurde zerschnitten. 1936/37 wurde eine neue Schleuse abseits des Rendsburger Stadtgebietes errichtet, und die Verkehrsströme wurden über den 2,8 km langen Gieselaukanal zur Untereider geführt. Dabei werden vom NOK zur Untereider ungefähr 7 m Höhenunterschied überwunden.

Wenn nun der Bund die Unterhaltung dieser Bundeswasserstraße an Dritte abgeben und somit die schwarze Null des Bundeshaushalts absichern will, müssen wir uns dem als Schleswig-Holsteiner klar widersetzen. Bereits in der vergangenen Legislaturperiode hat der damalige Wirtschaftsminister Reinhard Meyer immer wieder darauf gedrängt,

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Sehr erfolgreich!)

dass die Gieselauschleuse für den touristischen Verkehr erhalten bleibt.

(Beifall SPD - Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU] - Birte Pauls [SPD]: Wer ist denn verantwortlich im Bund?)

Inzwischen hat sich die Rechtslage noch einmal geändert. Dem Wasserabfluss wird nach den vielen markanten Starkregen- und Hochwasserereignissen der letzten Jahre eine wachsende Bedeutung beigemessen. Wir haben es gerade gehört. Eider und Gieselaukanal sind als Vorfluter für die Entwässerung der angrenzenden Flächen von immenser Bedeutung.

(Unruhe)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Metzner.

Kerstin Metzner [SPD]:

Ich wollte gerade darauf hinweisen, dass ich an meinem Text bis jetzt noch nichts Lustiges gefunden habe.

Die Gieselauschleuse ermöglicht es dem Schiffsverkehr, den Höhenunterschied von 7 m zwischen Nord-Ostsee-Kanal und Eider zu überbrücken. Deshalb ist es überhaupt nicht nachzuvollziehen, dass die Unterhaltung der über 80 Jahre alten Gieselauschleuse auf Betreiber abgewälzt werden soll, die dies finanziell gar nicht bewältigen können.

Fest steht, der Bund ist per Gesetz zur Unterhaltung seiner Anlagen verpflichtet.

(Beifall SPD und Oliver Kumbartzky [FDP])

Wir würden es sehr begrüßen, wenn auch der jetzige Wirtschaftsminister diese Brisanz erkennt und mit Nachdruck gegenüber dem Bund vertritt. Der Landtag unterstreicht mit dem vorliegenden gemeinsamen Antrag die Bedeutung dieser Bundeswasserstraßen für das Land. Immer wieder haben Politiker aller Couleur gemeinsam mit Sportbootfahrern, Schifffahrtstreibenden, Anliegern und vielen anderen die Bedeutung der Eider, des Gieselaukanals und der dazugehörigen Gieselauschleuse betont und die Gewährleistung ihrer durchgehenden Schifffbarkeit vom Bund eingefordert. Keine Fraktion in diesem Haus hat Veranlassung, sich diese Aktivitäten zu eigenen Profilierungszwecken ans Revers zu heften.

(Beifall SPD und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Landesregierung hat unsere volle Unterstützung bei den Forderungen gegenüber dem Bund, weil es hier um ureigene schleswig-holsteinische Interessen geht. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, in diesem Haus besteht immer Einigkeit, wenn es darum geht, die Infrastruktur gerade rund um den Nord-Ostsee-Kanal voranzubringen. Das haben wir in der vorigen Legislaturperiode übrigens sehr erfolgreich getan, indem wir uns gemeinsam für den Nord-Ostsee-Kanal eingesetzt haben, in Berlin erfolgreich waren und die Schleusensanierung auf den Weg gebracht haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und Oliver Kumbartzky [FDP])

Insofern, meine Damen und Herren von der AfD, ist der Antrag, den Sie hier vorlegen, sachlich. Das Anliegen gefällt mir. Der Vortrag, den Sie dazu gehalten haben, Herr Schnurrbusch, gefällt mir nicht, weil Sie hier immer wieder mit diesem Unterton vorgetragen haben, es gebe eine Konkurrenz zwischen Ost- und Westküste und die arme Westküste sei benachteiligt. Hören Sie mit diesen Ressentiments auf, und bleiben Sie bei der Sache.

(Dr. Andreas Tietze)

Ich will an dieser Stelle auch auf Folgendes hinweisen: Ich war gestern auf einer Veranstaltung zum Elbe-Lübeck-Kanal.

(Zuruf CDU: Oh!)

Es kamen sehr viele Besucher. Über 200 Menschen haben sich dafür interessiert, die Hälfte dagegen, die Hälfte dafür. Aber man sieht, durch eine Initiative von Abgeordneten im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages konnten 838 Millionen € für diese Infrastrukturmaßnahme bereitgestellt werden. Man kann darüber streiten, ob man das will. Aber immerhin lernt man als Politiker, dass der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages schon eine gewisse Relevanz hat. Sie haben jetzt den Vorsitz im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages. Es wäre ja an der Zeit, dass Sie auch einmal liefern, dass Sie also nicht nur hier im Landtag Reden halten, sondern auch wirklich dafür sorgen, dass es mit der Infrastruktur in Schleswig-Holstein vorangeht. Da können Sie dann ja beweisen, ob Sie das schaffen; denn wir reden hier am Ende des Tages über Bundespolitik und über die Frage, wie der Bund mit der Infrastruktur in unserem Land umgeht.

Sie haben gesagt, die Gieselauschleuse sei eine zentrale Infrastruktur. Wenn man die dichtmache, dann sei das wie eine Mauer; da komme keiner mehr durch. Wir haben in diesem Land sehr viele Freizeittouristen, Sporttouristen. Ich selber bin da schon einmal mit einem Segelboot durchgefahren, als ich es von der Ostsee in die Nordsee überführt habe. Natürlich ist es schon so, dass man sich als Segler überlegt, ob man durch die Wattenmeer-Gebiete untenherum fährt. Das ist nicht witzig. Die Gieselauschleuse ist nicht nur für Sportbootschiffer, Kanuten und Paddler interessant, sie ist auch in einer unglaublich interessanten Naturlandschaft. Die Eider-Treene-Sorge-Region ist eine der wichtigsten Tourismusregionen. Karsten Jasper, herzlich willkommen! Sie haben ja die G 10 oder G 20, wie ich so schön sage, zusammengeholt und haben dafür gesorgt, dass die Region wirklich sehr engagiert für die Gieselauschleuse kämpft. Seien Sie sicher, Sie haben den Schleswig-Holsteinischen Landtag, also auch meine Fraktion, an Ihrer Seite. Wir werden gemeinsam dafür streiten.

Sie zeigen ja auch, dass es eben anders geht, indem man nicht Leute gegeneinander ausspielt, sondern die positive Seite dieses Projektes voranstellt. Das ist die richtige Art, wie man guten politischen Lobbyismus für eine Sache betreibt. Wenn Sie nach Berlin fahren und sich für das Anliegen einsetzen,

seien Sie sicher, ich bin da an Ihrer Seite. Das werden wir gemeinsam für Schleswig-Holstein tun.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, AfD und vereinzelt FDP)

Meine Damen und Herren, wir sind der Auffassung: Die Gieselauschleuse muss erhalten bleiben. Sie ist im Gesamtsanierungsplan des Nord-Ostsee-Kanals integriert. Ich sehe das nicht als solitäres, sondern als integriertes Sanierungskonzept an. Lassen Sie uns auch an dieser Stelle an die gute Tradition anschließen. Wir kämpfen gemeinsam für den Nord-Ostsee-Kanal. Deshalb ist die Gieselauschleuse für uns ein gemeinsames Anliegen.

Herr Ministerpräsident, Sie werden in Berlin jetzt sicherlich auch das eine oder andere Wort mal mitzusprechen haben.

Es geht darum: Wenn wir die Gieselauschleuse nicht sanieren können, dann haben wir für die nächsten Jahrzehnte diese wichtige Wasserstraße tatsächlich abgehängt. Deshalb sollten wir uns gemeinsam für die Gieselauschleuse einsetzen. So können wir in guter Tradition etwas nach vorn bringen. Dafür brauchen wir keinen AfD-Antrag. Das hätten wir auch so gemacht. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, SSW und vereinzelt AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Oliver Kumbartzky.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie werden sich erinnern, dass wir in der Plenarsitzung im November die Weiterentwicklung der Tourismusstrategie Schleswig-Holstein besprochen und mit einer wirklich sehr breiten Mehrheit beschlossen haben. In dem entsprechenden Antrag haben wir unter anderem auf die Potenziale und Besonderheiten des Binnenlandtourismus hingewiesen. Die Bundeswasserstraßen sind genau wie die Landesgewässer ein wesentlicher Bestandteil dieses Binnenlandtourismus. Damit erfüllt auch der zwar kurze, aber historische Gieselauchkanal mit seinen Schleusen eine wichtige Funktion für Schleswig-Holstein.

Als meerumschlungenes Land wird Schleswig-Holstein von den meisten Menschen mit Wasser in Verbindung gebracht - nicht nur mit den Meeren, sondern auch mit den Binnengewässern, die beson-

(Oliver Kumbartzky)

ders für die Ausflugschifffahrt und den Sportboot-tourismus attraktiv sind. Das trifft auf den Gieselaukanal in ganz besonderem Maße zu, da er die Verbindung zwischen dem Nord-Ostsee-Kanal und der Eider ist, also zwischen zwei Wasserstraßen, die dieses Land prägen.

Einzelne Nutzungszahlen, wie der Bund sie nun aufführt, können die wirkliche Bedeutung dieses Kanals nicht vollständig wiedergeben. Als Bundeswasserstraße liegt der Kanal in der Zuständigkeit des Bundes. Wir sind der Meinung, wie alle Fraktionen in diesem Haus, dass die Zuständigkeit des Bundes für den Kanal und seine Schleusen erhalten bleiben muss, damit weder der Binnenlandtourismus noch die Wasserwirtschaft des Landes negative Konsequenzen fürchten müssen.

Eine Entwidmung kommt für uns nicht in Frage, und ohne Zustimmung des Landes ist das auch nicht möglich. Dem Bundeswasserstraßengesetz folgend ist der Bund in der Pflicht, die Schiffbarkeit des Gieselaukanals zu erhalten und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Der Sanierungsbedarf des Kanals und seiner Schleusen ist momentan allerdings groß; die vom Bund ergriffenen Maßnahmen reichen nicht aus. Insofern ist natürlich zu klären, inwieweit der Bund gemäß Bundeswasserstraßengesetz Instandhaltungsmaßnahmen aufschieben darf oder ob er nicht vielmehr in der Pflicht ist, die Instandsetzung zeitnah durchzuführen. Aus diesem Grund begrüßen wir es ausdrücklich, dass die Landesregierung eine ausführliche Prüfung zur Feststellung der rechtlichen Pflichten des Bundes durchführen möchte. Wir bedanken uns beim Wirtschafts- und Verkehrsminister Bernd Buchholz für sein Engagement.

Ihnen, meine Damen und Herren, danke ich für die Aufmerksamkeit. Ich bitte um Abstimmung in der Sache und Zustimmung zum gemeinsamen Antrag von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Immer wieder wird auf die Bedeutung von Wasserstraßen hingewiesen. Sie sind die

Lebensadern der Regionen; denn sie sind wichtig für Wirtschaft, Tourismus und Wasserwirtschaft. Wenn wir heute über die Zukunft von Gieselaukanal und -schleuse sprechen, dann sprechen wir über so eine Lebensader, die für die Region von unheimlich großer Bedeutung ist. Nicht umsonst spricht man vor Ort von der Herzkammer der Region.

Vor allem Sportboote, aber auch Berufs- und Ausflugsschiffe nutzen die Wasserstraße. Derzeit wird von 1.600 Bootspassagen jährlich ausgegangen. Das mag im ersten Moment als nicht viel erscheinen; dennoch ist das für die Region und für den dortigen Tourismus von großer Bedeutung. Wir reden hierbei auch über rund 1.000 Gastlieger und circa 3.400 Tagesgastlieger in Tönning, Friedrichstadt und Lexfähre. Darüber hinaus reden wir über die vielen kleineren Häfen mit ihren Liegeplätzen. Für die Region sind dies durchaus relevante Zahlen und Fakten. Darüber hinaus ist die Schleuse auch aus wasserwirtschaftlicher Sicht von Bedeutung für die Region. Die Schleuse trennt bei Hochwasser den Nord-Ostsee-Kanal von der Eider und verhindert eine Überschwemmung Rendsburgs. Der Kollege Hein ist ein bisschen ausführlicher auf diese Problematik eingegangen.

Seit über 80 Jahren ist der Gieselaukanal die einzige Verbindung zwischen Nord-Ostsee-Kanal und Eider. Zu dem Kanal gehört auch die Gieselauschleuse. Das Bauwerk ist mittlerweile genauso alt wie der Kanal. Die Zeit hat dort ganz deutliche Spuren hinterlassen. Die letzte Bauwerksprüfung fand 2016 statt und ergab, dass das Bauwerk dringend sanierungsbedürftig ist. Hier besteht nun das Problem: Der Bund hat angekündigt, sich aus der Verantwortung zu ziehen; er will für Sanierung und Instandhaltung nicht länger aufkommen. Er erachtet die wirtschaftliche Bedeutung von Gieselaukanal und Gieselauschleuse als zu gering und die Kosten als zu hoch. Aus diesem Grund ist der Bund auf der Suche nach einem neuen Betreiber. Sollte ein neuer Betreiber gefunden werden, erklärt der Bund sich bereit, sich zu 50 % an den Sanierungskosten zu beteiligen. Falls dieser jedoch nicht gefunden wird, droht die Schließung der Schleuse.

Diese Aussage vonseiten des Bundes hat natürlich für erhebliche Unruhe in der Region gesorgt. Das ist absolut nachvollziehbar; denn dort sieht man die Verantwortung für die Infrastruktur ganz klar beim Bund. Für den SSW kann ich hier ganz deutlich sagen: Die Vorgehensweise vonseiten des Bundes ist absolut verantwortungslos und in keiner Weise akzeptabel.

(Beifall SSW und Oliver Kumbartzky [FDP])

(Flemming Meyer)

Auch das in Aussicht gestellte 50-prozentige Angebot ist so nicht hinnehmbar. Die Verantwortung für Kanal und Schleuse muss dort platziert werden, wo sie hingehört: beim Bund. Hier stehen wir an der Seite der Region. Seit über 80 Jahren betreibt der Bund den Kanal und die Schleuse. In diesem Zeitraum hat sich dort vieles angesiedelt und über Jahrzehnte entwickelt. Für uns bedeutet das, dass der Bund damit auch eine Verantwortung gegenüber der Region hat. Dieser Verantwortung kann man sich nicht mit einem Federstrich entledigen.

Daher ist es richtig und wichtig, ein für alle Mal eine belastbare Klärung herbeizuführen. Es muss Klarheit geschaffen werden, inwieweit der Bund zur Durchführung von Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen verpflichtet ist. Die Menschen in der Region haben wirklich ein Anrecht darauf. Es wird höchste Zeit, dass das geklärt wird. - Jo tak.

(Beifall SSW, vereinzelt CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, Dr. Bernd Buchholz.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin sehr dankbar dafür, dass alle an dieser Debatte Beteiligten auf die Bedeutung der Gieselauschleuse und des Gieselaukanals für den Tourismus des Landes Schleswig-Holstein hingewiesen haben. Ein bisschen pathetisch wurde es aber doch. Die Aussage, dass das die „Herzkammer“ Schleswig-Holsteins sein soll, würde ich vorsichtig betrachten.

Das Zweite, was ich eingangs sagen möchte, ist: Wir alle, auch ich als Minister, haben uns freundlicherweise den Realitäten zu stellen. Und zu den Realitäten im Zusammenhang mit der Gieselauschleuse gehört es - wir mögen das bedauern oder auch nicht -, dass sich die Frequenz der Nutzung des Gieselaukanals durch Sportboote in den letzten zehn Jahren nahezu halbiert hat. Vor diesem Hintergrund ist es nicht so ganz unverständlich, dass der Bund sagt: Menschenskinder, was machen wir jetzt damit? - Wir alle sind der Auffassung, dass die Kriterien, die der Bund bei der Bewertung der touristischen Bedeutung dieses Kanals und dieser Schleuse angelegt hat, nicht richtig sind.

Es kann nicht sein, dass hier allein nach der Anzahl der Charterboote und der Passagen geurteilt wird. Es muss auch das touristische Gesamtkonzept bewertet werden. All dies muss einbezogen werden. Gerade vor dem Hintergrund - der Kollege Kumbartzky hat darauf hingewiesen -, dass wir eine Stärkung des Binnenlandtourismus in Schleswig-Holstein erreichen wollen und mit der veränderten Tourismusstrategie auch die Wasserstraßen viel stärker in den Blick nehmen, um sie als Attraktion des Landes herauszustellen, bekommt der Gieselaukanal eine völlig andere Bedeutung. Dann geht es nicht um die Frage, wie viele Kanus man an diesem Kanal chartern kann und wie viele Sportboote ihn nutzen.

An dieser Stelle ist kurz auf die Geschichte zu verweisen. Herr Schnurrbusch, seien Sie mir nicht böse, aber Ihres Antrags hätte es nicht bedurft, damit die Landesregierung hier tätig wird. „AfD, übernehmen Sie“, das ist etwas, worüber wir müde lächeln können. - Allein das hier ist der Schriftverkehr zwischen mir und dem zuständigen Bundesverkehrsministerium im ersten Halbjahr meiner Amtszeit zum Thema Gieselauschleuse.

(Birte Pauls [SPD]: Was denn? Drei Zettel?)

- Bitte?

(Birte Pauls [SPD]: Drei Zettel?)

- „Drei Zettel“, haben Sie gesagt?

Präsident Klaus Schlie:

Herr Minister, Sie haben das Wort.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Frau Abgeordnete, wenn Sie so darauf reagieren, dass man versucht, sich für eine Region einzusetzen, dann zeigt das, wie ernst Sie die Bemühungen des Ministeriums nehmen.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Manchmal ist es hilfreich und manchmal sogar hilfreicher, wenn man sich auch mal einen Zwischenruf verknüpft.

In der Historie geht es hier um Folgendes, und das muss man sich noch einmal Revue passieren lassen: Der Bund hat es sich in der Tat relativ einfach gemacht. Er hat mal eben die Bundeswasserstraßen kategorisiert, hat dann festgestellt: „Oh Gott, auf einigen ist wenig Bewegung. Die will ich deshalb

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

loswerden; denn sie kosten auch noch Geld.“ Deshalb hat er sie eingruppiert in die Kategorie Bundeswasserstraße, die auch touristisch nur wenig Bedeutung hat oder sogar unbedeutend ist.

Dann hat der Bund gesagt: Diese Bundeswasserstraße will ich loswerden. - Er hat in der Tat ein vergiftetes Angebot gemacht nach dem Motto: Ihr Dritte, ob Kreise, ob Kommunen oder sonst wer, könnt diese Bundeswasserstraße übernehmen. Wir geben sie euch gern, und die Erhaltungsinvestitionen übernehmen wir zur Hälfte.

Man hätte über die Frage der Übernahme solcher Wasserstraßen reden können, wenn dabei tatsächlich ein finanzieller Ausgleich in der vollen Höhe der Unterhaltungsnotwendigkeiten stattgefunden hätte. Dazu - auch das will ich hier sagen - wäre ich auch bereit, wenn die Unterhaltungskosten in einer Größenordnung wie bei der Gieselschleuse jährlich ungefähr 600.000 bis 700.000 € betragen. Wenn nicht nur einmalig 50 % der Investitionen übernommen werden, sondern auch die Unterhaltungsmaßnahmen für den gesamten Kanal inklusive Ausbaggern übernommen werden, die der Bund heute für Bundeswasserstraßen zu tragen hat, können wir über eine Übernahme in eigene Trägerschaft durchaus nachdenken.

Da wir dies in der Person meines Vorgängers vor dem Hintergrund des vergifteten Angebots schon einmal abgelehnt hatten, kommt der Bund jetzt auf eine neue Idee. Sie, meine Damen und Herren von der AfD, sagen ja, es komme nicht nur auf Juristerei an. Es kommt sehr wohl darauf an, wie man gegenüber dem Bund Druck aufbauen kann. Der Bund also sagt: Wenn ihr diese Wasserstraße und diese Schleuse nicht haben wollt, dann lassen wir sie einfach liegen; wenn wir sehen, dass die Schleuse erneut Sanierungsbedarf hat, werden wir sie nicht mehr renovieren.

An dieser Stelle, meine Damen und Herren, kommt meine Rechtsauffassung und kommt auch die Rechtsauffassung meines Vorgängers ins Spiel: Die Schließung einer Schleuse stellt eine Bestandsänderung an einer Wasserstraße dar; denn ich kann sie nicht mehr so passieren, wie sie vorher zu passieren war. Eine Bestandsänderung nach § 2 des Bundeswasserstraßengesetzes ist aber nur zulässig, wenn das beteiligte Land zustimmt. Diese Zustimmung haben wir nicht erteilt.

Der Bund stellt sich auf die Rechtsposition, es handle sich bei der Schließung einer Schleuse nicht um eine Bestandsänderung; das bleibe eine Bundeswasserstraße, der Bestand sei derselbe, sie können

nur nicht mehr betrieben werden. Deshalb ist die entscheidende Frage: Handelt es sich bei einer Bundeswasserstraße um eine Bestandsveränderung, wenn sie hinterher als solche nicht mehr schiffbar genutzt werden kann?

Dieser Rechtsfrage werden wir jetzt mithilfe eines Gutachtens nachgehen, weil - das darf ich jetzt auch in Richtung auf die zukünftigen Großkoalitionäre sagen - sonst keine Bewegung im Bundesverkehrsministerium zu sehen sein wird. Wir werden es also in Form eines Rechtsgutachtens darlegen müssen, um dann zu sagen: Wir unterlegen die Pflicht des Bundes zur Unterhaltung der Schleuse. Anderenfalls wird der Bund, wie angekündigt, die Schleuse einfach verrotten lassen.

Deshalb habe ich - das wird hoffentlich bei den Haushaltsberatungen von Ihnen so beschlossen - Gutachterkosten für genau diesen Gutachterauftrag freigegeben, um insoweit politischen Druck aufzubauen. Nur dieser Weg scheint mir erfolgversprechend zu sein, um die Gieselschleuse entweder in der Pflicht des Bundes zu haben, damit er auch künftig die entsprechenden Unterhaltungsmaßnahmen machen muss, oder damit die Grundlage für die Übernahme durch einen anderen zu finden, dann aber zu den richtigen Konditionen.

Alle diese Maßnahmen sollen dazu dienen, das für das touristische Konzept im Lande, für den Wasserstraßenweg, aber auch für die Natur wichtige Stück der Verbindung zwischen Eider und Nord-Ostsee-Kanal zu erhalten. Daran arbeiten wir vertieft und versuchen, insoweit Druck auf den Bund auszuüben.

Ich danke jedem, der diese Maßnahmen ebenfalls unterstützt und mitträgt. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeit um 2 Minuten überzogen. Ich sehe aber keine weiteren Wortmeldungen und schließe deshalb die Beratung.

Von der Fraktion der AfD ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/386 sowie den Alternativantrag Drucksache 19/414 in den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der AfD-Fraktion. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten aller anderen Fraktionen. Damit ist die Überweisung abgelehnt.

(Präsident Klaus Schlie)

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache. Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der AfD, Drucksache 19/386, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der AfD. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten aller anderen Fraktionen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse dann über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP sowie der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/414 abstimmen. Wer ist dafür? - Das sind alle Abgeordneten. Damit ist das einstimmig beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 13 und 14 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Schleswig-Holsteinische Landesverfassungsgericht (Landesverfassungsgerichtsgesetz - LVerfGG)

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD
Drucksache 19/443

b) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Schleswig-Holsteinische Landesverfassungsgericht (Landesverfassungsgerichtsgesetz - LVerfGG)

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/444

Das Wort zur Begründung wird, wie ich sehe, nicht gewünscht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich schlage vor, die Gesetzentwürfe Drucksachen 19/443 und 19/444 in den Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer das so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe entsprechend der Vereinbarung unter den Parlamentarischen Geschäftsführern die Tagesordnungspunkte 21 und 42 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Umsetzung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission für 2018 in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/411 (neu)

b) Bericht der Landesregierung zum Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2018

Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/427

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich gehe davon aus, dass wir die Aussprache damit eröffnen, dass zunächst die Landesregierung berichtet. - Das ist der Fall.

Dann erteile ich das Wort der Ministerin für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung. Frau Ministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Sie haben das Wort.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Das aktuelle Jahr wird ein spannendes für die Europäische Union, aber auch für uns in Schleswig-Holstein. Lassen Sie mich dazu vier Stichworte aus der politischen Agenda der EU für 2018 herausgreifen:

Erstens die Brexit-Verhandlungen über den Austritt Großbritanniens aus der EU. Im Dezember hat der Europäische Rat die erste große Hürde mit der Feststellung genommen, dass ausreichende Fortschritte in den drei zentralen Verhandlungsbereichen, Bürgerrechte, finanzielle Entflechtung und irische Grenzfrage erzielt worden sind. Damit hat der Rat die Tür zu der zweiten Verhandlungsphase über die künftigen Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien geöffnet, auch wenn diese voraussichtlich erst im zweiten Quartal beginnen wird.

Wohin diese Reise gehen wird, ist allerdings noch völlig offen; denn die britische Regierung hat bislang nicht erklären können, wie sie sich das zukünftige Verhältnis vorstellt, sondern nur, was sie nicht will: den Verbleib im Binnenmarkt und in der Zollunion. Ausgehen können wir derzeit nur davon, dass am 29. März 2019 der Austritt Großbritanniens Wirklichkeit werden wird.

Zweitens die Debatte um die Reform der Wirtschafts- und Währungsunion. Stichworte dazu sind die Einsetzung eines EU-Finanzministers, die Schaffung spezifischer Haushaltsinstrumente für die Eurozone und die Weiterentwicklung des Euro-

(Ministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack)

Rettungsfonds ESM zu einem europäischen Währungsfonds.

Die Reformvorschläge der Kommission liegen seit Dezember auf dem Tisch. Für die weitere Debatte wird es entscheidend sein, auf welche Linie sich die deutsche und die französische Regierung verständigen werden. Ihre gemeinsamen Reformvorschläge sollen zum geplanten Euro-Gipfel im März vorliegen.

Drittens Immigrations- und Flüchtlingspolitik. Zwar konnten bei der Sicherung der EU-Außengrenzen erhebliche Fortschritte erzielt werden, insbesondere mit dem Ausbau der Grenzschutzagentur Frontex zu einer europäischen Grenz- und Küstenwache. Hingegen gestaltet sich aber die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems weiterhin als äußerst schwierig. Eine Einigung im Rat über die europaweite Verteilung von Asylsuchenden ist weiterhin nicht absehbar. Seitens der Staats- und Regierungschefs wird angestrebt, die Reform des GEAS - so wird es abgekürzt - bis zum kommenden Juni abzuschließen. - Hoffentlich klappt das.

Viertens die Debatte über die Neuausrichtung des EU-Haushalts nach 2020. Im Juni 2017 hatte die Kommission dazu ein Reflektionspapier „Zukunft der EU-Finzen“ vorgelegt. Anfang Januar hat EU-Kommissar Oettinger nunmehr klargestellt, dass künftig alle EU-Programme und europäischen Struktur- und Investitionsfonds Kürzungen akzeptieren müssten. Neben der Erschließung neuer Finanzmittel - wir konnten das heute auch noch einmal lesen - seien diese unabdingbar, um die durch den Brexit bedingten Einnahmeverluste auszugleichen und neue Aufgaben bei Grenzschutz, Verteidigung, innerer und äußerer Sicherheit finanzieren zu können.

Nach wie vor gilt, dass sich keine seriösen Prognosen über die zu erwarteten Mittel für Schleswig-Holstein anstellen lassen. Wir warten gespannt auf den für Mai angekündigten Kommissionsvorschlag zum mehrjährigen Finanzrahmen nach 2020.

Unabhängig von diesem größeren Ausblick hat die Europäische Kommission natürlich auch eine reguläre Vorhabenliste neuer Legislativvorschläge und politischer Initiativen. Das von ihr dazu vorgelegte Arbeitsprogramm für 2018 umfasst zwei Schwerpunkte: Da ist zum einen eine begrenzte Anzahl legislativer Maßnahmen zur Vollendung der Arbeiten an den zehn politischen Prioritäten, die Kommissionspräsident Juncker zu Beginn seiner Amtsperiode vorgelegt hat. Alle dazu im Arbeitsprogramm aufgeführten Vorschläge will die Kommission bis spä-

testens Mai vorlegen. Damit soll dem Europäischen Parlament und dem Rat genügend Zeit eingeräumt werden, um den Gesetzgebungsprozess noch vor den nächsten Europawahlen abschließen zu können. Diese werden ja voraussichtlich im Mai 2019 stattfinden.

Der andere Schwerpunkt umfasst eine Reihe von Initiativen, die längerfristig auf die Frage ausgerichtet sind, wie die EU der 27 ihre Zukunft vor dem Zeithorizont 2025 gestalten will. Diese Initiativen folgen der Debatte, die im letzten Jahr durch das Weißbuch der Kommission über die Zukunft Europas in Gang gesetzt wurde. Mit dem vorliegenden Auswertungsbericht löst die Landesregierung ihre Verpflichtung aus der gemeinsamen Vereinbarung mit dem Landtag über die Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union ein. Zusammen mit der Auswertung des Hanse-Office und weiteren Beschlüssen des Landtages über landespolitisch bedeutsame Vorhaben aus dem Arbeitsprogramm haben wir eine gute Grundlage, um gemeinsam im Rahmen unserer Möglichkeiten die Interessen Schleswig-Holsteins bestmöglich vertreten und einbringen zu können. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, vereinzelt SPD und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Regina Poersch.

Regina Poersch [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Kommission hat sich für 2018 einiges vorgenommen. Sie nennt ihr Programm „Agenda für ein enger vereintes, stärkeres und demokratischeres Europa“. Ein enger vereintes, stärkeres, demokratischeres und solidarischeres Europa muss unsere Antwort auf die Trumps dieser Welt und deren lautstarkes „America oder sonst irgendein Land first“ sein.

(Beifall SPD)

Ich bin zutiefst besorgt über die aktuellen Tendenzen zur nationalen Abschottung einzelner Mitgliedstaaten, denn nur ein starkes und geeintes Europa kann die Antwort auf die brennenden Fragen unserer Zeit sein.

(Vereinzelter Beifall SPD)

(Regina Poersch)

Nur wenn wir gemeinsam und immer wieder unsere Werte und unser solidarisches Gesellschaftsmodell verteidigen, können wir Frieden im Inneren bewahren und nach außen schaffen.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Gut 60 Jahre nach Unterzeichnung der Römischen Verträge und 55 Jahre nach dem Élysée-Vertrag steht Europa vor großen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen. Europa braucht nicht weniger, sondern mehr Solidarität unter den Mitgliedstaaten. Durch das Arbeitsprogramm 2018 der Europäischen Kommission zieht sich diese Idee eines stärker vereinten und solidarischeren Europas wie ein roter Faden. Viele dieser Vorhaben haben einen direkten Bezug zu unserem Land. Deshalb beraten wir das Programm heute: Wir wollen uns einbringen, wir wollen einen europäischen Mehrwert für Schleswig-Holstein und die Menschen in unserem Land erzielen.

(Beifall SPD)

Ich bedanke mich für den schriftlichen Bericht der Europaministerin und möchte mit dem Antrag Drucksache 19/411 (neu), den wir zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen des SSW vorgelegt haben, ein paar parlamentarische Akzente setzen. Beides, den Bericht und den Antrag, sollten wir im Europaausschuss vertiefend beraten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Europäische Kommission plant ein Paket zur sozialen Gerechtigkeit. Dabei geht es um faire Rahmenbedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und eine bessere Koordinierung der Arbeitsmarktpolitik. Wir brauchen einen Rahmen für Mindestlohnregelungen sowie für nationale Grundsicherungssysteme in den EU-Staaten. Nur wenn wir konsequent gegen Lohndumping und soziale Ungleichheiten in wirtschaftlich schwächeren Regionen in Europa kämpfen, sichern wir den Sozialstaat und die soziale Marktwirtschaft in Deutschland.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Ich habe das hier schon oft gesagt, aber ich betone es noch einmal: Lohndumping verzerrt Wettbewerb, verhindert fairen Wettbewerb und schadet damit den Betrieben vor Ort in Schleswig-Holstein. Es ist wichtig, diese Punkte europäisch anzugehen.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Zu dem Sozialpaket gehören auch bereits anhängige Vorschläge wie die Koordinierung der sozialen Sicherheit, die für Menschen in Grenzregionen bedeutsam sind und die wir auf unsere Initiative hin auch schon im Europaausschuss diskutiert haben. Wir brauchen einen Rahmen für faire Mobilität.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch darauf ist die Ministerin schon eingegangen: Für das zweite Quartal erwarten wir einen umfassenden Vorschlag für den mehrjährigen Finanzrahmen und Vorschläge zu den künftigen EU-Eigenmitteln. Die amtierende Bundeskanzlerin und mein Parteivorsitzender sind sich einig:

„Wir wollen die EU finanziell stärken, damit sie ihre Aufgaben besser wahrnehmen kann: Dafür werden wir bei der Erstellung des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens Sorge tragen. Dabei befürworten wir auch spezifische Haushaltsmittel für wirtschaftliche Stabilisierung und soziale Konvergenz und für die Unterstützung von Strukturreformen in der Eurozone, die Ausgangspunkt für einen künftigen Investivhaushalt für die Eurozone sein können. Wir sind auch zu höheren Beiträgen Deutschlands zum EU-Haushalt bereit.“

Besser geht es doch gar nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD, vereinzelt CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Beratung des Arbeitsprogramms heute möchte ich noch sagen: Früh vorbereitet zu sein, heißt auch, über das ein oder andere Vorhaben der Europäischen Kommission im Laufe eines Jahres nicht sonderlich überrascht zu werden.

Ja, sehr geehrte Landesregierung, wir Abgeordnete lesen Ihre Frühwarndokumente tatsächlich. Kürzlich war im Europaausschuss ein Vertreter des MELUND etwas erstaunt darüber. Wir lesen das, und wir möchten über die Frühwarndokumente auch über den Fortgang einer Angelegenheit informiert werden. Vorbildlich machen das das Wirtschaftsministerium und das Europaministerium. Andere Ressorts können sich daran gern ein Beispiel nehmen.

Noch einmal: Der Blick in das jährliche Arbeitsprogramm ist keine lästige Pflicht, sondern darin stecken wichtige Vorhaben für unser Land. Was wir wichtig finden, sehen Sie in unserem Antrag. Weitere Vorschläge und den Bericht der Europa-

(Regina Poersch)

ministerin würde ich gern in den Ausschuss überweisen. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Hartmut Hamerich das Wort.

Hartmut Hamerich [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, herzlichen Dank für den umfassenden Bericht zum Arbeitsprogramm der EU-Kommission. Er hat uns einiges an Erhellung gebracht, auch wenn wir jetzt natürlich noch keine sicheren Prognosen über die kommenden Jahre erwarten können. Der Brexit wirft seine Schatten voraus, damit werden wir noch lange zu tun haben.

Auch der SPD-Fraktion und dem SSW danke ich für den von Ihnen vorgelegten Antrag. Ich freue mich darüber, dass wir ihn auch an den Ausschuss überweisen. Dort werden wir möglicherweise einen gemeinsamen Antrag hinbekommen. Ich sehe da keine Probleme oder Schwierigkeiten.

(Beifall SPD und SSW)

Jeder setzt seine Prioritäten, das ist vollkommen klar. Das ist auch in Ordnung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Europa wird nicht anhand der neu erlassenen Richtlinien und Verordnungen beurteilt, sondern anhand der konkreten Ergebnisse, die unsere Politik für die Bürgerinnen und Bürger bringt. - Das ist nicht mein Satz, sondern das ist ein Zitat, nämlich die Übersetzung des vorletzten Satzes der Einführung der EU-Kommission zum Arbeitsprogramm der Kommission Jahr 2018. Diesen Satz können wir sicher alle hier im Haus unterstreichen. Er bekommt in diesen europapolitisch turbulenten Zeiten und angesichts der großen Anzahl europakritischer Geister innerhalb der Europäischen Union einen noch höheren Stellenwert. Gleichzeitig beschreibt er den hohen Anspruch, den die EU-Kommission mit ihrem Arbeitsprogramm 2018 als Ziel setzt. Das ist auch gut so.

Die EU-Kommission erkennt, dass die derzeitige Situation in Europa und der Welt Möglichkeiten eröffnet, die Arbeit der EU jetzt unter neuen Aspekten neu zu gestalten. Dazu gehört leider die Veränderung durch den Brexit ebenso wie die Verände-

rung der Politik der Vereinigten Staaten von Amerika, aber auch der Druck, den wachsende nationale Kräfte in den Mitgliedstaaten gegen Europa erzeugen. Die ungelöste Frage des Umgangs mit Flüchtlingen sowie die Herausforderungen an die Integration fordern zum Handeln auf.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, die EU-Kommission hat unter diesen Voraussetzungen ihr Arbeitsprogramm entwickelt. Die Rede zur Lage der Union und das Weißbuch der Kommission - beides haben wir hier schon diskutiert - sind wichtige Leitplanken für das Arbeitsprogramm. Wie in den letzten Jahren sind die Vorschläge schwerpunktmäßig in die Anlagen „Neue Initiativen“, „REFIT-Initiativen“, die eine rechtliche Überprüfung bestehender Richtlinien beinhalten, und „Vorrangige anhängige Vorschläge“ unterteilt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Aufgabe in Schleswig-Holstein ist es, alljährlich aus dem umfangreichen Bündel der Initiativen die Maßnahmen herauszufiltern, die für unser Land von besonderer Bedeutung sind. Hierzu soll die Landesregierung in besonderer Weise aktiv werden und dem Landtag berichten. Zur besseren Koordinierung hat der Landtag ein Verfahren eingerichtet, bei dem frühzeitig die Europapolitiker und Vertreter der Landesregierung mit dem Landtagsdirektor zusammenkommen, um ein geordnetes Abstimmungsverfahren zu gewährleisten. Hilfestellung gibt zudem unser Brüsseler Hanse-Office, das eine erste Selektierung der Kommissionsvorschläge aus norddeutscher Sicht vornimmt.

Frau Ministerin Sütterlin-Waack, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie als Europaministerin in Ihrem Bericht zum Arbeitsprogramm der EU-Kommission eine klare Beschränkung auf einige wenige Kernpunkte vorgenommen haben. Das ist nicht ganz einfach. Zum einen möchte sich natürlich jeder Fachbereich inhaltlich gern in dieser Auflistung der Schwerpunkte wiederfinden, zum anderen steht eine Vielzahl wirklich wichtiger Vorhaben in der Arbeitsplanung. Wer möchte die Weiterentwicklung der Umwelt- und Klimaziele, die wirtschaftliche Stärkung, die Fortentwicklung eines sozialen Europas, steuerliche Handhabungen, Migrations- und Asylfragen, Integrationsaufgaben, Digitalisierung, Rechtsaustausch und vieles mehr als unwichtig abtun?

Auch wird - wie Sie es selber eingestehen - nicht bei jedem Punkt der Liste auf Anhieb deutlich, was detailliert alles hinter den geplanten Maßnahmen steckt. Dennoch haben Sie es geschafft, die aus meiner Sicht wesentlichen Arbeitsschwerpunkte für

(Hartmut Hamerich)

Schleswig-Holstein herauszufiltern. Beim ersten Punkt war es sicher am einfachsten. Er ist die beginnende mehrjährige Finanzplanung der EU bis 2025 und betrifft direkt unzählige Förderprogramme der Europäischen Union.

Wir alle kennen die Bedeutung dieser Programme für Schleswig-Holstein und diskutieren sie in den Ausschüssen und im Plenum regelmäßig. Es geht dabei um die Summe von annähernd 900 Millionen € für Schleswig-Holstein. Durch Umschichtungen besteht die reale Gefahr, dass etliche uns lieb gewordene Projektförderungen leiden könnten, Stichwort: INTERREG. Bereits in der Dezember-Tagung war dies Thema, und es wird uns gerade in diesem Jahr intensiv beschäftigen. Der EU-Finanzrahmen ist für die Europäische Union und für uns das Topthema.

Uns berühren aber auch direkt die Zukunft der Energie- und Klimapolitik, die Verbesserung der Lebensmittelversorgungskette, die Umsetzung der Strategie „Handel für alle“ und die Umsetzung der Migrationsagenda - um nur einige Punkte zu nennen.

Da ich meine Redezeit schon 20 Sekunden überzogen habe, freue ich mich auf die weitere Beratung im Europaausschuss und beantrage die Überweisung des Antrags der SPD und des SSW und die Selbstbefassung mit dem Bericht der Europaministerin. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Rasmus Andresen das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Titel des Arbeitsprogramms der EU-Kommission für dieses Jahr, „Agenda für ein enger vereintes, stärkeres und demokratischeres Europa“, deckt sich mit den Zielsetzungen, die wir Grüne für Europa haben. Die Europäische Union hat ihre Krise noch nicht überwunden. Die Fliehkräfte sind weiterhin stark. Das zeigt sich nicht nur durch den Brexit. Nationale Alleingänge, wo Zusammenhalt nottäte, gibt es in vielen Politikbereichen und immer mal wieder vonseiten unterschiedlicher Mitgliedstaaten. Ich möchte hier keine Aufzählung vornehmen, denn auch Deutsch-

land gehört in diese Reihe und stellt leider allzu oft kurzfristige innenpolitische Erwägungen über gemeinsame Interessen und die mittel- und langfristigen Ziele der gemeinsamen Politik der EU.

Wir erleben aber auch - und das ist gut so -, dass wieder verstärkt über diese mittel- und langfristigen Ziele und über eine konkrete Reformagenda debattiert wird. Dies findet seinen Ausdruck zum Beispiel in den Vorschlägen, die die Kommission zur Zukunft Europas mit Blick auf das Jahr 2025 vorgelegt hat.

In diesem Sinn sollten wir auch über unsere Schwerpunktsetzung zum Arbeitsprogramm diskutieren. Im Großen sind es Fragen wie die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens und der UN-Entwicklungsziele oder - die Kollegin der SPD hat es angesprochen - Fragen zur sozialen Dimension Europas oder auch die Vorschläge zur Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion, der konkrete Vorschlag für eine europäische Wirtschafts- und Finanzministerin oder einen europäischen Wirtschafts- und Finanzminister. Auch das ist eine Debatte, die wir führen sollten. Wir Grüne glauben, dass wir mehr Kompetenzen an die EU geben sollten, dass dies aber gleichzeitig mit einer Demokratisierung der Strukturen der Europäischen Union einhergehen muss.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das betrifft vor allem das Europäische Parlament, das genauso viele Kompetenzen haben sollte, wie die nationalen Parlamente in ihrem Bereich haben.

Grundlage für alle Diskussionen bei uns im Land und in der gesamten EU ist die Debatte zu den EU-Finzen. Das haben wir im Plenum und Ausschuss mehrfach beraten, und wir werden das sicher weiter tun. Wir Grüne wollen einen auskömmlich finanzierten EU-Haushalt. Das betrifft die EU-Strukturmittel, von denen alle Regionen in der Europäischen Union profitieren, auch Schleswig-Holstein. Das geht auch darüber hinaus. Ich bin der Kollegin Poersch sehr dankbar, dass sie das hier angesprochen hat.

Bei all dem GroKo-Bashing und der Kritik der letzten Tage, die auch von Grünen formuliert wurde, möchte ich hier ein Lob an die Verhandlerinnen und Verhandler der SPD loswerden, die eine Stärkung des EU-Haushalts erreicht haben. Das ist ein sehr gutes Signal. Wir wissen, dass es in der CDU progressive Menschen wie Hartmut Hamerich wahrscheinlich teilen, aber nicht alle von Anfang an davon überzeugt waren. Deshalb ist das ein Er-

(Rasmus Andresen)

folg der SPD und ein guter Beschluss für die Zukunft Europas.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir sollten nicht nur isoliert auf Fördermittel schauen und sagen: „Der Rest ist uns egal“, sondern wir müssen insgesamt zu einer Stärkung der EU kommen.

Wenn wir über die konkreten Punkte reden, die hier von der SPD zum Teil beantragt worden sind, ist es uns wichtig, dass wir im Ausschuss gemeinsam versuchen, die unterschiedlichen Listen und Vorschläge, die bereits im Umlauf sind - da gibt es einmal die Vorschläge aus dem Antrag von SPD und SSW, es gab ein Arbeitstreffen der europapolitischen Sprecher beim Landtagsdirektor, es gibt den Bericht der Landesregierung, es gibt unterschiedliche Vorstellungen - zusammenzuführen und einen gemeinsamen Vorschlag zu erarbeiten.

Wir unterstützen alle Punkte, die im Antrag von SPD und SSW genannt werden und würden im Rahmen der Ausschussberatungen weitere Punkte ergänzen. Als Beispiel seien genannt die Kreislaufwirtschaft, die Fischereipolitik oder auch der Klimapakt. Da geht es aus unserer Sicht nicht nur um die Energiepolitik, sondern um den Klimaschutz insgesamt. Ich glaube nicht, dass wir da einen Dissens haben. Das sind konkrete Vorschläge, die wir im Verfahren einbringen werden.

Abgesehen von der inhaltlichen Diskussion über die Schwerpunkte ist uns wichtig, dass wir uns überlegen, wie wir danach konkret vorgehen und Erfolge erzielen. Denn die grüne Beobachtung ist, dass wir zwar oftmals im Parlament einstimmige Beschlüsse über Resolutionen fassen, aber daraus nicht immer viel folgt. Unser Wunsch ist, dass wir über die Art, wie wir die Vorschläge nach Brüssel tragen, mit unserer Landesregierung reden.

Ich freue mich auf die nächste Sitzung des Europaausschusses zu diesem Thema und vielen anderen Themen. Dass die Sitzung zufällig in Flensburg stattfindet, freut mich ganz besonders. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Stephan Holowaty das Wort.

Stephan Holowaty [FDP]:

Einen wunderschönen guten Tag, Frau Präsidentin! Meine lieben Damen und Herren! Meine Kollegen! Natürlich ist es wichtig, dass wir in Schleswig-Holstein über die Initiativen der Europäischen Kommission informiert werden. Deshalb, Frau Ministerin, ganz herzlichen Dank für Ihren Bericht. Liebe Kollegen, auch ganz herzlichen Dank für Ihre bisherigen Beiträge. Ich glaube, da sind wir uns ganz schnell sehr einig.

Es ist wichtig, dass wir über die Themen informiert werden, die für Schleswig-Holstein von Bedeutung sind, und auch über die Themen informiert werden, bei denen wir als Schleswig-Holsteinischer Landtag Initiativen ergreifen und selbst Einfluss nehmen können. Es ist insofern genau der richtige Weg, der auch von den anderen Kollegen bereits angesprochen worden ist: Lassen Sie uns im Europaausschuss diese Themen noch einmal kraftvoll zusammenziehen und da ein gemeinsames Papier entwickeln. Das finde ich sehr schön.

Dann haben wir in der Tat - das hat Rasmus Andresen gerade sehr treffend angesprochen - die grundsätzlichen Fragen, die wir zu bearbeiten oder zu behandeln haben. Da ist mir eine Sache ganz wichtig: Das konkrete Arbeitsprogramm, über das wir heute im Bericht gehört haben, ist das eine. Wir haben konkret gehört, wo wir als Schleswig-Holstein betroffen sind, woran wir als Land Schleswig-Holstein arbeiten sollen. Aber genauso wichtig ist es, dass wir neben all diesen technischen Überlegungen für die europäische Zukunft die grundsätzliche Idee eines geeinten, eines friedlichen, eines welt offenen Europas nicht aus den Augen verlieren. Wir müssen versuchen, diese Idee auch für die Menschen bei uns im Lande in ihrer Gesamtheit zu revitalisieren. Vor dem Hintergrund dieses Auftrages an alle hat es mich - das muss ich ehrlich sagen - beschämt, dass sich die AfD-Fraktion im Bundestag bei der Gedenkstunde zu den Élysée-Verträgen, einem der zentralen Friedensprojekte des letzten Jahrhunderts, verweigert hat.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Damit Europa eine Einheit - im Übrigen eine Einheit in der Vielfalt - wird, müssen wir aufhören, um die eigene nationale Identität und Kultur zu fürchten. Sie ist durch Europa nicht gefährdet - ganz und gar nicht.

(Vereinzelter Beifall FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Stephan Holowaty)

Es geht darum, gemeinsam den Frieden, die Freiheit, die Menschenrechte und den Wohlstand in Europa langfristig zu sichern und auszubauen und so das Leben eines jeden einzelnen Menschen in Europa Stück für Stück zu verbessern. Es geht darum, Europa kulturell, aber auch wirtschaftlich starkzumachen. Nur so wird die europäische Idee einer demokratischen, einer friedlichen, einer sozialen Union gestärkt. Wir wollen, dass sich die Union weiterentwickelt - unter Berücksichtigung der regionalen und kulturellen Vielfalt.

Die europäischen Initiativen, die nun vorliegen, weisen bereits in die richtige Richtung. Auch ich freue mich auf die weiteren Diskussionen im Europausschuss - bei allen im Detail vielleicht unterschiedlichen Meinungen. Aber wir gehen gemeinsam in die richtige Richtung. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, SSW, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Hartmut Hamerich [CDU])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Claus Schaffer das Wort.

Claus Schaffer [AfD]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es wird Sie nicht wundern, dass die AfD zum Thema EU eine konträre Haltung hat. Die EU-Kommission des Herrn Juncker zeigt im Arbeitsprogramm ihr eigentlich wahres Gesicht. Sie will einen europäischen Superstaat, sie will die Vereinigten Staaten von Europa. Dieses Programm atmet den sozialistischen Geist der Zentralisierung. Uns wundert da nicht, dass die SPD mit ihrem Antrag einige Punkte ins politische Schaufenster stellen möchte. Auch ein Herr Schulz - 17 %, meine Damen und Herren von der SPD - fantasierte erst kürzlich etwas von den Vereinigten Staaten von Europa.

Ich will unsere Kritik daran gern erläutern: Die EU ist im Grunde ein undemokratisches Gebilde. Das wird schon bei der Verteilung der Sitze im Parlament deutlich. Ein solches Sitzverteilungsverfahren würde bei entsprechender Anwendung bei Bundestagswahlen in Deutschland vom Verfassungsgericht völlig zu Recht umgehend als verfassungswidrig gekippt werden. Die Rechte dieses euphemistisch als Parlament bezeichneten Hauses sind gerade bei Haushaltsfragen, aber auch bei Grundsatzentscheidungen zur Zukunftsgestaltung geradezu lachhaft ausgestaltet. Wichtiges wird nach wie vor im Hinterzimmer ausgekungelt. Dieses sogenannte Parla-

ment ist eigentlich nur ein Feigenblatt. Selbst unter diesen Umständen verträgt die EU-Kommission keinerlei Kritik. Eine eigene Behörde wacht über die Folgsamkeit europäischer Parteien und Stiftungen, Kritiker sollen zukünftig mundtot gemacht werden. Aber weil das autoritär wirken könnte, geht man den indirekten Weg und entzieht im Zweifel Status und Finanzierung.

Zentralisierung und Gleichmacherei sind geradezu das Fundament, auf dem die EU heute steht. Das Stichwort dabei lautet Harmonisierung, auch wenn die zu harmonisierenden Systeme längst gescheitert sind. Das Euro-System beispielsweise hat bewiesen, dass es nicht funktioniert: erstmals 1 Billion € TARGET2-Salden, also Export ohne jede Gegenleistung - ein Deckel, meine Damen und Herren, der nie bezahlt werden wird. Perpetuierte wirtschaftliche Probleme in Südeuropa ohne Chance auf Besserung - Abwertung der eigenen Währung zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit sucht man hier vergebens. Stattdessen gibt es Jugendarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit für eine ganze Generation.

Der Schengen-Raum soll ausgeweitet werden, was unausweichlich mehr Binnenmigration, mehr Sozialmissbrauch und mehr Kriminalität für Deutschland bedeuten würde. Dies ignoriert die SPD, die diesen Teil des Arbeitsprogramms besonders betonen möchte. Herr Dr. Stegner ist nicht anwesend, aber ich frage: Reichen Ihnen die Probleme noch nicht, die wir heute schon zu bewältigen haben? Haben Sie die Interessen Ihrer früheren Klientel der Angestellten, der Arbeiter, der sozial Schwächeren völlig aus den Augen verloren? - Die Antwort lautet natürlich: Ja, denn Sie haben sich sehr zielgerichtet die Punkte der europäischen Migrationsagenda als unterstützungswürdig herausgepickt, die für die Bürger dieses Landes besonders nachteilig sind, zum Beispiel die Nummer 30 auf der Liste im Anhang 3, die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit: die Vorstufe der von Macron und anderen angestrebten einheitlichen Sozialversicherung - auch dies langfristig zum Nachteil der hiesigen Arbeitnehmer.

Nicht zuletzt unterstützt die SPD die Kommission in einem Kernanliegen der letzten zwei Jahre: der zentralistischen Koordination der Migration. Die Migrationspolitik der EU ist in wesentlichen Kernpunkten bereits heute als gescheitert anzusehen. Die vorgeschlagenen Änderungen lösen das Problem nicht, sie doktern bestenfalls an den Symptomen herum. Den Ansturm von Wirtschaftsmigranten über das Mittelmeer kann die EU so nicht lösen,

(Claus Schaffer)

das hat sie bereits bewiesen. Die Außengrenzen sind durchlässig, Mitgliedstaaten betreiben ganz offene Beihilfe zur Schlepperei. Fehlanreize und durchlässige Grenzen führen dann zu einer Sogwirkung in wenige bevorzugte Zielländer.

Deutschland braucht daher nicht strengere Regeln zur Wiedereinführung von Grenzkontrollen, wie Sie das unterstützen, meine Damen und Herren von der SPD. Die Entscheidung zur Sicherung der eigenen Landesgrenzen muss einseitig und jederzeit souverän von den Mitgliedstaaten getroffen werden können. Dänemark und Großbritannien machen es vor, andere Länder werden folgen.

Zum Abschluss möchte ich Ihnen den einen richtigen Satz im Arbeitsprogramm aber nicht vorenthalten:

„Wir müssen ernsthaft darüber nachdenken, weniger, aber dafür effizienter zu handeln und Zuständigkeiten an die Mitgliedstaaten zurückzuübertragen, wo dies sinnvoll erscheint.“

Dem ist nichts hinzuzufügen, aber diesen einen wichtigen Punkt ignoriert die Sozialdemokratie. Ihren Antrag lehnen wir selbstverständlich ab.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Abgeordneten des SSW hat Frau Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Frau Landtagsvizepräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte mich, bevor ich mit meiner Rede anfangen, ganz herzlich bei der Europaministerin für ihren Bericht bedanken und natürlich auch zu meinen Vorrednern sagen: ganz herzlichen Dank dafür, dass die meisten in diesem Plenum und Hohen Hause auch etwas Gutes für die Menschen in Europa machen wollen - bis auf die AfD. Ich muss sagen, dass das unterirdisch ist, aber das wissen wir ja. Deshalb hoffe ich, dass wir sie irgendwann aus diesem Landtag herausbekommen.

(Beifall SSW, SPD und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Europäische Kommission hat sich für das laufende Arbeitsjahr viel vorgenommen. Vor dem Hintergrund der nahenden Wahlen auf europäischer Ebene ist dies auch gut nachvollziehbar. Die Ziele sind dabei durchaus ambitioniert: mehr Demokra-

tie, mehr Sicherheit, mehr Solidarität und ein starker Wirtschaftsraum. Letzterer befindet sich nach Aussagen der Kommission derzeit im Aufschwung und sorgt für positive Zahlen in Bezug auf die Wirtschaftskraft der Europäischen Union.

Ein Blick auf die ersten genannten Aspekte reicht, um festzustellen, dass der große Aufschwung derzeit noch auf sich warten lässt. Zweifelsfrei sind dies auch die weit komplexeren Themenfelder, mit denen wir uns auch in den nächsten Monaten auseinandersetzen müssen. Fest steht schon jetzt: Diese Themen - mehr Demokratie, mehr Sicherheit und mehr Solidarität - stellen die Union schon jetzt auf eine echte Bewährungsprobe. Eine solche Bewährungsprobe kann jedoch auch eine Chance sein. Von daher gilt es nun, die genannten Dinge anzugehen. Auch wir in Schleswig-Holstein werden das Geschehen dazu ganz genau beobachten, denn schließlich haben auch wir ein Interesse daran, dass die ganz besonders für unser Land so wichtigen Themen angegangen werden.

Dabei denke ich abgesehen von den im Antrag schon genannten Themen vor allem auch an die Fischereipolitik. Als Land zwischen Nord- und Ostsee betrifft uns dies in besonderem Maße. Die Kommission will nun das Fischereikontrollsystem überarbeiten. Wichtig ist mir dabei zu betonen, dass bei solchen Überschriften schnell der Eindruck entstehen könnte, die Fischerei an sich sei etwas, das grundsätzlich stärker kontrolliert werden müsste und am besten soweit es geht unterbunden werden sollte.

Eine solche Außendarstellung ist leider schneller präsent, als man die entsprechende Verordnung überhaupt erwähnt hat. Daher gilt es in diesem Zusammenhang, differenzierter zu kommunizieren. Wir als Vertreter des Landtages können in diesem Fall ganz konkret dazu beitragen, das Handeln der EU-Kommission verständlicher zu machen und Missverständnisse aus dem Weg zu räumen. Ich denke, dazu wird es in den nächsten Monaten noch ausreichend Gelegenheit geben.

Eine andere Angelegenheit, von der die Kommission anscheinend nichts wissen will, ist das Thema Kultur und Sprache. In Junckers Rede zur Lage der Union, die logischerweise eng mit dem Arbeitsprogramm verknüpft ist, ist ganze dreimal von Kultur die Rede gewesen. Zweimal ging es dabei um das Jahr des Kulturerbes 2018. Von Inhalten war nicht die Rede. Dabei gäbe es doch so vieles, was der Rede wert wäre.

(Jette Waldinger-Thiering)

In Europa leben etwa 50 Millionen Menschen, die einer nationalen Minderheit oder Sprachminderheit angehören, 50 Millionen Menschen, von denen in den Vorstellungen zur Zukunft der EU nicht die Rede ist. Dabei gibt es so viel, das es wert gewesen wäre, unterstützt zu werden.

Dass ich mit diesem Gedanken nicht allein bin, zeigen die bisher 400.000 eingereichten Unterschriften zur europäischen Bürgerinitiative „Minority Safe-Pack“. Bis April bleibt leider nicht mehr viel Zeit, um die benötigte Anzahl von Unterschriften zu sammeln. Daher nochmals die Erinnerung: Wir brauchen Ihre Unterstützung, damit unser Anliegen nicht nur innerhalb der Minderheiten Beachtung findet, sondern sich auch die Mehrheitsbevölkerung in Schleswig-Holstein und in der Bundesrepublik Deutschland solidarisch mit uns zeigt. Mit der „Minority-SafePack“-Initiative ist eine echte Bewegung in Gang gesetzt worden. Dazu kann ich nur sagen: Seien auch Sie ein Teil davon, um der Europäischen Kommission für diese so wichtige Angelegenheit endlich auch Entscheidungen abzuverlangen!

(Beifall SSW, SPD und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung zu a), Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/411 (neu). Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/411 (neu) dem Europaausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung zu b), Bericht der Landesregierung, Drucksache 19/427. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung Drucksache 19/427 dem Europaausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Es ist einstimmig so beschlossen.

Bevor ich die Sitzung für die Mittagspause unterbreche, erinnere ich daran, dass der Innen- und Rechtsausschuss direkt anschließend in Raum 139 tagt. Um 15 Uhr sehen wir uns wieder.

(Unterbrechung: 12:44 bis 15:02 Uhr)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Meine Damen und Herren, wir setzen die Sitzung fort und begrüßen auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags Schülerinnen und Schüler mit ihren begleitenden Lehrkräften aus dem Schulzentrum Sylt. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 29 auf:

Elektromobilität technologieoffen voranbringen

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/453

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/475

Die Strategie für Elektromobilität technologieoffen und nutzerorientiert voranbringen

Alternativantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/477

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Abgeordnete der CDU-Fraktion, Andreas Hein.

Andreas Hein [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vor gut 30 Jahren hatten wir zum Teil noch VW Käfer bei uns in der Werkstatt. Die Zeit brachte dann ABS, Navigation, Telefone, Katalysatoren, zahlreiche Sonderausstattungen und Spielereien. Heute können Autos zum Teil völlig automatisiert fahren. Bei all den tollen Entwicklungen ist das Tanken nahezu gleich geblieben und oft der Weg zur vertrauten Tankstelle auch.

Heute stehen wir in der Autowelt vor einem Umbruch, der weit darüber hinausgeht, dem Schritt zur E-Mobilität. Dieser Schritt ist weit mehr, als im Auto WLAN einzubauen. Er stellt die Autoindustrie, die Bürger, aber auch unser Land vor enorme Herausforderungen.

Wir wollen diesen Weg fördern und begleiten. Schließlich gibt es bei uns in dem Land zwischen den Meeren mehr als genug Strom aus erneuerbaren Energien. Das ist nicht nur ein Trend, sondern umweltpolitisch dringend erforderlich, um den Ausstoß von CO₂ und Stickoxiden spürbar zu verrin-

(Andreas Hein)

gern. Unser Ziel muss es daher sein, möglichst viel regenerativ erzeugte Energie in unser aller Fortbewegung zu stecken, in den Sektor Verkehr. Hierfür stellt das Land die gewaltige Summe von 10 Millionen € bereit.

Meine Damen und Herren, in Schleswig-Holstein wurden im letzten Jahr rund 80.000 Fahrzeuge neu zugelassen. Davon sind aber nur rund 800 E-Fahrzeuge. Das ist viel zu wenig.

(Beifall CDU und FDP)

Woran liegt das? An den zu niedrigen Kaufprämien? An den geringen Reichweiten? An der zu geringen Ladesäulendichte? Oder schlicht am zu hohen Kaufpreis?

Die Akzeptanz für Elektromobilität muss erhöht werden, wenn wir mehr in den Markt bringen wollen. Diese Maßnahmen könnten zum Beispiel sein attraktivere Kaufprämien und/oder günstigere Beschaffungspreise, akzeptable Reichweiten von 400 bis 500 km, eine breitere Angebotspalette von Elektro-, Hybrid- oder Brennstoffzellenfahrzeugen, wirtschaftlichere Strompreise für Ladesäulenstrom und natürlich genügend Ladesäulen.

(Werner Kalinka [CDU]: Genau!)

Letztere beabsichtigen wir zu fördern.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Vielen Dank. - Weil viele Autofahrer ihr vertrautes Diesel- oder Benzinfahrzeug ungern gegen ein innovatives Konzept eintauschen, getreu nach dem Motto: „Wat de Buer nich kennt, dat frett he nich“, sollten wir als Land Schleswig-Holstein die Rahmenbedingungen schaffen, damit dies in Zukunft leichter fällt. So brauchen wir mehr Möglichkeiten, um Fahrzeuge unterwegs zu laden. Dies sollte aber auch zielgerichtet sein. Es macht wenig Sinn, wenn am Bahnhofsparkplatz für Pendler, wo die Pendler acht Stunden lang parken, Schnellladesäulen stehen und auf Marktplätzen, auf denen man nur eine kurze Zeit steht, um einen Einkauf zu verrichten, Ladetechniken sind, bei denen das Laden mehrere Stunden dauert. Hier sind wir in der Pflicht, eine bessere und nützlichere Infrastruktur zur Verfügung zu stellen.

Ebenfalls sollten wir als Land mit gutem Beispiel vorangehen und uns bei Neuanschaffungen von Dienstfahrzeugen bei mindestens 20 % davon für einen Elektro- oder Wasserstoffantrieb entscheiden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Auf Bundesebene sollten wir die Nutzung von elektrisch oder mit Wasserstoff betriebenen Firmenwagen steuerlich attraktiver gestalten.

Es gibt vielfältige Einsatzmöglichkeiten für kleine elektrisch betriebene Fahrzeuge der EU-Zulassungsklasse L7e. Das sind Kleinstfahrzeuge zum Beispiel für die Bereiche Tourismus, Pflege, Logistik und so weiter. Auch hier ist durch gezielte Förderung mit Sicherheit unter Einbeziehung des regenerativen Stroms weit mehr möglich. Mit diesem Antrag machen wir einen weiteren wichtigen Schritt in die richtige Richtung hin zur Elektromobilität.

Meine Damen und Herren, ich bitte um Ausschussüberweisung. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Thomas Hölck das Wort.

Thomas Hölck [SPD]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Dieser Antrag der Jamaika-Koalition ist wieder so ein richtiger Wohlfühlantrag in Sachen Energiepolitik.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

Konkret beim Ausbau der Windenergie an Land nichts voranbringen,

(Zuruf Oliver Kumbartzky [FDP])

aber dafür lange Prosaanträge stellen, die nur funktionieren, wenn wir die erneuerbaren Energien ausbauen.

(Beifall SPD)

Damit wollen Sie Ihre Uneinigkeit in Bezug auf die Regionalplanung für die Nutzung der Windenergie kaschieren. Das wird Ihnen aber nicht gelingen, Herr Kumbartzky. Sie werden es heute Abend beim Parlamentarischen Abend der Erneuerbaren schon merken. Sie haben bei den Akteuren der Erneuerbaren jegliches Vertrauen verspielt.

(Beifall SPD)

Natürlich ist es wichtig und geboten, die E-Mobilität voranzubringen. Genauso wichtig ist es, dies technologieoffen zu tun, denn wenn wir wollen, dass E-Mobilität ausschließlich durch Strom aus er-

(Thomas Hölck)

neuerbaren Quellen betrieben wird, dann müssen wir die Energie aus Erneuerbaren ausbauen. Nur so können wir das Ziel erreichen, die Treibhausgasemissionen effektiv zu drosseln.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Elektromobilität ist ein Bekenntnis zu heimischem, nachhaltig produziertem Strom statt importiertem Erdöl, und es muss uns in großem Maß gelingen, den Strom aus erneuerbaren Energien, der in Schleswig-Holstein produziert wird, hier im Energiewendeland, hier in Schleswig-Holstein zu veredeln.

(Unruhe - Glocke Präsidentin - Beifall SPD)

Unser Ziel muss neben der Stärkung der E-Mobilität auch die wirtschaftliche Herstellung von Wasserstoff sein. Allerdings dürfte auch klar sein, dass sich die Investitionsbereitschaft nur dann entwickeln wird, wenn auch die Nachfrage vorhanden ist. Wer die Mobilitätswende erreichen will, der darf die Industrie nicht aus der Verantwortung entlassen.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Gerade die großen Automobilhersteller sind aufgerufen, ihre globale und nationale Spitzenposition zu nutzen, um durch Forschung und Entwicklung ihren Beitrag zur Weiterentwicklung der E-Mobilität zu leisten. Mir ist die Dynamik in dieser Frage in der Automobilindustrie nicht ausreichend. Es besteht die Gefahr, dass in Deutschland Arbeitsplätze in Gefahr geraten.

Bei der Weiterentwicklung der Strategie für E-Mobilität sind aus unserer Sicht zwei wesentliche Herausforderungen zu lösen: der immer noch zu hohe Preis für Elektrofahrzeuge und die nach wie vor eingeschränkte Reichweite der Elektrofahrzeuge.

Ich halte eine einseitige Fokussierung auf E-Mobilität oder Wasserstoffantrieb für falsch. Es muss einen Wettbewerb der Ideen, der Konzepte und der alternativen Antriebstechnologien geben. Es ist doch unstrittig, dass der Elektromotor das Auto der Zukunft antreiben wird. Die Frage wird sein, ob die Energie aus einem Akku oder aus einer Brennstoffzelle, in der Wasserstoff genutzt wird, stammt. Dabei müssen der Schutz der Umwelt und die Schonung der Ressourcen bedacht werden, denn der Bedarf an neuen Edelmetallen für die Herstellung von Akkus in den E-Fahrzeugen darf nicht dazu beitragen, dass wir in der Dritten Welt Arbeitsbedingungen zulassen, die nicht mit den europäischen Standards einhergehen.

(Beifall SPD und vereinzelt SSW)

Wir müssen bei allem Fortschritt darauf achten, dass E-Mobilität alltagstauglich und nutzerfreundlicher wird. Dazu gehört eine verbesserte Ladeinfrastruktur. Es gibt verschiedene Zugangs- und Abrechnungssysteme, und die Nutzung von E-Mobilität muss in diesem Bereich attraktiver gestaltet werden. Hierfür sind anwendungsfreundliche Lösungen wie standardisierte Zugangs- und Abrechnungssysteme notwendig, die im Antrag der Koalitionsfraktionen vernachlässigt werden.

Bei der Landesstrategie Elektromobilität fängt Schleswig-Holstein nicht bei null an. Die gute alte Landesregierung hatte bereits zukunftsweisende Ansätze auf den Weg gebracht. Eine Fortschreibung macht Sinn, darf sich aber nicht nur auf den elektrifizierten Individualverkehr beschränken, sondern muss auch den öffentlichen Personenverkehr im Blickfeld haben. Unser Flächenland braucht ein Konzept für die Nutzung der E-Mobilität im ländlichen Raum, um die Menschen in diesem Bereich nicht weiter abgehängt zu lassen, sondern sie weiter an der Mobilität zu beteiligen.

Der Antrag ist gut gemeint. Er wird aber die Achillesferse nicht heilen können, nämlich den faktischen Ausbaustopp der Windenergie an Land. Wir haben einen Änderungsantrag gestellt. Diesen möchte ich auch an den Ausschuss überweisen. Wenn wir vielleicht gemeinsam zu einem Konsens kommen, dann wäre das ein guter Anfang für die Debatte heute Abend. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Meine Damen und Herren, mit Respekt vor den Rednern bitte ich Sie alle, etwas für Ruhe zu sorgen.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Bernd Voß.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Hölck, Sie geben uns mit Sicherheit recht, dass wir, um Energie in der Menge zu erzeugen - hier sind wir einer Meinung -, auch darauf eingehen müssen, wie wir dieses Thema im Land vernetzen. Darauf beziehen sich unsere Anträge,

(Bernd Voß)

und das sind keine Verwuschelanträge, wie Sie sie darstellen wollen.

(Beifall CDU und FDP)

Ich fange nicht beim VW Käfer an. Im Grunde dominiert seit Jahrtausenden das Pferd das Bild auf unseren Straßen. Um ein bisschen die Zeitgeschichte zu raffen: In den letzten hundert Jahren dominierte der Verbrenner. Jetzt, im 21. Jahrhundert, hat der Antrieb viele Namen: Wasserstoff, Hybrid, Plug in Hybrid und allen vorweg Elektroantrieb. Das sind alles Technologien mit einer zentralen Botschaft: Es ist schlicht nicht notwendig, dass wir unsere Umwelt verschmutzen und sowohl unsere Gesundheit als auch die Erderhitzung riskieren, nur um von A nach B zu kommen.

Der Verkehr ist so, wie er jetzt läuft, mit einem Anteil von 21 % an den Gesamtemissionen auch in Schleswig-Holstein einer der Hauptklimakrisenverursacher. Der Ausstoß an klimaschädlichen Gasen hat in Deutschland im zweiten Jahr in Folge zugenommen. Ursachen sind der zunehmende Verkehr und die Fahrzeuggrößen, um nur zwei Punkte zu nennen. Dabei geht Mobilität längst mit erneuerbaren Energien.

Vor genau zehn Jahren, das war 2007, wurden in Deutschland gerade einmal acht reine E-Autos zugelassen. Dieser junge Markt hat sich vervielfacht. 2017 hat es 25.000 neu zugelassene E-Mobile gegeben. Das war erneut mehr als eine Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr. Auch die Zahl der alternativ angetriebenen Autos, CNG-Hypride et cetera, hat sich in den letzten fünf Jahren verdoppelt. In Umfragen können sich mehr als die Hälfte der Deutschen vorstellen, ein rein elektrisches Auto zu kaufen. Doch in der Praxis liegt der Marktanteil bei Neuzulassung für alternative Antriebe gerade einmal bei 2 %. Je nach Jahreszahl liegt der Anteil des E-Antriebs dabei bei 0,42 %. Wir liegen also trotz der Vervielfältigung noch weit zurück.

Zum Vergleich: In den Niederlanden liegt der Anteil bei 10 %, in Oslo sogar bei 40 %. Es sieht ganz so aus, als würden wir den Anschluss an eine neue Entwicklung verpassen. Wir müssen doch sagen: Wir müssen einsteigen in ein lernendes System. Weltweit haben uns schon viele Regionen vorge-macht, welche Fehler wir nicht wiederholen dürfen. Warum fällt uns der Fortschritt hier so schwer? Warum fällt es uns so schwer, hier voranzugehen? Ich nenne vier Gründe, die im Wesentlichen nicht technisch bedingt sind.

Die Hersteller werben nach wie vor mit den alten Geigen. Diese sind zwar, wie Andreas Hein es

dargestellt hat, hochtechnisiert, aber anscheinend verdient man mit diesen noch am meisten Geld. Wenn wir in die Autohäuser gucken, dann stellen wir fest, wie es um die Elektromobilität und die Brennstoffzellentechnik steht. Fragen Sie dort mal nach einer Probefahrt. In den Autozeitschriften finden wir 100 Modelle im SUV-Bereich, als würde es Dieselgate, Luftbelastung und den Klimawandel sowie drohende Fahrverbote in den Städten, auch in Kiel ist dies nun in der Diskussion, sowie geschätzte 7.000 Tote jährlich in Deutschland durch die Abgase des Straßenverkehrs nicht geben. Der vierte Punkt ist im Grunde das „Henne-Ei-Prinzip“, nämlich die begrenzte Ladeinfrastruktur bei uns im Land. Dazu zählt auch der fehlende Überblick über die Standorte der Ladesäulen und die Antwort auf die Frage, wie man an diese rankommt und welche Anschlüsse sie haben. Hier besteht erheblicher Nachholbedarf.

Wir müssen aber auch feststellen: Wir haben in Schleswig-Holstein, im Energiewendeland, zum Glück eine ganze Reihe an pfiffigen Energie- und Mobilitätspionieren. Wir haben Gemeinden, Vereine, Institute und Unternehmen, die die Vorteile von wind- und wasserstoffbetriebener Mobilität längst erkannt haben. Wir haben vier landeseigene Hochschulen, die mit an den Antrieben basteln. Wir haben Carsharing-Anbieter wie StattAuto, die intensiv in den Markt eingestiegen sind. Wir haben verschiedenste lokale Initiativen, die Ladesäulen anbieten. Dies sind nur einige wenige Punkte.

Man fragt sich natürlich: Sind die Grünen jetzt blind technologiegläubig geworden? - Keineswegs. Zur Mobilität der Zukunft gehört an erster Stelle eine intelligente Vernetzung aller Verkehrsträger. Wir haben auf der Grünen Woche kleine Kommunen wie Klixbüll gesehen, die neu einsteigen und innovativ sind. Dort gibt es Carsharing-Angebote im E-Bereich, Dörpsmobil genannt, um die individuelle Mobilität im ländlichen Raum sicherzustellen.

Wir glauben vielleicht noch nicht, dass der Verbrenner in wenigen Jahren auch bei schweren Transporten verschwunden sein wird. Das wird vielleicht schwer werden, aber wir sind so ambitioniert zu glauben, dass wir mit politischem Willen zügig einen deutlich höheren Anteil an CO₂-neutralen Antrieben bekommen können und dass wir diese in der Praxis umsetzen können.

Daher ist wesentlicher Kern des Antrags, dass die E-Strategie fortgeschrieben wird. Mit der alten Strategie ist unter anderem das E-Highway-Projekt auf die Beine gestellt worden. Andreas Hein und

(Bernd Voß)

auch Thomas Hölek haben verschiedene Punkte genannt, was mit diesen Mitteln, die zur Verfügung stehen, jetzt alles gemacht werden kann. Man muss letztlich bei uns im Land sagen: So werden die Akteure der Energiewende gleichzeitig zu Akteuren der Mobilitätswende. Das ist gut für die Menschen und gut für die Wirtschaft.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, achten Sie bitte auf die Zeit; die ist nämlich eigentlich abgelaufen.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Vielen Dank. - Zukunft heißt: Fahren mit Strom vom Deich statt mit Öl vom Scheich. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und Claus Schaffer [AfD])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Kay Richert das Wort.

Kay Richert [FDP]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Im letzten halben Jahr hat die Jamaika-Koalition bereits mehrfach gezeigt, dass wir ökonomische Aspekte und ökologische Verantwortung zukunftsgerichtet miteinander verbinden; denn wir möchten darauf setzen, dass regulatorische Hemmnisse abgebaut werden, dass der Wohlstand durch Umweltschutz und erneuerbare Energien gesichert wird und dass Innovationen technologieoffen unterstützt werden. Das haben wir zum Beispiel schon im Dezember beim Thema Sektorenkopplung oder Power to X gezeigt. Das zeigt sich heute beim Thema Elektromobilität, und dies wird sich auch in den kommenden Jahren natürlich wiederkehrend zeigen.

Meine Damen und Herren, ein Pkw stößt heute, kilometerbezogen, 13 % weniger Emissionen aus als vor 20 Jahren. Das ist erst einmal eine gute Nachricht. Auch die Gesamtemissionen sind trotz stark gestiegenen Verkehrsaufkommens, das wir definitiv haben, zurückgegangen. Die technisch herbeigeführten Entwicklungen sind natürlich zu begrüßen. Aber vor allem im Interesse der Gesundheit der Menschen, insbesondere in Ballungsräumen und in den Städten, muss selbstverständlich versucht werden, die Emissionen noch weiter zu senken.

Eine effektive Reduzierung von Emissionen lässt sich aber nicht durch Verbote oder willkürlich festgelegte Quoten erreichen. Sie lässt sich auch nicht durch politisch motivierte Festlegungen auf die eine, vermutlich optimale Antriebsart erreichen. Stattdessen ist ein differenzierter Ansatz notwendig. Fortschritte lassen sich dann erzielen, wenn wir Rahmenbedingungen schaffen, in denen verschiedene Mobilitätskonzepte technologie- und ergebnisoffen entwickelt werden können. Diesen Ansatz verfolgen wir auch bei der Elektromobilität.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Denn Ziele politisch festlegen - das ist ja unsere Aufgabe -, das können Politiker wie wir machen. Aber der Weg dahin, die technisch beste Umsetzung, das Entwickeln neuer, besserer Technologien, das ist Sache der Ingenieure, und dafür müssen wir den Rahmen setzen.

Wird im Alltag von Elektromobilität gesprochen, dann wird zumeist an rein batteriebetriebene Fahrzeuge gedacht, die an der Steckdose aufgeladen werden. Das ist allerdings zu kurz gegriffen und lässt andere Antriebsformen außer Acht, zumal die Batterien von Elektrofahrzeugen bisher nur scheinbar emissionsneutral sind. Für die Batterieproduktion werden nicht nur Unmengen an Energie benötigt, sondern auch seltene Metalle, wie zum Beispiel Kobalt. Wo kommt Kobalt vor? Das kommt zum Beispiel im Kongo vor, wo es unter menschenunwürdigen Verhältnissen und häufig durch Kinderarbeit abgebaut wird. Das können wir eigentlich auch nicht wollen. Am Ende ihrer Lebensdauer sind Batterien dann Sondermüll. Sauber ist die Herstellung damit also ganz und gar nicht, weder auf die eine noch auf die andere Art und Weise.

Vielleicht können wir in den kommenden Jahren massive Fortschritte beim Batteriebau erzielen, durch die die Batterien wesentlich effektiver, umwelt- und menschenfreundlicher werden, vielleicht aber auch nicht. In einer aktuellen anonymen KPMG-Umfrage unter Managern der Automobilindustrie gaben zumindest 72 % der Befragten an, dass rein batteriebetriebene Autos wahrscheinlich nicht der Bringer der Zukunft sein werden. Dies ist einer der Gründe, weshalb der Fokus auf die Technologieoffenheit so wichtig ist und man sich nicht ausschließlich auf die vermeintlich beste Variante konzentriert und nicht politisch beschlossen wird, was die technisch beste Lösung ist, ohne potenzielle Alternativen in den Blick zu nehmen.

Brennstoffzellen auf Wasserstoffbasis sind zum Beispiel eine solche Alternative. Im Vergleich zum

(Kay Richert)

batteriebetriebenen Fahrzeug lässt sich der Kraftstoff hier einfacher transportieren. Es lässt sich mehr Energiemenge speichern. Der Pferdefuß dabei ist, dass es noch sehr teuer ist. Vielleicht aber setzt sich diese Variante langfristig durch. In der bereits erwähnten KPMG-Umfrage sehen zumindest 75 % der Befragten in Brennstoffzellen die Lösung, die sich langfristig durchsetzen wird. Das sind Techniker und Manager der Autoindustrie, nicht Politiker.

Es ist aber auch möglich, dass sich eine ganz andere Antriebsform als die effizienteste und umweltverträglichste Lösung darstellt, zum Beispiel Festkörperbatterien, sogenannte Solid States, an denen ja auch geforscht wird.

Welche Technologien sich letztendlich durchsetzen, lässt sich heute nicht sagen. Aber ich betone es gern noch einmal: Es ist nicht Aufgabe der Politik, sich auf eine bestimmte Technologie festzulegen. Stattdessen müssen wir den angemessenen Rahmen schaffen, in dem verschiedene Ansätze technologieoffen im Wettbewerb stehen, in dem Ingenieure ihre Arbeit tun können und die besten Lösungen für Mensch und Umwelt finden.

Meine Damen und Herren, in unserem vorliegenden Antrag zum technologieoffenen Umgang mit Elektromobilität beweist die Jamaika-Koalition einmal mehr zukunftsgerichteten Weitblick;

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Christopher Vogt [FDP])

denn wir werden die entsprechende Landesstrategie durchdacht und vielfältig fortschreiben und Schleswig-Holstein so zu einer Modellregion für Elektromobilität machen. Der technologieoffene Ansatz fördert dabei den Wettbewerb um Innovationen, optimierte Verfahren und kluge Köpfe, und davon können wir in Schleswig-Holstein natürlich nur profitieren.

Wir bleiben dabei selbstverständlich nicht ausschließlich beim Straßenverkehr, der hier angesprochen worden ist, sondern es müssen Schiene und Schifffahrt mitgedacht werden, und das denken wir natürlich auch mit. Die FDP wird mit ihren Jamaika-Partnern diese innovativen Ziele voranbringen, um Schleswig-Holstein zu einer Vorbildregion zu machen.

Jetzt haben wir noch zwei andere Anträge.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, Ihre Zeit ist bereits abgelaufen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Die Redezeit!)

Es wäre gut, wenn Sie jetzt zum Ende kommen.

Kay Richert [FDP]:

Zum Glück ist nur meine Redezeit abgelaufen. Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin. - Der Änderungsantrag des SSW geht in dieselbe Richtung. Den werden wir natürlich gern mit aufgreifen, weil er auch auf unsere Wasserstoffinitiative eingeht. Das möchten wir gern zusammenführen. Auch im Antrag der SPD befindet sich ein sehr sinnvoller Ansatz zur Normierung von Technik und Verfahren.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Ihre Redezeit ist abgelaufen, Herr Abgeordneter.

Kay Richert [FDP]:

Deshalb beantrage ich die Überweisung in den Ausschuss.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch das Wort.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Beim Thema Elektromobilität haben die regierungstragenden Fraktionen bereits im Koalitionsvertrag nicht mit Begriffen der Superlative gezeigt. Eine Modellregion Elektromobilität wurde ausgerufen, und auch der hier vorliegende Antrag knüpft daran an.

Wenn ab sofort bei Ausschreibungen für neu zu beschaffende Fahrzeuge ein Anteil von mindestens 20 % an Elektro- beziehungsweise Wasserstofffahrzeugen gefordert wird, wäre es interessant zu erfahren, wie praxistauglich diese Fahrzeuge wirklich sind. Die ersten Rückmeldungen, die mir aus anderen Bundesländern vorliegen, sind eher ernüchternd. Die im Antrag genannte Forderung von CO₂-neutralen Mobilitätsformen, einer flächendeckenden Infrastruktur für Elektromobilität und eines weiteren Ausbaus von Ladesäulen stellt eine politische Forderung dar, die aber nicht von den wirtschaftlichen und technischen Realitäten losgelöst werden kann. Zum Teil wurde es von den Vorrednern schon betont.

(Volker Schnurrbusch)

Wie sieht die wirtschaftliche Realität aus? Das Ziel, bis 2020 1 Million Elektroautos auf die Straßen zu bringen, hat sich bis jetzt zu einem weiteren Fehlschlag der sogenannten Energiewendepolitik entwickelt. Noch im Jahr 2017 erreichte die Zahl der Neuzulassungen von Elektroautos lediglich die Marke von 25.000 Stück - im Vergleich zu den hohen Erwartungen eine ausgesprochen bescheidene Zahl. Was wurde nicht alles schon zur Förderung der Elektromobilität vorgeschlagen? Kaufprämien nenne ich hier nur und immer wieder der Ausbau von Ladekapazitäten. Aber die Käufer wollen eben einfach nicht anbeißen, sodass der wirtschaftliche Misserfolg weiter andauert. Wir sagen voraus, dass auch weitere Fördermaßnahmen nichts Grundlegendes daran ändern werden. Ein Blick in die Autohäuser - der Kollege sagte es gerade - sagt dazu alles.

Der vorliegende Antrag verkennt diese eindeutige Situation. Warum, fragen wir uns. Weil man den Misserfolg der Energiewende und deren negative Folgen nicht zugeben will? Es ist bisher noch nicht gelungen, Autos mit ausreichenden Batterien, dazu noch schnell aufladbaren, für eine akzeptable Streckenreichweite herzustellen. Ein 50-Liter-Dieseltank liefert dieselbe Energiemenge wie eine knapp 14 t schwere Bleibatterie. Selbst die sehr viel teureren Lithium-Ionen-Batterien bringen dafür immer noch stolze 2,5 t auf die Waage. Das Aufladen der Batterien dauert immer noch viele, viele Stunden.

Ja, der Elektromotor ist im Vergleich zum Verbrennungsmotor leichter. Doch dieser Vorteil wird durch das hohe Batteriegewicht wieder aufgehoben. Elektrofahrzeuge haben sich bisher für den täglichen Gebrauch als weitgehend unbrauchbar erwiesen. Ich bin selbst mehrere Modelle Probe gefahren, um einmal ein Gefühl zu bekommen, und musste erstaunt feststellen, dass man den Batterieladestand doch sehr genau im Auge haben muss, wenn man zum Beispiel die Klimaanlage oder einen anderen Verbraucher anstellt.

Bei allen Maßnahmen zur Förderung der Elektromobilität können wir nun die technischen und die wirtschaftlichen Realitäten einmal nicht ignorieren, ebenso wenig wie das Verhalten der potenziellen Käufer.

Die niedrige Akzeptanz der Elektroautos beruht auch darauf, dass die Fahrzeuge für einen Großteil der Kunden schlichtweg zu teuer sind und ein Angebot an preisgünstigen Gebrauchtwagen daher nicht existiert. Diese Probleme lassen sich aus unserer Sicht auch mit den hier beantragten Fördermaßnahmen nicht lösen. Jeder noch so flächen-

deckende Ausbau des Ladesäulennetzes greift ins Leere, wenn die Kunden weiterhin einen großen Bogen um Elektroautos machen.

Vor diesem Hintergrund stellen wir als AfD einmal mehr fest: Die Förderung der Elektromobilität ist bisher noch nicht beim Bürger angekommen. - Aber wir wollen ja konstruktive Oppositionsarbeit betreiben. Wir erkennen an, dass eine technologieoffene Förderung für den Forschungs- und Industriestandort Deutschland interessant ist. Ob und wie viel davon in Schleswig-Holstein ankommt, ist noch fraglich. Wichtig ist uns nur, dass der Industrie keine Vorschriften gemacht werden, die sich nicht umsetzen lassen.

Richtig ist der Hinweis in dem Antrag, dass Elektronautos auch in der Touristik und der lokalen Logistik eine Rolle spielen können. Diese Felder bieten sicher zahlreiche Möglichkeiten. Wir sind sehr gespannt, was die Landesregierung hier konkret vorhat.

Natürlich diskutieren wir gern im Ausschuss über alle drei vorliegenden Anträge. Wir kommen um dieses Thema nicht herum. Wir sind sehr kritisch, sehr skeptisch - Sie hören es -, aber wir sehen auch viele Gemeinsamkeiten. Eigentlich sind wir alle daran interessiert, das Thema Mobilität zukunftsweisend für die nächsten Jahrzehnte voranzubringen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! In 2009 wurde von der Bundesregierung der Nationale Entwicklungsplan Elektromobilität vorgelegt. Seinerzeit verfolgte die Bundesregierung das Ziel, bis 2020 1 Million Elektrofahrzeuge in Deutschland auf die Straße zu bringen. Mittlerweile - das wissen wir - wurde diese Zahl einkassiert. Trotz der von der Bundesregierung geschaffenen Rahmenbedingungen und Anreize wie beispielsweise Kaufprämien für E-Fahrzeuge oder Plug-in-Hybride, Kfz-Steuerbefreiung sowie andere Privilegien für Elektrofahrzeuge ist es nicht gelungen, den Funken überspringen zu lassen. Dies ist bedauerlich; denn der E-Mobilität gehört die Zukunft.

(Flemming Meyer)

Die Gründe für das sehr zögerliche Kaufverhalten sind vielfältig. Nach Ansicht der Nutzer haben die Fahrzeuge immer noch zu wenig Reichweite, ist die Ladeinfrastruktur mangelhaft und sind die Fahrzeuge trotz Kaufprämie immer noch zu teuer. Hier gibt es noch viel zu tun. Politik allein kann diese Probleme nicht lösen. Aber dort, wo wir unseren Teil beitragen können, sollten wir das auch tun. Als Küstenkoalition haben wir mit der Landesstrategie einen ersten Schritt getan.

Als Verlängerung dessen betrachte ich den vorliegenden Antrag. Neu ist die Ergänzung um die Wasserstofftechnologie, auf die die Koalition hier ihren Fokus gelegt hat. Die Entscheidung, dies zu tun, ist absolut richtig; denn niemand kann heute vorhersagen, welcher Art von Elektromobilität die Zukunft gehört: Brennstoffzelle oder Batterie oder ein Mix aus beidem. Beide Antriebsarten haben ihre Vor- und Nachteile. Daher ist es richtig, in alle Richtungen ergebnisoffen zu denken. Für beide Antriebsarten gilt: Sie sollen keine schädlichen Emissionen verursachen und die Ressourcen schonen. Gleichermaßen gilt, dass die Energiegrundlage erneuerbar sein soll.

Damit sind wir wieder bei der Debatte über Power to X, soll heißen: den überschüssigen Strom dort nutzbar machen, wo er produziert wird, den Strom entsprechend umwandeln und/oder speicherfähig machen. Die Wasserstofftechnologie ist so eine Speichertechnologie, die wir weiter voranbringen müssen, denn sie bietet enormes Potenzial. Wir wissen, dass die Produktion von Wasserstoff energieintensiv ist. Aber genau dort bietet sich für Schleswig-Holstein eine Chance. Wir sagen: Nutzt den überschüssigen Strom aus erneuerbaren Energien und wandelt ihn um in Wasserstoff, um ihn für die Elektromobilität zu nutzen. Gerade Unternehmen der Mobilitätsbranche zeigen derzeit ein gesteigertes Interesse an Brennstoffzellen. Dies gilt auch für den ÖPNV und den Schienenverkehr.

In diese Richtung zielt auch unser Änderungsantrag. Wir wollen in einem Pilotprojekt die Verknüpfung von Windenergie, Wasserstoff und SPNV an der Westküste schaffen. Die Grundlagen sind vorhanden: Wir haben dort Windstrom und den Schienenverkehr. Was wir brauchen, ist die Umwandlung des überschüssigen Stroms in Wasserstoff, um die Energie auf die Schiene zu bringen.

In Niedersachsen wird dieses Ziel bereits verfolgt. Dort geht man davon aus, dass ab 2021 insgesamt 14 Züge mit Wasserstofftechnik betrieben werden. Zwei Prototypen sollen bereits in diesem Frühjahr den Pilotbetrieb aufnehmen. Unser Ziel ist, ein ver-

gleichbares Projekt in Schleswig-Holstein in Gang zu bringen. Wir sehen hierin eine echte Alternative zum bisherigen Dieselbetrieb und zum elektrifizierten Schienenverkehr. Lassen Sie uns die Möglichkeiten der Westküste nutzen und gemeinsam mit Wirtschaft, Hochschule und engagierten Menschen vor Ort ein solches Projekt in Gang bringen. Wir haben dort das Potenzial. Wir müssen es nur heben.

Auch wenn wir uns in weiten Teilen noch in den Anfängen befinden und immer noch großen Bedarf in den Bereichen Forschung, Entwicklung und Umsetzung haben, wird sich die E-Mobilität zu einem wichtigen Industriezweig in Deutschland entwickeln. An dieser Entwicklung müssen wir teilnehmen. Wir wollen, dass Elektromobilität zu einem Gewinnerthema in Schleswig-Holstein wird. - Jo tak.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort für einen Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Dr. Andreas Tietze.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe mich zu Wort gemeldet, um noch drei Aspekte in diese Debatte einzubringen; aber erst einmal danke ich allen für diesen Antrag der regierungstragenden Fraktionen.

Erstens. Bei dem Thema Elektromobilität sollten wir auch über den Tourismus nachdenken. In der Tourismusregion Nordfriesland erleben wir gerade sehr stark, dass sich immer mehr Leute auch im Urlaub für das Thema Elektromobilität interessieren. Man fährt ja an den Windanlagen und den Photovoltaikanlagen vorbei. Deshalb sind E-Bikes und Elektromobilität insgesamt hochspannende Themen, die wir in unsere Tourismusstrategie für Schleswig-Holstein integrieren sollten. Ich werbe sehr dafür.

(Vereinzelter Beifall AfD)

Zweitens. Ich bin der Auffassung, dass wir genauer hinschauen sollten, was in den einzelnen Regionen passiert. Das Rad muss ja nicht überall neu erfunden werden. Die Region, aus der ich komme, mein Wahlkreis Nordfriesland, ist da sehr weit. Die Leute stehen im Grunde genommen in den Startlöchern. Auch über das Thema Wasserstoff haben wir im Kreis miteinander debattiert.

(Dr. Andreas Tietze)

Folgendes finde ich bei diesem Thema ungewöhnlich: In diesem Jahr werden zwar neue mit Wasserstoff betriebene Automobile auf den Markt kommen - der Nexo zum Beispiel -, aber die nächstgelegene Wasserstofftankstelle befindet sich in Hamburg. In Hamburg gibt es drei solche Tankstellen. Wenn man sich als Verbraucher für ein solches Auto interessiert, fragt man sich: Wo könnte ich in Norddeutschland tanken? Und dann stellt man fest: In Nordfriesland jedenfalls nicht.

Es wurde gesagt, eine normale Tankstelle sei bereit, Wasserstoff zu implementieren. Dafür brauche man aber mindestens 35 zugelassene Fahrzeuge in der Region. Das heißt, wenn man eine echte Marktreife dieser Automobile erreichen will, muss man selber anfangen und andere motivieren. Man kann da zum Beispiel an Behördenfahrzeuge denken; das steht ja auch in dem Antrag. Ich weiß, dass auch die Windmüller in den Regionen in den Startlöchern stehen. Wenn man eine solche Infrastruktur aufbauen will, müssen die öffentliche Hand und wir selbst unserer Vorbildfunktion gerecht werden. Deshalb fände ich es gut, wenn wir eine Marketingkampagne für die Wasserstoffmobilität hinbekommen könnten, um das Thema voranzubringen.

Ein drittes Thema möchte ich in die Debatte einbringen - dieses Thema ist mir persönlich sehr wichtig -: Wir müssen - ich schaue in Richtung Lars Harms - den Messestandort Husum stärken.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Wir als Parteien und Landesparlament haben auch eine Verantwortung für diesen Messestandort. Ich würde mir in Husum eine Ausstellung zu den Themen New Energy und Elektromobilität wünschen. Ich finde, diesen Vorschlag sollten wir mit in die Beratungen nehmen. Ich kann mir das gut vorstellen. Wir können das gebrauchen, und wir haben vor Ort die Akteure. Der Messestandort wäre ideal, um das Thema Elektromobilität im Rahmen einer Sonderausstellung zu betrachten.

Ich sehe gerade, Herr Garg möchte auch ein Elektromobil fahren. Viel Spaß dabei! Gibt es den Alpha eigentlich schon als Elektromobil? - Noch nicht.

(Minister Dr. Heiner Garg: Aber den Tesla!)

- Den Tesla. Auch das soll Spaß machen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Landesregierung hat das Wort der Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, Dr. Robert Habeck.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin den Fraktionen und auch der SPD und dem SSW sehr dankbar dafür, dass diese Anträge gestellt worden sind. Sie kommen genau zur richtigen Zeit, und ich finde es auch schlau, darüber im Ausschuss zu beraten, weil wir die E-Mobilitätsstrategie von 2014 überarbeiten. Im März tagt der Energiewendebeirat. Vielleicht haben Sie Lust vorbeizukommen; die Fraktionen werden ja auch immer eingeladen. Dort sollen das Thema E-Mobilität oder, genauer gesagt, die Themen emissionsarme und emissionsfreie Antriebe Schwerpunktthema sein. Insoweit passt die parlamentarische Initiative sehr gut zu dem, was wir regierungsseitig dabei sind, aufs Gleis zu setzen.

Nach der alten E-Mobilitätsstrategie gibt es eine Reihe von Projekten, die in Schleswig-Holstein entstanden sind. Lieber Flemming Meyer, nachdem Sie gerade sagten, Niedersachsen wolle 2020 17 Fahrzeuge auf der Schiene haben, darf ich Ihnen sagen: Wir haben gerade eine Ausschreibung für 52 Fahrzeuge. Das läuft. Ich bin gespannt, was sich insoweit tut und wer sich bewirbt. Wenn ich Industrie wäre, dann würde ich denken, bei 52 Fahrzeugen könnten wir sogar einen eigenen Zweig aufmachen. Ich hoffe, dass die Industrie die Zeichen der Zeit versteht.

Wir haben weiterhin Vision Car gefördert. Das ist ein Projekt, das die Karosserie für den Streetscooter herstellt. Wir haben die Ladesäuleninfrastruktur im ländlichen Raum ausgebaut. Gerade sind wir dabei, für die Landesdienststellen noch einmal 62 Ladesäulen zu errichten, die auch öffentlich zugänglich sein sollen und so weiter und so fort. Es gibt eine ganze Reihe von verschiedenen kleineren und größeren Projekten.

Dies zu verzahnen und zu hebeln ist, glaube ich, Aufgabe der E-Mobilitätsstrategie. So sollte vor allem darauf geachtet werden, nicht nur individuelle Autos oder Benutzer zu fördern, sondern tatsächlich auch die Gesellschaft einzubinden. Nach meiner Auffassung gehört zu diesem E-Mobilitätsbereich alles das, was mit dieser Share-Ökonomie zusammenhängt.

(Minister Dr. Robert Habeck)

Das Dörpsmobil in Klixbüll - da ist es erfunden worden - ist ein Gemeinde-Auto, das dem Bürgermeister und den Gemeindebediensteten zur Verfügung steht, aber auch den Leuten in der Gemeinde. Es wird über einen Verein getragen. Man kann sich quasi in diesen Verein einkaufen, die Grundkosten finanzieren, und danach wird stundenweise abgerechnet, sodass man sogar sein eigenes Auto einsparen und das Dörpsmobil benutzen kann. Das ist genau die richtige Denke, dass man nicht nur auf den Antrieb schaut, sondern versucht, auch eine andere Mobilität hinzubekommen.

Lassen Sie mich noch drei Anmerkungen allgemeiner Art machen. Die erste bezieht sich auf Wasserstoff. Ja, gerade für Langstrecken haben die bisherigen Batteriefahrzeuge Grenzen der Reichweite. Wasserstoff ist eine interessante Technologie. Aber eine bedingungslose Förderung von Wasserstoff, durch Verstromung hergestellt, kann eben auch zu einer Verlängerung von fossilen Energien im Strombereich führen. In Schleswig-Holstein ist das wohl eher nicht der Fall; aber in anderen Bereichen kann das anders sein. Insofern hat die SPD hier einen Punkt getroffen, wenn sie sagt, es sollen erneuerbare Energien sein. Darüber, ob es diese ausschließlich sein sollen in Schleswig-Holstein, wenn eines Tages Ladesäulen zur Verfügung stehen, sollte man noch einmal diskutieren, damit wir nicht nachher, wenn wir das Dörpsmobil fördern, kleine Stadtwerke oder kleine Betreiber ausschließen, weil sie nur 90 oder 95 % erneuerbare Energien haben. Aber das ist ja keine dogmatische, sondern eine lösbare Frage.

Zweitens. Wenn man sich anschaut, wo deutsche Elektrofahrzeuge verkauft werden, dann muss man feststellen: überall, nur nicht in Deutschland. Das ist erstaunlich. Wir haben eben die Zahlen für die Zulassungen in Schleswig-Holstein und Deutschland gehört. In Norwegen waren im letzten Jahr 29 % der zugelassenen Fahrzeuge elektrische oder elektrisch betriebene Plug-in-Fahrzeuge. Das ist schon mal eine Hausnummer. Die Hälfte davon kam aus Deutschland. In Schweden gab es 49 % deutsche Fahrzeuge, die zugelassen wurden, in England 46 %, in Frankreich 47 %, und selbst in den USA waren es noch 20 % deutsche Fahrzeuge. Offensichtlich kann die deutsche Automobilindustrie, wenn sie nur will, ihre E-Fahrzeuge überallhin verkaufen, nur hier in Deutschland zieht der Markt nicht an.

Damit komme ich zu meiner dritten Anmerkung, die ich machen will. Die Steuerinstrumente, die wir haben, müssen nachgeschärft werden. Es ist offen-

sichtlich nicht so, dass gegen die bestehenden Marktöglichkeiten angefordert werden kann. Das hat nicht funktioniert. Vielmehr müssen wir uns andere Bedingungen überlegen, den Markt zu justieren. Es ist ja leicht zu sehen, dass in Norwegen der Öl- und Benzinpreis enorm hoch ist, der Strompreis aber offensichtlich etwas günstiger ist. Wir sprachen ja schon einmal über CO₂-Steuern und -Abgaben, die ja eine Möglichkeit darstellen, den Preis zu heben, wenn man nicht auf Quoten gehen will.

Mein letzter Punkt, den ich noch nennen will, ist dieser: Ich glaube, wir greifen zu kurz, selbst wenn wir E-Mobilität als Teil einer neuen Form des Denkens von Mobilität nehmen, also Dörpsmobil, Share-Economy, wie es jetzt auf Plattdeutsch heißt. Vielmehr ist es ja Teil der Sektorenkoppelung, also Verzahnung von Wärme, Verkehr und Strombereich. Diese Verzahnung ist aber nicht nur einseitig. Vielmehr zahlen die innovativsten Projekte den Leuten, die E-Mobile haben, heute schon Geld dafür, dass sie Ladekapazität bereitstellen, also auch Strom aus dem Netz herausnehmen können beziehungsweise das Netz stabilisieren können beziehungsweise dann tanken, wenn das Netz sehr voll ist, also Strom produziert wird.

Ich glaube, in wenigen Jahren werden wir Angebote bekommen, bei denen E-Mobilität zu besitzen oder zu betreiben eben auch bedeutet, Stromproduzent oder Batteriebereitsteller für das Stromnetz von Stadtwerken oder Städten zu sein, sodass diese Sektorenkoppelung in beide Richtungen geht.

Insofern teile ich nicht die Unkenrufe, die eben rechts vom Kabinetttisch kamen, sondern ich glaube, die Zukunft ist emissionsfrei und elektrisch. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/453 sowie den Änderungsantrag Drucksache 19/475 und den Alternativantrag Drucksache 19/477 dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 22 auf:

Gesundheitsschutz beim Shisha-Rauchen

(Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber)

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/430

Antrag der Fraktion der AfD
Drucksache 19/476 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Mit dem Antrag Drucksache 19/430 wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer stimmt dem zu? - Gibt es Gegenstimmen? - Sehe ich nicht. Dann ist das so beschlossen.

Ich erteile somit zunächst für die Landesregierung das Wort dem Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, Herrn Dr. Bernd Buchholz.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Den einen oder anderen wird vielleicht wundern, dass der Wirtschafts- und Verkehrsminister über die Gefahren des Shisha-Rauchens spricht.

(Heiterkeit - Zurufe)

Es ist in der Tat so; auch ich habe kurz überlegt, ob es sein könnte, dass der einzige Raucher des Kabinetts hier selber etwas zu diesem Thema sagen sollte, zumindest der Einzige, der Erfahrungen damit hat oder was auch immer.

(Heiterkeit)

Nein, meine Damen und Herren, es ist anders, und jetzt ernsthaft, dies ist ein ernstes Thema. Wenn wir über die Probleme, die beim Shisha-Rauchen auftreten, reden und berichten sollen, dann gibt es unterschiedliche Zuständigkeiten. Die bauliche Situation der Shisha-Bars liegt in den Händen des Innenministeriums, und die Fragen sind dort zu behandeln. Die Fragen von Arbeitsschutz und von Gesundheitsschutz unterliegen der Zuständigkeit des Sozial- und Gesundheitsministeriums. Aber die Verantwortung für die Zuständigkeit der Gaststättengenehmigung - dort gibt es halt die Kernthemen, die eine Rolle gespielt haben - liegt in den Händen des Wirtschaftsministeriums, weil es dafür zuständig ist, die entsprechenden Erlaubnisse für Gaststätten zu erteilen. Deshalb gebe ich zu diesem Thema quasi den gemeinsamen Bericht im Namen der gesamten Landesregierung ab.

Meine Damen und Herren, auch mit Blick auf die jungen Leute auf der Zuschauertribüne: Shisha-Bars liegen irgendwie im Trend. Wir sehen in Hamburg und auch in Kiel viele junge Leute, die mit solchen durchaus auch kulturell bereichernden Bar-kultur-Elementen hantieren und dort hingehen. Aber, meine Damen und Herren, wir haben eben auch davor zu warnen, dass das keine Veranstaltung ist, die unter Wellnessgesichtspunkten zur Gesundheitsförderung beiträgt.

Man sollte sich bei aller Chilligkeit, die das Thema zurzeit hat, klarmachen, worüber wir hier reden. Denn es sind nicht nur die in letzter Zeit aufgetretenen Themen, die im Wesentlichen mit den Kohlenmonoxid-Vergiftungen in den Shisha-Bars zu tun haben, sondern - dies lassen Sie mich im ersten Teil meiner Rede sagen - das Einatmen von Shisha-Rauch aus Wasserpfeifen bedeutet durchaus keine Steigerung der Gesundheit.

Das sage ich auch als bekennender Raucher, wenn auch nur geringfügig. Shisha-Rauchen ist nicht „gesünder“ als Rauchen von Tabak ohne Wasserpfeife. Man nimmt dabei Kohlenmonoxid auf, man nimmt dabei andere Schadstoffe auf, die toxisch und teilweise krebserregend sind. Dazu zählen Metalle, organische Substanzen wie Phenole, Benzol und Aldehyde - um nur einige zu nennen.

All dies filtert das Wasser, das in der „Bowl“ den Rauch abkühlt, nicht heraus. Weil der Rauch durch das Wasser abgekühlt wird, empfinden ihn viele als angenehmer und neigen dann dazu, tiefer zu inhalieren. Hinzu kommen eine Keimbelastung des Wassers beziehungsweise der daraus gebildeten Aerosole, die ein zusätzliches Infektionsrisiko hervorrufen und erhöhen können, insbesondere bei Vorerkrankungen. Da hilft es auch nicht, wenn man das Mundstück öfter wechselt. - Das alles klingt nicht gerade nach Gesundheitsförderung, meine Damen und Herren.

Wer Shisha raucht, setzt sich Gesundheitsrisiken aus. Das muss jeder wissen und eigenverantwortlich entscheiden. Das ist beim Zigarettensuchen und beim Alkoholkonsum nicht anders. Auch damit muss man eigenverantwortlich umgehen, aber man muss auch wissen, womit man es zu tun hat. Deshalb ist es in der Tat nachdenkenswert, dass die Konsumenten auch bei Tabaken oder anderen Stoffen für Shishas transparent wissen, was sie da eigentlich vor sich haben.

Das ist eine auf Bundesebene zu regelnde Frage, denn wir haben es beim Rauchen von Shishas nicht immer nur mit Tabakwaren zu tun. Es gibt Shishas

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

mit Tabakanteilen, aber es gibt auch Shishas, die mit getrockneten Früchten oder Mineralstoffen arbeiten und deshalb nicht unter das Nichtraucherschutzgesetz fallen, vor allem aber auch nicht unter die Regelungen für Tabakwaren und entsprechend keine Kennzeichnungspflichten haben. Es ist durchaus nachdenkenswert, über solche Kennzeichnungspflichten zu reden, das auf Bundesebene anzusprechen. Darüber sollten wir in der Ausschussberatung reden.

Meine Damen und Herren, Hauptproblem beim Shisha-Rauchen ist das Kohlenmonoxid. Kohlenmonoxid entsteht durch die unvollständige Verbrennung der als Heizquelle genutzten Kohle. Kohlenmonoxid ist ein farb-, geruchs- und geschmackloses giftiges Gas. Besonders gefährlich ist es, weil es von unseren Sinnesorganen nicht wahrgenommen wird, es keine frühzeitigen Warnzeichen oder Abwehrreaktionen gibt. Deshalb ist die Situation in Shisha-Bars nicht nur tricky, sondern sie ist gefährlich.

Deshalb ist es wichtig, dass Shisha-Bar-Betreiber sorgfältig auf eine gute Belüftung ihrer Räumlichkeiten achten und entsprechende Warnmelder vorgehalten und nutzen. Das muss natürlich auch effektiv kontrolliert werden, sonst nützt das nichts.

Als Rechtsgrundlage dafür kann das Gaststättengesetz dienen. Die Regelungen dazu sind aus meiner Sicht grundsätzlich ausreichend. Die zuständigen Behörden nehmen bereits heute, um den Gesundheitsschutz zu gewährleisten, präventiv Auflagen vor allem zum ausreichenden Be- und Entlüften der Bars und zur notwendigen Ausstattung mit Kohlenmonoxid-Meldern in die Gaststättenerlaubnis auf -jedenfalls dann, und das ist so zu tun, wenn angegeben wird, dass man eine Shisha-Bar betreiben will. Sie führen als Nachschau auch die entsprechenden Kontrollen in den Bars durch. Die Stadt Kiel hat das gerade positiv vorgemacht.

Die zuständigen Gaststättenbehörden wünschen sich allerdings landeseinheitliche, fachlich fundierte, verbindliche Standards hinsichtlich der konkreten Anforderungen, die sie zur besseren Prävention stellen sollten. Diese Forderung kann ich ausgesprochen gut nachvollziehen. Deshalb wird das Wirtschaftsministerium gemeinsam mit den anderen genannten Häusern solche einheitlichen Regelungen zu erarbeiten versuchen.

Zu klären wird dabei noch sein, auf welche Weise wir die entsprechenden Vorgaben verbindlich machen wollen. Aus meiner Sicht bedarf es weder einer Gesetzesänderung noch einer Verordnung. Aus

meiner Sicht ist die einfachste und zügigste Lösung, im Erlasswege mit fachlichen Vorgaben und Empfehlungen für die Gaststättenbehörden ein einheitliches Handeln vorzugeben. Einer gesetzlichen Regelung bedarf es aus meiner Sicht derzeit nicht; vielmehr wäre ein Erlass aus meiner Sicht sinnvoll. Der sollte einige Mindestanforderungen enthalten.

Zum Beispiel die Installation von funktionsfähigen CO₂-Meldern in Shisha-Bars sollte er verbindlich vorgeben. Dazu sollte er verbindlich vorgeben, dass der Einbau und die vernünftige Installation durch einen Fachbetrieb vorgenommen worden ist, also der Nachweis darüber, dass eine solche Anlage funktioniert. Die Errichtung einer mechanischen Gastraumbe- und -entlüftung und die Bestätigung einer Fachfirma darüber, dass eine solche Be- und Entlüftung in der richtigen Größenordnung platziert ist. Darüber hinaus auch, weil es ja um die Kohlenmonoxid-Gefahren geht, notfalls die Errichtung einer Rauchgasabzugsanlage im Zubereitungsbereich, also an der eigentlichen Anzündestelle, sowie die Bestätigung durch eine Fachfirma, dass diese Anlage für den Rauchgasabzug ausreichend geeignet ist.

Letztlich gehört in solche Bars auch ein Hinweis darauf, dass dort, wo Shishas geraucht werden, nicht nur der Rauch selbst gesundheitsgefährdend sein kann und ist, sondern auch, dass in solchen Bars Kohlenmonoxid entsteht, dass dadurch Gesundheitsgefahren entstehen können, sodass sich jeder der Gefahr, der er sich aussetzt, bewusst sein kann.

Meine Damen und Herren, wir werden versuchen, auf dem Erlasswege für Einheitlichkeit im Lande zu sorgen und den Gefahren für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in solchen Bars, vor allem aber für die Kunden entgegenzuwirken. - Ich danke herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Der Minister hat die Redezeit um 3 Minuten und 30 Sekunden überzogen. Diese Zeit steht jetzt allen Fraktionen zur Verfügung. - Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Bernd Heinemann das Wort.

(Zuruf Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Bernd Heinemann [SPD]:

Herr Minister, vielen Dank für Ihren Bericht. Es ist vieles darin enthalten, was ich mir erhofft hatte. Aber zunächst einmal von vorn.

(Bernd Heinemann)

Es gibt eine ganze Reihe von Dingen, die in der Presse aufgetaucht sind. Mir ist eine besonders spannende Formulierung aufgefallen: „Sushi oder Shisha - Hauptsache Fisch.“ Das hat der Dauner Bürgermeister in der Ratsversammlung stolz erzählt, als er anfang, von der japanischen Küche zu schwärmen. Dieses Missverständnis führt dazu, dass die Fische alle an den Tischen zubereitet werden, auf kleinen Kohlegrills. Das ist ungefähr der gleiche Effekt, der auftritt. Das hat er bestimmt nicht gemeint. Er hat sich hinterher auch entschuldigt. Er wusste schlicht nicht, was Shisha-Bars sind.

Meine Damen und Herren, entscheidend ist immer, was hinten rauskommt. Das hat Helmut Kohl einmal gesagt. Bei Razzien und Ordnungsbehörden kommt oft nichts Gutes raus. Sie haben es angedeutet. Mal bei der Altersbeschränkung, mal beim fehlenden Gesundheitszeugnis an der Getränke-Mix-Bar, mal bei der Schwarzarbeit, aber eben auch mal bei überzogenen Werten zum Beispiel von Kohlenmonoxid.

Vieles ist sichtbar, vieles ist messbar, und vieles kann man schnell erfassen, wenn es um das Rauchen geht. Rauchschwaden sind leicht zu erkennen, und jeder Schüler weiß aus der Schule, welche Risiken sich beim Tabakrauch ergeben. Die Folgen von guter Prävention kann man daran erkennen, dass sich die Rauchergewohnheiten bei Kindern und Jugendlichen mehr als halbiert haben. Da haben sich Präventionskonzepte bewährt. Das ist ein guter Weg.

Kohlenmonoxid aber ist unsichtbar, ist geruchsfrei und ist im Zweifelsfall ein tödliches Gas. Bei den Vorkommnissen in Kiel ist ein Jugendlicher gerade noch von der Schippe gesprungen, was ihm das UKSH versichert hat. Viele Minuten haben nicht mehr gefehlt; wenn die Umstände anders gewesen wären, sprächen wir heute wahrscheinlich von einer ganz anderen Problematik.

Wenn wir jetzt darüber sprechen, welche Lösungen angemessen sind, finde ich wie Sie: Gesetze muss man nicht unnötig provozieren, man braucht auch nicht zwingend Verordnungen, wichtig ist aber eine Lösung. Eine Lösung kann durchaus der Erlassweg sein.

Wir wollen nicht, dass in geschlossenen Räumen gegrillt wird. Da es zur Eigenart des Shisha-Rauchens gehört, dass dort Kohlen verbrannt werden, muss man die Rahmenbedingungen so verändern, wie sie im Orient sind: Man raucht im Freien, und man bringt sich sein eigenes Mundstück mit. Das

ist die Standardausfertigung, wie sie im Orient betrieben wird. Bei uns geht das Ding teilweise von Mund zu Mund. Herpes ist noch das kleinste Risiko, das man sich einfängt. Eine Hirnhautentzündung ist weniger angenehm.

Es ist wichtig, dass man Hygienestandards einhält. Deswegen ist es besonders wichtig, dass man nicht nur weiß, wann oder wie der Kohlenmonoxidgehalt der Luft zu weit über die Stränge geschlagen ist, sondern man es auch rückwirkend feststellen kann. Dafür braucht man eine chronologische Aufzeichnung, damit man nachweisen und prüfen kann und die Ordnungsbehörde sagen kann: Sie haben diese Woche zweimal den Wert um X überschritten; wenn wir das bei Ihnen noch einmal erleben, sind Sie raus.

Wenn sie das aber immer nur auf Zuruf machen, wenn die Ersten umgekippt sind, ist es zu spät, dann ist die Vergiftung bereits eingetreten, und das kann man vermeiden. Wenn man die Türen und Fenster nicht öffnet und das Piepsen überhört, weil genug Betrieb herrscht, hilft einem letztendlich nicht einmal mehr ein Messgerät, weil es im Nachhinein wieder gute Werte zeigt.

Man braucht mehr als das Piepsen an sich: Man braucht Prüfungen. Es geht nicht um das Rauchen, es geht nicht um das Risiko des Tabakrauchs, sondern es geht schlicht und ergreifend um Hygiene, um Schwermetalle, um die Gefahr einer Kohlenmonoxid-Vergiftung und eine Reihe von anderen Risiken, die Sie übrigens selbst aufgezählt haben. Dem möchte ich mich anschließen.

Was den Antrag der AfD angeht, kann ich sagen: Ja, das klingt alles sehr schön, ist aber vollkommen daneben. Denn um die Bestimmung des Inhalts von irgendwelchen Tabaksorten kann es gar nicht gehen, weil es teilweise gar nicht um Tabak geht - das hat der Minister schon angesprochen - und weil teilweise durch mitgebrachte Zusätze dieses Unterfangen überhaupt erst zur Gefahr wird. Der Punkt Inhaltsbestimmung ist also völlig daneben. Das Ganze auf den Bund zu schieben, führt völlig in die Irre.

Das Zweite: Meine Damen und Herren von der AfD, für Prävention ist Schleswig-Holstein selbst verantwortlich. Wir sind verantwortlich und können das auch nicht auf den Bundesrat schieben, sondern wir müssen das im Strategieforum Prävention im Gesundheitsministerium ansprechen. Das haben wir eingerichtet, das tagt regelmäßig. Da muss es thematisiert werden. Ihr Antrag ist nicht nur falsch,

(Bernd Heinemann)

sondern auch noch überflüssig. Insofern bitte ich Sie, diesen Antrag abzulehnen.

Was unseren Antrag angeht, der ein Berichtsantrag ist und einen Bericht zur Folge hatte, bitte ich Sie, diesen an die Fachausschüsse - es sind drei Fachausschüsse, weil auch drei Ministerien beteiligt sind - zu überweisen, damit sich diese Fachausschüsse über den Fortgang Ihres Erlasses, der ja kommen wird, ins Bild setzen können und in diesem Sinne das Ganze zum Erfolg wird. Ich glaube, wir ziehen alle an einem Strang und in die gleiche Richtung. - Vielen Dank dafür.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt FDP und Beifall Flemming Meyer [SSW])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Ich erteile dem Abgeordneten der CDU-Fraktion, Herrn Wolf Rüdiger Fehrs, das Wort, der heute seine erste Rede hier im Hohen Haus hält.

(Beifall)

Wolf Rüdiger Fehrs [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herzlichen Dank, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das erste Mal ist es dann ja auch nicht.

Der vom Kollegen Heinemann eingebrachte Antrag ist vor allem aktuell und hat natürlich auch etwas Sinnvolles. Die Thematik ist so aktuell, dass der Norddeutsche Rundfunk am 3. Januar dieses Jahres und eine Woche vor dem Antrag über das Thema in Ausführlichkeit berichtet hatte, und er hatte auch Kontakt zu einem Ministerium aufgenommen. Im Mittelpunkt der Debatte müssen das Einhalten beziehungsweise die Kontrolle bereits vorhandener Vorschriften stehen. Unser Wirtschaftsminister hat das schon erwähnt. Neue Gesetze oder Rechtsvorschriften - Herr Heinemann, Sie haben das auch gesagt - helfen uns nicht immer weiter. Möglich wäre ein Erlass, der landesweit einheitliche Standards schafft und somit flächendeckend einen umfassenden Gesundheitsschutz bietet. Wir müssen gemeinsam Mittel und Wege finden, den Gesundheitsschutz zu gewährleisten und dies, ohne dass wir die Betreiber beziehungsweise die Kundinnen und Kunden in ihrer Freiheit einengen.

(Beifall CDU und FDP)

Wir Christdemokraten lassen uns dabei von dem Prinzip des freien und mündigen Bürgers leiten. In

vielen Städten und Gemeinden gibt es nicht einmal Auflagen, geschweige denn Kontrollen. Um bei der Wahrheit zu bleiben: Die Problematik endet nicht bei den Kohlenmonoxid-Überprüfungen in einzelnen Bars. Auch das hat der Minister schon erwähnt. Wir sprechen unter anderem über 22 % der Schülerinnen und Schüler aus den Klassenstufen 5 bis 10, die laut einer DAK-Studie bereits Tabak über eine Shisha geraucht haben. Wir müssen über den Verkauf und die Nutzung von nicht verzolltem Tabak sprechen, genauso auch über die Hygiene und den Schutz vor Infektionskrankheiten.

Herr Heinemann, Sie haben recht mit dem, was Sie zu den Mundstücken gesagt haben, aber es ist auch festgestellt worden, dass nicht nur die Mundstücke für Infektionen verantwortlich sind, sondern auch über die Schläuche können Infektionskrankheiten übertragen werden, sodass lediglich der Austausch des Mundstücks an dieser Stelle nicht ausreicht.

Das Land Bremen geht hier mit gutem Beispiel voran. Dort wurde ein vierseitiges Merkblatt entwickelt, unter anderem mit Informationen zur Einhaltung des Nichtraucherschutzgesetzes, der baurechtlichen Vorschriften und der Leitwerte hinsichtlich des Kohlenmonoxid-Ausstoßes. Das ist ein guter Ansatz, den wir ebenfalls prüfen sollten.

Mit einem entsprechenden Erlass können wir einheitliche Standards in unserem Land schaffen und dafür Sorge tragen, dass wir auch den Städten und Kommunen, die sich bisher nicht des Themas angenommen haben, klare Regeln mit auf den Weg geben.

Aus meiner Sicht ist es sinnvoll, die Gäste - das hat auch schon Erwähnung durch unseren Wirtschaftsminister gefunden - zum Beispiel mithilfe eines Informationsschildes auf den Gesundheitsschutz beim Gebrauch von Wasserpfeifen hinzuweisen. Auch Themen wie beispielsweise die Hygienevorschriften, der Umgang mit Feuer und Tabak sowie die Bereitstellung und Entsorgung der Kohle müssen in einem möglichen Erlass geregelt werden.

Weiterhin ist es sinnvoll, den Betreibern eine Dokumentationspflicht aufzuerlegen. So sollten auch Wartung und Pflege der technischen Anlagen, die Voraussetzung sein sollten, geprüft werden. Ebenso sollten Kohlenmonoxid-Leitwerte angesetzt werden. Diese gilt es dann natürlich auch zu dokumentieren.

Wir haben ein gemeinsames Ziel. Wir müssen dafür sorgen, dass Gäste und Angestellte der Shisha-Bars in unserem Land effektiv geschützt werden und wir für alle Betroffenen gewisse, aber auch klare Re-

(Wolf Rüdiger Fehrs)

geln aufstellen. Wir müssen einen ausgewogenen Dreiklang erreichen zwischen erstens den mündigen Bürgerinnen und Bürgern, die gern Wasserpfeife rauchen möchten, zweitens den Gewerbetreibenden, die dieses Angebot vorhalten, und drittens - mit höchster Priorität - einem maximalen Gesundheitsschutz. - Ich freue mich über den Bericht von Ihnen, Herr Dr. Buchholz. Das Thema ist bei unserer Landesregierung gut aufgehoben.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor wir in der Rednerliste fortfahren, begrüßen Sie bitte mit mir auf der Besuchertribüne weitere Schülerinnen und Schüler des Schulzentrums Sylt. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Dr. Marret Bohn das Wort.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal vielen Dank an unseren Wirtschaftsminister Bernd Buchholz dafür, dass Sie etwas Klarheit und frische Luft in diesen Shisha-Nebel gebracht haben, der hier in Kiel um sich greift. Es ist richtig und wichtig, dass diejenigen, die in Shisha-Bars gern ihre Freiheit genießen und Shisha-Nebel konsumieren wollen, dabei nicht eingeschränkt werden. Aber für mich ist diese Debatte in allererster Linie eine Debatte um den Gesundheitsschutz. Der ist die Voraussetzung, dass diejenigen, die das tun möchten, das auch ungefährdet tun können. Der Kollege Bernd Heinemann hat darauf hingewiesen, wie das mit dem Infektionsschutz und den Risiken aussieht. Da muss ich schon sagen: Je besser der Infektionsschutz ist, desto geringer ist die Gefahr, sich mit schwerwiegenden Erkrankungen zu infizieren und Folgekrankheiten zu riskieren. Deswegen ist das ein Gesichtspunkt, der sicherlich berücksichtigt werden muss.

Der zweite Punkt ist gerade von dem Kollegen der CDU angesprochen worden. Da bin ich bei den Prioritäten etwas anderer Meinung, aber insgesamt sind wir beim Ziel alle beieinander: Natürlich muss die Gesundheit sowohl derjenigen, die konsumieren wollen, als auch der Beschäftigten berücksichtigt werden. Die können sich nämlich nicht entscheiden, was gerade passiert. Da sehe ich eine große

Parallele zum Nichtraucherschutz. Ich bin sehr optimistisch, dass da eine gute Lösung auf den Weg gebracht werden wird.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Beifall Bernd Heinemann [SPD])

Ich bin dem Kollegen Bernd Heinemann sehr dankbar, dass er das Thema angesprochen hat. Im ersten Moment fragt man: Muss sich ein Landtag mit Shisha-Bars beschäftigen? - Je mehr wir uns fachlich im Arbeitskreis damit beschäftigt haben, desto mehr haben wir gemerkt: Es gibt dort sehr wohl Regelungsbedarf. Ich finde es sehr pragmatisch und anpackend zu sagen: Wir müssen nicht gleich ein großes Gesetz verabschieden. Ich finde es sinnvoll, das über einen Erlass zu regeln; denn - das haben wir gerade gehört - das war ganz schön knapp für den einen Besucher einer Shisha-Bar: Ein paar Minuten später wäre er tot gewesen. Das kann nicht in unserem Interesse sein.

Von den technischen Voraussetzungen her muss alles in Ordnung sein. Da sind wir beieinander. Es muss auch dokumentiert werden, die Belüftungen müssen in Ordnung sein, die Technik muss auf dem neuesten Stand sein, damit es eben nicht zur Gefährdung der Gesundheit kommt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hätte mir von dem sonst so zupackenden Oberbürgermeister der Stadt Kiel eigentlich gewünscht, dass er erst einmal selbst vor Ort nach Lösungen sucht. Er hat jetzt einen anderen Weg gewählt. Das ist für uns auch in Ordnung.

Ich glaube, wir sind bei diesem Thema alle einer Meinung. Wir werden diesen Erlass von der Landesregierung bekommen. Unter den fachlichen Gegebenheiten freue ich mich darauf, dass damit beim Rauchen in den Shisha-Bars - das ist ganz wichtig - auch der Kinder- und Jugendschutz berücksichtigt wird. Ich bin optimistisch, dass wir hier eine gute Lösung finden werden. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dennis Bornhöft das Wort.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Shisha ist mittlerweile buchstäblich in aller Munde, in den letzten Monaten aber leider hauptsächlich wegen negativer Schlagzeilen über bauliche Mängel oder zu hohe Monoxid-Konzentrationen in den Bars. Darüber hinaus wurde über mögliche Gefahren für Kunden durch Herpes, Hepatitis oder Schwermetalle berichtet, worauf sich auch der SPD-Antrag bezieht.

Im Vorwege dieser Beratung habe ich mich, da ich mehrere Betreiber von Shisha-Bars kenne, mit diesen auseinandergesetzt, und sie haben mir ein paar Punkte mitgegeben. Dabei ging es beispielsweise um die Belastung durch Schwermetalle. Es wurde gesagt, dies käme durch das Verbrennen des Brennstoffs, beispielsweise der Kohle, die zur Erhitzung verwendet wird. Das sollte bei - ich nenne sie einmal - anständigen Shisha-Bars ausgeschlossen sein, da dort Kokoskohle verwendet werde. Wo hingegen, wie das früher im Orient der Fall war, mit Holzkohle gearbeitet werde, sei ein enormer Anteil von Schwermetallen vorhanden. - Das soll so nicht sein.

Die Übertragung von Krankheiten wie Herpes, die überwiegend durch den Speichel übertragen werden, soll - das wurde schon erwähnt - durch das Verwenden von eingeschweißten Einwegmundstücken verhindert werden. Nun hat gerade ein Kollege im Vorwege erwähnt, dass Herpes übertragen würde, wenn man das Mundstück herumreichte. Das würde aber genauso passieren, wenn sich die Personen, die um die Shisha herumsitzen, küssen. Auch dann wäre natürlich ein Infektionsrisiko gegeben. Es hängt also nicht am Einwegmundstück allein - zumindest was Herpes betrifft.

(Heiterkeit und Beifall FDP)

Ein enorm großes Problem besteht allerdings hinsichtlich der Kohlenmonoxid-Belastung. Bisher gibt es keine spezifischen Vorgaben zu Belüftungsanlagen in diesen Bars und auch nicht für Kohlenmonoxid-Warner. Zwar lässt sich aus dem Gaststättenrecht und der Arbeitsstättenverordnung indirekt ableiten, dass natürlich ausreichend Atemluft vorhanden sein muss und dass Gäste wie Beschäftigte vor Kohlenmonoxid gewarnt werden sollten. Für den Schutz der Beschäftigten und der Kunden sind jedoch spezifische Vorgaben vonnöten.

Auf der einen Seite gibt es im Bereich von Shisha-Bars also zu wenig Auflagen, auf der anderen Seite gibt es aber teilweise rechtliche Vorgaben, die vielleicht zu weit gehen. So verbietet beispielsweise

§ 16 des Tabaksteuergesetzes, losen Tabak an Endverbraucher zu verkaufen. Herr Fehrs hat die Problematik mit nicht verzolltem Tabak gerade angeführt. Aber selbst bei bereits verzolltem Tabak ist es nicht zulässig, ihn in losen Mengen an den Endkunden weiterzureichen. Die kleinste Menge, die nach Vorgabe des Bundesfinanzministeriums an einen Endkunden, der sich eine Shisha-Pfeife bestellt, ausgegeben werden darf, beträgt 250 g. Ein normaler Shisha-Kopf fasst 30 g. Kaum ein Mensch wird in der Lage sein, diese Mindestmenge abzunehmen. Rechtlich ist es nun so, dass die restlichen 220 g vernichtet werden müssen. Sie dürfen nicht an einen anderen Kunden weiterverkauft werden. Das ist eine Vorgabe aus dem Steuerwesen und bezieht sich nicht auf die Produktqualität. Sie beschränkt einfach nur eine Shisha-Bar in ihrem Betrieb.

Warum erwähne ich das? Diese Ausführungen sollen zeigen, dass der Rechtsrahmen für Shisha-Bars generell, in vielen Aspekten, noch nicht dem Betrieb in diesen Gaststätten angepasst ist. Dies sollte sich unbedingt ändern, insbesondere wegen des Gesundheitsschutzes. Deswegen sprechen wir ja heute darüber.

Besonders wichtig sind die Vorgaben zur Belüftung und zu Kohlenmonoxid-Meldern. Eine Kohlenmonoxid-Vergiftung ist tückisch, hat immense Auswirkungen, kann Langzeitwirkungen haben und gar bis zum Tod führen. Wir würden sicherlich eine andere Debatte führen, hätte es besagter junger Mensch nicht geschafft. Daher ist es unstrittig, dass es genau hier Vorgaben geben muss, die im Zweifelsfall auch dazu führen, dass eine mangelhafte Shisha-Bar geschlossen wird und dauerhaft geschlossen bleibt.

Wenn alle Vorgaben eingehalten werden, stellt der Shisha-Konsum kein größeres Gesundheitsrisiko als zum Beispiel der regelmäßige Konsum von Zigaretten oder Alkohol dar. Das hat unter anderem der Herr Minister bereits dargestellt. Das Bewusstsein, dass die eigene Gesundheit durch das Rauchen oder das Cocktail-Trinken eher negativ als positiv beeinflusst wird, sollte man bei mündigen Gästen voraussetzen. Jeder volljährige Bürger hat aber das Recht, auch einmal unvernünftig zu sein, mit Freunden zum Gin-Tasting zu gehen oder sich auf einen Moloko oder eine Shisha zu treffen. Vermeidbare Kohlenmonoxid-Belastungen und etwaige Hygienemängel sind hingegen nicht akzeptabel. Sie sind ein Gesundheitsrisiko, sie sind von den Betreibern auszuschließen und müssen ausgeschlossen werden.

(Dennys Bornhöft)

Zum Abschluss möchte ich aus Gründen der kulturellen Vielfalt noch etwas anführen: Bei einer Shisha, die bekanntermaßen aus dem orientalischen Raum in unsere Jugendkultur importiert wurde, wird entspannt debattiert; man tauscht sich aus. Durch die wachsende Beliebtheit bringt das Shisha-Rauchen verschiedene Kulturen zusammen und sorgt damit auch für eine gewisse Völkerverständigung. Solche Anlässe und Möglichkeiten für ein interkulturelles Miteinander können wir derzeit in unserer Gesellschaft meiner Meinung nach gut gebrauchen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Frank Brodehl das Wort.

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Das Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens ist in Schleswig-Holstein seit Anfang des Jahres 2008 in Kraft. Das Ziel dieses Gesetzes ergibt sich klar aus dem Titel. Es soll nämlich Menschen vor den Gefahren des Passivrauchens schützen. Was für eine Zigarette gilt, muss auch für alle anderen Formen des Rauchens und somit auch für das Rauchen von Wasserpfeifen gelten.

Über den Trend der Shisha-Bars ist schon gesprochen worden. Auch ich als Nichtraucher und Mitvierziger fühle mich in dieser Atmosphäre der Shisha-Bars durchaus nicht unwohl. Diese Bars haben etwas Entspannendes und Kommunikatives. Gegen den Trend ist also im Grunde nichts einzuwenden. Aber bei Gesundheitsgefährdungen, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, hat der Gesetzgeber eine besondere Verantwortung, der er auch gerecht werden muss. Genau darum geht es heute.

Die steigende Popularität lässt sich unter anderem auch damit begründen, dass viele Konsumenten dem Irrglauben aufsitzen, dass der Konsum von Wasserpfeifen wesentlich weniger gesundheitsschädlich sei als das Rauchen von Zigaretten. Das ist ein gutes Beispiel für das, was wir als gefühltes Wissen bezeichnen. Wasserpfeifen sind selbstverständlich in keiner Weise eine harmlose Alternative zur Zigarette. Ganz im Gegenteil. Zigarette und Wasserpfeife enthalten die gleichen suchtfähr-

den und gesundheitsschädlichen Substanzen: Nikotin, Teer und Kohlenmonoxid.

Es kommt also auf den Inhalt an. Das wurde eben schon angesprochen. In diesem Zusammenhang herzlichen Dank für die Korrektur. Ich kann sie durchaus annehmen.

In der Tat ist es gerade das Kohlenmonoxid, das das Rauchen der Wasserpfeife besonders riskant macht. Der Tabak wird nicht wie beim Rauchen verbrannt, sondern er verkohlt. Das führt zu einer erhöhten Feinstaubbelastung und zu einer erhöhten Kohlenmonoxid-Konzentration. Diese erhöhte Belastung hat in der letzten Zeit bei nicht wenigen Konsumenten zu Vergiftungen geführt. Beim Thema Kohlenmonoxid - so habe ich es bisher verstanden - geht es aber primär um Kohlenmonoxid-Melder, Rauchmelder und Co. Für die Einhaltung der entsprechenden Regularien ist allerdings nicht der Landtag zuständig, sondern zuständig sind die Ordnungsämter vor Ort. Der Herr Minister hat schon auf die aus seiner und auch aus unserer Sicht ausreichende Gesetzeslage hingewiesen.

Wir bringen heute einen ergänzenden eigenen Antrag ein. Dabei streben wir zwei konkrete Ziele an. Es geht uns um standardisierte Methoden zur Gehaltsbestimmung gesundheitsgefährdender Stoffe im Wassertabakpfeifenrauch, darum, dass eine Kennzeichnungspflicht erreicht wird. Auch das klang eben in der Rede von Herrn Buchholz an.

Herr Heinemann, Ihre Korrektur kann ich durchaus annehmen. Was aber bleibt, ist, dass wir uns über eine Kennzeichnungspflicht Gedanken machen müssen.

Zweitens möchten wir, dass sich Schleswig-Holstein auch auf Bundesebene dafür einsetzt, dass dem großen Thema Wasserpfeifenrauchen von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung viel mehr Gewicht als bislang eingeräumt wird. Hier hat es zwar vereinzelt Initiativen gegeben, aber eine breit angelegte Aufklärungskampagne ist meines Wissens bislang nicht durchgeführt worden. Das gilt auch für die Landesebene.

In jedem Fall muss mehr zur Aufklärung getan werden als bisher. Es kann nicht sein, dass sich Otto Normalverbraucher hauptsächlich durch Zeitungsmeldungen informiert. Hier sehen wir Handlungsbedarf. Das möchten wir mit unserem Antrag zum Ausdruck bringen.

Dass Handlungsbedarf besteht, wurde in dieser kurzen Debatte deutlich. Deswegen bitten wir um eine

(Dr. Frank Brodehl)

Überweisung unseres Antrags in die Ausschüsse Wirtschaft, Soziales und Inneres. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für den SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer das Wort.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Der kennt sich auch aus!)

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir alle haben in den Medien von Fällen lesen müssen, in denen Menschen nach dem Aufenthalt in einer Shisha-Bar zusammenbrechen. Rund um den Jahreswechsel ist das allein in Kiel zweimal vorgekommen. Das lag nachweislich nicht an übermäßigem Alkoholkonsum oder irgendwelchem jugendlichen Leichtsinn. Diese Fälle sind auch keine Kleinigkeiten, sondern es handelt sich um lebensgefährliche Kohlenmonoxid-Vergiftungen. Wir haben gehört, dass das fast ein Leben gekostet hätte. Noch dazu scheint die Zahl der Vergiftungen bundesweit zuzunehmen. All das ist aus Sicht des SSW ohne Zweifel besorgniserregend. Es ist natürlich Grund genug, dieses Thema hier im Landtag zu diskutieren.

Wenn ich mich in meinem Wahlkreis umhöre, stelle ich fest, dass Shishas längst nicht allen bekannt sind - zumindest nicht allen Generationen. Selbst wenn man sie kennt, hat man oft nur gefährliches Halbwissen. Noch dazu geht die Tendenz oft dahin, Shisha-Rauchen für weit weniger schlimm zu halten, als das Rauchen herkömmlicher Zigaretten. Wenn es stimmt, dass der Qualm viel mehr nach Früchten oder Schokolade als nach Tabak riecht, ist das eigentlich auch nicht verwunderlich. Aus Sicht des SSW wird damit zumindest deutlich, dass es an Aufklärung fehlt.

Spätestens wenn man mit Medizinern oder Suchtexperten spricht, wird dieser Eindruck bestätigt. Es ist nun einmal Fakt, dass in aller Regel auch Tabak und keine reinen Kräutermischungen geraucht werden. Deshalb weist unsere Landesstelle für Suchtfragen seit Jahren darauf hin, dass beim Shisha-Rauchen durchschnittlich sogar mehr Nikotin und nicht weniger krebserregende Stoffe aufgenommen werden als beim Rauchen von Zigaretten. Auch das Robert-Koch-Institut zeigt regelmäßig, dass die Gesundheitsrisiken mit denen von Zigarettenrauchern vergleichbar sind. Die SPD argumentiert in ihrem

Antrag völlig zu Recht mit Zusatzgefahren wie etwa der Übertragung von Infektionskrankheiten. Leider bestätigt sich oft der Eindruck, dass diese Risiken unterschätzt werden.

Der SSW sieht bei diesem Thema eindeutigen Handlungsbedarf. Gleichzeitig muss klar sein, dass weder eine Verharmlosung noch eine Verteufelung angebracht sind. Wie erwähnt, ist hier umfassende und sachliche Aufklärungsarbeit gefragt. Auch wenn dabei in erster Linie viele an Schülerinnen und Schüler denke, sollte man die Erwachsenen nicht vergessen. Insgesamt gibt es noch sehr viel Luft nach oben. Deshalb sollte auch die Landespolitik in sich gehen und genauer schauen, wen man zu diesem Zweck vielleicht noch besser unterstützen kann. Aus Sicht des SSW ist das das Mindeste, was wir für den Gesundheitsschutz in diesem Bereich tun können.

Auch mit Blick auf eventuell nötige weitere Schritte halte ich einen sachlichen Umgang für sehr wichtig. Natürlich steht der Gesundheitsschutz der Verbraucherinnen und Verbraucher und derjenigen, die in Shisha-Bars arbeiten, an oberster Stelle. Gleichzeitig gibt es andere wirtschaftliche Interessen. Ohne Frage müssen die Betreiber stärker in die Pflicht genommen werden, wenn es zum Beispiel um konsequente Alterskontrollen geht. Denn die Tatsache, dass das Rauchen von Wasserpfeifen erst ab 18 Jahren erlaubt ist, wird offenbar nicht von allen gleich streng gesehen und gehandhabt.

Bei weitergehenden Maßnahmen sollten wir auf das richtige Maß achten und für einen angemessenen Ausgleich aller Interessen sorgen. Vor allem sollten wir uns mit Nachdruck dafür einsetzen, dass in Zukunft deutlich stärker über Risiken und Gefahren des Shisha-Rauchens aufgeklärt wird. - Jo tak.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte begrüßen Sie mit mir erneut weitere Schülerinnen und Schüler des Schulzentrums Süd. - Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall)

Des Weiteren begrüßen wir Vertreterinnen und Vertreter der IG Therapeuten Schleswig-Holstein mit ihrer Vorsitzenden Swanhild Priestley. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Bernd Heinemann.

Bernd Heinemann [SPD]:

Ich muss noch etwas richtigstellen. Es handelt sich um einen mündlichen Bericht. Daher ist klar, dass eine Beratung nur über die Selbstbefassung in den Ausschüssen geht. Ich bitte Sie, Herr Minister, den Ausschüssen das Ergebnis Ihrer Erlassbemühungen bekannt zu machen und ihnen das über die Vorsitzenden, Herrn Kalinka, Herrn Dr. Tietze und Frau Ostmeier, zuzuleiten. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn dies möglich wäre. Dann ist die Selbstbefassung in den Ausschüssen umso leichter. - Vielen Dank dafür.

Zum AfD-Antrag habe ich schon gesagt: Er ist hier völlig fehl am Platz.

(Beifall Dennys Bornhöft [FDP])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Die Fraktionen haben alle noch Redezeit. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe somit die Beratungen.

Ich stelle zunächst fest, dass der Berichts Antrag Drucksache 19/430 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Wir haben noch über den Antrag der Fraktion der AfD, Drucksache 19/476 (neu), abzustimmen. Es ist beantragt, den Antrag Drucksache 19/476 (neu) dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Überweisung gegen die Stimmen der AfD mit den Stimmen aller anderen Abgeordneten abgelehnt.

Wir kommen nun - -

(Bernd Heinemann [SPD]: Wir müssen jetzt noch in der Sache abstimmen!)

- Entschuldigung, das habe ich übersehen. - Demzufolge stimmen wir jetzt in der Sache ab. Es ist beantragt worden, über den Antrag Drucksache 19/476 (neu) in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Damit ist der Antrag gegen die Stimmen der AfD mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SPD und SSW ohne Enthaltung abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 23 auf:

Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen schuldgeldfrei gestalten

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/437

Gesundheitsfachberufe fördern

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/479

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Ich eröffne hiermit die Aussprache. Das Wort hat für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Birte Pauls.

Birte Pauls [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Therapeutenberufe sind ein unverzichtbarer Teil unseres Gesundheitswesens. Sie helfen, Selbstständigkeit zu erhalten oder wiederherzustellen. Durch Therapien können Medikamente reduziert, Operationen verhindert, Schmerzen gelindert, Pflegebedürftigkeit hinausgezögert und Lebensqualität gesichert werden. Therapien verkürzen Krankheitszeiten und stellen die Arbeitsfähigkeit wieder her. Sie können Kindern mit angeborenen Schwächen Sicherheit und Selbstbewusstsein geben und ihnen so einen besseren Start in ein eigenständiges Leben ermöglichen. Ihre Erfolge sind nachweisbar und werden daher immer häufiger von Ärzten verordnet. Hinzu kommt der wachsende Bedarf an Therapeuten durch eine immer älter werdende Gesellschaft.

Aber der Fachkräftemangel ist auch in diesem Bereich bereits bittere Realität. Immer mehr Patienten finden keine Therapeuten für eine zeitnahe Behandlung und können die von den Kassen vorgeschriebene 14-Tage-Frist für den Behandlungsbeginn nicht einhalten.

Noch schwieriger wird es, wenn Hausbesuche erforderlich sind.

Einer Studie mit dem Titel „Ich bin dann mal weg“ zufolge planen 67 % der 1.000 befragten Therapeuten aus den Berufsgruppen Physiotherapie, Ergotherapie und Logopädie einen Berufsausstieg. Gleichzeitig hat die Zahl der Physiotherapieschüler nach Angaben des Bundesinstituts für Berufsbildung um 30 % abgenommen. Davon ist nicht nur der Berufsstand betroffen, sondern auch die Schulen, die unter einem enormen finanziellen Druck leiden.

Die Antwort der Landesregierung auf meine Kleine Anfrage zum gleichen Thema hat deutlich gemacht, dass wir in Schleswig-Holstein insgesamt

(Birte Pauls)

1.874 Schulplätze für die Ausbildung in den Bereichen Physiotherapie, Ergotherapie und Logopädie haben. Hinzu kommen 65 Studienplätze. Ein Grund für den Rückgang der Schülerzahlen ist das hohe Schulgeld, das zwischen 300 und 400 € monatlich liegt, abhängig von der Schule. Das ist für viele junge Menschen schlichtweg nicht zu finanzieren.

Nicht alle bekommen BAföG. Der anschließende durchschnittliche Verdienst liegt nach dreijähriger Ausbildung bei 11 € bis 15 € brutto. Verpflichtende Fortbildungen müssen ebenfalls selbst finanziert werden. Erschwerend kommen Arbeitsbedingungen hinzu, die zunehmend zur Berufsflucht führen: Verdienstaufschläge, wenn Patienten nicht zur Behandlung erscheinen, zunehmende Arbeitsverdichtung, hoher bürokratischer Aufwand, keine Lobby und wenig Wertschätzung. In den Praxen wie auch in den Kliniken wächst der Frust in den jeweiligen Berufsgruppen.

Wir haben hier einen dringenden Handlungsbedarf. Deshalb greift der kurzfristig eingereichte Alternativantrag der regierungstragenden Parteien auch ein bisschen zu kurz. Es ist gut und richtig, dass wir in Schleswig-Holstein Medizin kosten- und gebührenfrei studieren können. Es ist gut und richtig, dass die Pflegeausbildungen mittlerweile gebührenfrei sind. Noch besser und noch richtiger wäre es, die Ausbildung aller Gesundheitsberufe in Schleswig-Holstein gebührenfrei zu gestalten.

(Beifall SPD und vereinzelt SSW)

Dazu gehören dann auch die anderen jetzt hier nicht erwähnten Berufe der Heilmittelerbringer.

Wir wollen Gesundheitsland sein. Vernetzte Gesundheit, hieß es in der letzten Woche. Dazu gehören auch, und das haben wir hier in den verschiedenen Debatten immer wieder betont, eine sektorenübergreifende Versorgung, eine gute Kommunikation und die ganzheitliche Betrachtung des Menschen. Dazu gehören neben Ärzten, Krankenhaus, Pflege und so weiter eben auch die Therapeuten.

Die Regierung schießt jetzt auf die beschlossene Bund-Länder-Arbeitsgruppe, die bis Ende 2019 einen Aktionsplan zur Neustrukturierung der Gesundheitsfachberufe vorlegen soll. Die SPD hat ja bereits eine gebührenfreie Ausbildung in den Gesundheitsberufen in die vorliegenden Sondierungspapiere hineinverhandelt. Auch das ist gut so, aber darauf können die Therapeuten und damit die Patientinnen und Patienten in diesem Land nicht warten. Auch 2013 hatte die GroKo die Pflegeberufereform beschlossen, die 2017 kam, mit einer Umsetzung bis 2020. Sie sehen, das wird eng.

Hätte die Küstenkoalition nicht schon vorher 900 zusätzliche Ausbildungsplätze in der Pflege finanziert, müssten die Auszubildenden in Schleswig-Holstein immer noch Schulgeld zahlen. Das tun sie seit 2015 nicht mehr.

Wir haben Geld genug. 2011 war fehlendes Geld die Ausrede dafür, dass die Anzahl der Plätze nicht erhöht werden konnte. Das ist jetzt in der Tat keine Ausrede mehr für politisches Nichtstun. Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, den Therapeutenberuf in Schleswig-Holstein durch die schrittweise Kostenübernahme, wir wissen, dass dies nicht alles auf einmal geht, die Ausbildung zu sichern, so, wie wir es in der Altenpflegeausbildung auch gemacht haben, und nicht auf mögliche Lösungen vom Bund zu warten. Die SPD möchte die Probleme der Therapeuten in den politischen Fokus rücken. Deshalb beantragen wir, den Antrag an den Sozialausschuss zu überweisen. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die CDU-Fraktion hat Frau Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann das Wort.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gerechter Lohn für gleichwertige Arbeit; ich glaube, das ist ein Ziel, das uns hier alle verbindet und das wir alle verfolgen. Allerdings verfolgen wir dieses Ziel mit zahlreichen und sehr unterschiedlichen Maßnahmen, Methoden und Bemühungen und mit unterschiedlichen Erfolgen. Der vorliegende Antrag macht eines deutlich: In der Ausbildung besteht bei einer Vielzahl der Gesundheitsfachberufe noch erheblicher Nachbesserungsbedarf. Hier existieren strukturelle Ungleichheiten, die wir auflösen wollen.

Meiner Meinung nach ist ein Punkt zentral. Es ist nur schwer zu vertreten, dass so gut wie in allen Ausbildungsberufen im Handwerk eine Ausbildungsvergütung gezahlt wird. Bei den Gesundheitsfachberufen ist das jedoch nicht der Fall. Je nach Branche fällt die Vergütung zwar in einer sehr unterschiedlichen Höhe aus, doch so etwas wie ein Schulgeld gibt es im Handwerk überhaupt nicht, jedenfalls ist mir kein Fall bekannt. Mehr noch, es wird sogar über eine kostenlose Meisterprüfung gesprochen.

(Katja Rathje-Hoffmann)

Eine ganz andere Situation stellt sich uns in den Gesundheitsfachberufen dar. Dort muss der Auszubildende noch Geld mitbringen, um seine Ausbildung zu finanzieren. Das nennt sich Schulgeld. Folgende Zahlen möchte ich hierzu nennen: Das monatliche Schulgeld beträgt durchschnittlich ungefähr 460 € für einen Fachschulbesuch. Auf die gesamte Ausbildungsdauer gerechnet, kommen schon einmal 17.000 € zusammen. Ich finde, da sollten wir uns selbst die Frage stellen: Würden wir unseren eigenen Kindern dazu raten, so einen Beruf zu ergreifen? Häufig müssen Eltern für den Schulbesuch ihrer Kinder ein Darlehen oder einen Kredit aufnehmen, um diesen zu finanzieren. Das ist eigentlich kaum vorstellbar, doch das ist die traurige Realität.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als frauenpolitische Sprecherin muss ich noch auf einen weiteren Aspekt hinweisen. Es sind vornehmlich Berufe, die Frauen ergreifen, in denen man ein Schulgeld zu zahlen hat. Ich glaube, auch darüber muss man einmal nachdenken. Meiner Meinung nach haben wir deshalb die gesellschaftliche Pflicht, diese Ungleichheit abzubauen und schnellstmöglich zu beenden. Jamaika hat hier schon einen Aufschlag gemacht. Wir werden die Anzahl der vom Land geförderten Ausbildungsplätze in der Altenpflege erhöhen, und wir wollen das Schulgeld deutlich aufstocken, über den im Haushaltsentwurf veranschlagten Wert hinaus. Dieser Schritt kann aber nur ein Anfang sein und darf uns nicht zufriedenstellen, denn bei anderen Gesundheitsfachberufen ist das noch eine Zukunftsvision.

An der Zukunft für Deutschland wurde in den vergangenen Wochen in Berlin gefeilt. Nun gibt es hier Zeichen, die Hoffnung machen. Ein Ergebnis wurde in dem Sondierungspapier von CDU, CSU und SPD niedergeschrieben. Es besagt Folgendes: Strukturelle Ungleichheiten von Frauen am Arbeitsmarkt, die zur Entgeltlücke wesentlich beitragen, wollen wir gezielt abbauen. Dazu werden wir unter anderem finanzielle Ausbildungshürden bei Sozial- und Pflegeberufen abbauen, und wir streben eine Ausbildungsvergütung an.

Ein paar Seiten weiter steht: Wir wollen das Schulgeld für die Ausbildung in den Heilberufen abschaffen, so wie es bei den Pflegeberufen bereits beschlossen wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, ich schaue einmal bewusst zu Ihnen. Das ist doch ein Aufschlag. Sie sollten als Genossinnen und Genossen die nächsten Verhandlungen weiter gut begleiten und dann sehen, dass diese Absichtserklärung

auch Realität wird. Das wäre schön und eine gute Perspektive für uns.

(Beifall CDU, FDP, Wolfgang Baasch [SPD] und Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Weil Sie das eben für sich reklamiert haben: Wir als CDU haben dies schon in unserem Wahlprogramm zur letzten Bundestagswahlkampagne gehabt. So ganz neu ist das für uns nicht. Wir als Jamaika-Koalition sind uns jedenfalls einig, dass wir losgelöst von den laufenden Verhandlungen in Berlin Wege prüfen wollen, wie wir die Ausbildungssituation in den Gesundheitsfachberufen verbessern können und wie eine Kostenfreiheit der Ausbildung realisiert werden kann,

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- vielen Dank, Marret - denn eines steht fest: In der Zeit einer immer älter werdenden Bevölkerung, die mehr Unterstützung und verschiedene Therapien der Gesundheitsberufe benötigt, ist es notwendig, dass wir gerade diese Berufe stützen und unterstützen und dass wir sie attraktiv gestalten. Schulgeld ist nicht unbedingt etwas, was attraktiv ist.

(Beifall CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Bedarf an therapeutischen Behandlungen und eben diesen Fachleuten steigt seit vielen Jahren kontinuierlich. Der kritische Punkt ist aber, dass sich weit weniger Menschen für diesen Beruf entscheiden. Es gibt schlichtweg zu wenig Bewerberinnen und Bewerber für diesen Beruf. Die Situation ist paradox. Schulgelder müssen der Vergangenheit angehören. Das sagen wir. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Dr. Marret Bohn das Wort.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen endlich kostenfrei zu stellen, ist eine der besten Investitionen in unsere Zukunft, die ich mir vorstellen kann. Wir brauchen junge und motivierte Menschen, die in diese Berufe gehen und möglichst auch ihr Berufsleben lang dort bleiben.

(Dr. Marret Bohn)

Dazu gehören für mich Berufe in der Pflege, in der Physiotherapie, in der Logopädie und in der Ergotherapie. Die Kollegin Birte Pauls hat das gerade eben alles schon aufgezählt. Alle Gesundheitsfachberufe sind wichtig für uns. Wir müssen dafür sorgen, dass es zu Verbesserungen kommt. Sie gehören für uns alle zum Fundament der Daseinsvorsorge.

Eines ist aus der Debatte eben auch schon klar geworden: In den Gesundheitsfachberufen klafft zwischen Nachfrage und Angebot eine riesige Lücke. Diese Lücke wird nicht kleiner, sie wird immer größer. Deswegen ist der Handlungsbedarf riesig. Ich freue mich, dass der vorliegende Antrag der Kollegin Birte Pauls Anlass dazu ist, dass wir von Jamaika einen eigenen Antrag auf den Weg bringen und zusehen, dass wir endlich in die Hufe kommen; denn so, wie es jetzt läuft, kann es nicht weitergehen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Wenn junge Menschen daran gehindert werden, einen Beruf zu ergreifen, weil das Geld nicht ausreicht, dann müssen wir doch alles dafür tun, um ihnen die Steine aus dem Weg zu räumen und den Weg zur Ausbildung freizumachen. Wir sollten uns darüber freuen, dass sie in die Gesundheitsfachberufe gehen, dass sie dort für die Gesundheit sorgen und sich um die Menschen, die ihnen anvertraut werden, kümmern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen heute das säen, was wir morgen und übermorgen ernten wollen. Bei dem Thema kennt sich der Kollege Rickers ganz besonders gut aus.

(Heiner Rickers [CDU]: Gut erkannt!)

Ich finde, es ist ein Treppenwitz der Sozialpolitik, dass ausgerechnet in den Gesundheitsfachberufen, bei der Daseinsvorsorge bisher für die Ausbildung bezahlt werden musste. Wir haben eben schon darauf hingewiesen: Es ist uns in den letzten Jahren Schritt für Schritt gelungen, bei der Altenpflege einen Riesenschritt nach vorne zu kommen. Der war aber auch bitter nötig. Ich bin mir sicher, dass wir bei den Gesundheitsfachberufen auch weiter nach vorne kommen. Das ist genauso bitter nötig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn diese jungen Menschen dann diesen Beruf ergreifen, ist das Schulgeld das eine. Das andere aber ist die Anzahl der in den Ausbildungsberufen Tätigen. Nach unserer Einschätzung wird, wenn das Schulgeld abgeschafft ist, die Anzahl der Interessenten hoffentlich

steigen. Das wäre sehr sinnvoll; denn je mehr qualifizierte Menschen wir für die Gesundheitsfachberufe gewinnen, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Menschen, die Hilfe brauchen, diese auch erhalten können und die Versorgung gewährleistet werden kann. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Dennys Bornhöft das Wort.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Viele Berufe im Gesundheitswesen erfahren wiederkehrend nicht die gesellschaftliche oder auch finanzielle Wertschätzung, die ihnen insbesondere im Hinblick auf die zugrundeliegenden Arbeitsbedingungen zukommen müsste.

(Werner Kalinka [CDU]: Sehr gut!)

Wir haben nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern in ganz Deutschland mit einem Fachkräftemangel zu kämpfen. In fast allen Branchen kommt man nicht hinterher, so viele Menschen auszubilden, wie aufgrund von Altersabgängen oder steigenden Bedarfen zwingend benötigt werden. Dieser Fachkräftemangel herrscht vor allem in den handwerklichen Berufen, in der Gastronomie und insbesondere in den sozialen Gesundheitsberufen.

Die Vorstellung, dass jemand, der sich dafür entscheidet, in einen Ausbildungszweig zu gehen, in dem großer Personalmangel herrscht und der im Zweifelsfall nicht zu den Hochlohnjobs gehört, auch noch ein Schulgeld bezahlen muss, stimmt doch nachdenklich. Die Situation, in der sich manche Auszubildende in den Gesundheitsfachberufen befinden, erstaunt vor allem dann, wenn man sieht, dass beispielsweise bei handwerklichen Berufen relativ selbstverständlich versucht wird, die Kosten für den Meisterabschluss zu beseitigen. Zur Klarstellung: Ich finde es gut und richtig, dass die Kosten für einen angehenden Meister wegfallen sollen. Aber auch bei den Gesundheitsfachberufen sollte der gesellschaftliche und politische Wille da sein, um für eine Beitragsfreiheit der Auszubildenden einzustehen.

Es ist davon auszugehen, dass die politische Forderung, prinzipiell alle Gesundheitsfachberufe vom Eigenbeitrag der Azubis freizustellen, von allen

(Dennys Bornhöft)

Fraktionen geteilt wird. Die große Frage ist hier aber: Wie soll das geschehen, und wie soll das finanziert werden? Hierzu gibt es verschiedene Modelle. In einem Gespräch, das ich mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband geführt habe, wurde der Weg des Systemwechsels von der schulischen hin zur dualen Ausbildung in den Gesundheitsberufen besonders hervorgehoben. Dies wäre meiner Meinung nach jedoch ein immenser Kraftakt für alle Akteure, und für die Umsetzung würden vermutlich mehrere Jahre benötigt, zum Beispiel um die neuen Ausbildungskonzepte zu erstellen, die dann erforderlich sind. Offen muss hier auch die Frage der Finanzierung bleiben.

Eine andere Option wäre es, die Schulgeldfreiheit durch eine Erhöhung der öffentlichen Förderung zu gewährleisten. Auch hier ist völlig unklar, wer das bezahlen soll. Aufgrund der Pflegeberufereform, dem Wechsel zur generalistischen Ausbildung, greift der Bund den Betroffenen deutlich stärker mit finanziellen Mitteln unter die Arme und sorgt dafür, dass die Pflegeausbildung für die Azubis kostenfrei wird. Zusätzlich sollen die Azubis laut Veröffentlichung des Bundesgesundheitsministeriums künftig eine angemessene Ausbildungsvergütung erhalten. Es ist auf jeden Fall zu prüfen, ob nicht alle Gesundheitsfachberufe auf diese Weise zu fördern sind, statt ein großes Konglomerat an unterschiedlichen Finanzierungswegen für ähnliche Berufszweige aufzustellen.

Frau Merkel und die Herren Schulz und Seehofer zumindest haben sich hier offenbar schon entschieden. Schließlich steht im Sondierungspapier, hinter dem zumindest eine knappe Mehrheit der SPD-Delegierten steht: Wir wollen das Schulgeld für die Ausbildung in den Heilberufen abschaffen, wie es für die Pflegeberufe bereits beschlossen wurde. Wenn eine künftige Bundesregierung diesen Weg für den einzig richtigen hält, so möge sie ihn bitte auch gehen. Ich kann dann nur hoffen, dass es sich bei dieser Ankündigung nicht um eine Mogelpackung handelt, wie es zum Beispiel bei der angeblichen Abschaffung der Kita-Elternbeiträge der Fall ist, die im Sondierungspapier steht.

(Thomas Hölck [SPD]: Erst weglaufen und dann Ratschläge geben!)

- Natürlich, Herr Hölck, gerne. Ich habe noch ein paar mehr auf Lager. - Angeblich sollen Kita-Elternbeiträge abgeschafft werden, aber am anderen Ende wird den Ländern fast die gleiche Summe wieder genommen. Das ist etwas schwierig. Damit schafft man die Finanzierung zumindest nicht.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Da appelliere ich an die etwas kleiner gewordene Große Koalition, da noch einmal etwas genauer hinzugucken. Aber der Weg, der dort steht, so denn der Bund sich nicht wieder weiter zurückzieht und die Länder im Regen stehen lässt, wäre unserem Empfinden nach der richtige.

Um zunächst besser quantifizieren zu können, wie sehr und wo der Schuh bei der Finanzierung der schulischen Ausbildung in unserem Land drückt, benötigen wir eine detaillierte Auswertung. Wir müssen klar sowohl die heutigen als auch die zukünftigen Bedarfe benennen können, um im nächsten Schritt dafür zu sorgen, dass ausreichend Nachwuchs für die Gesundheitsfachberufe vorhanden ist. Daher bitten wir die Landesregierung, eine entsprechende Bestandsaufnahme auf den Weg zu bringen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und vielleicht noch den einen oder anderen Vorschlag von Ihnen, Herr Hölck, oder der SPD-Fraktion. - Danke.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Frank Brodehl das Wort.

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Gäste! Mit den Folgen dessen, was allenthalben euphemistisch als demografischer Übergang verniedlicht wird, werden wir uns in diesem Haus noch sehr oft beschäftigen. Heute geht es um den Fachkräftemangel in den Gesundheitsfachberufen.

Ja, wir haben ein Problem, und das Problem wird sich noch verschärfen, wenn wir nicht handeln. Und ebenso ja, therapeutische Behandlungen stellen einen unverzichtbaren Bereich in der Gesundheitsvorsorge dar. Wir müssen aber auch sehen, mit diesem Problem steht der Berufszweig nun wahrlich nicht alleine da; denn aufgrund des fehlenden Nachwuchses gibt es in immer mehr Berufen einen Mangel an gut ausgebildeten und qualifizierten Arbeitskräften. Einen Alleinstellungsanspruch hat dieser Bereich der Gesundheitsfachberufe somit aus unserer Sicht nicht.

(Dr. Frank Brodehl)

Dieses Problem des Fachkräftemangels werden wir auch mit Geld allein nicht lösen können. So klingt es auf den ersten Blick, wenn man den Antrag liest. Wir als AfD-Fraktion sagen ganz klar: Mit Geld allein machen wir es nicht; vielmehr müssen wir gemeinschaftlich darüber nachdenken, wie wir es schaffen, junge Menschen gerade für die sozialen Berufe in Gänze zu begeistern. Wie können wir ihnen den Zugang zu der Freude vermitteln, die es macht, mit Menschen umzugehen? Das ist nach unserer Ansicht die primäre Aufgabe, die wir gesamtgesellschaftlich lösen müssen.

Dann schreiben Sie in Ihrem Antrag, dass Sie die Ausbildungskosten schrittweise schulgeldfrei stellen wollen. Offen bleibt aber - darauf haben Sie eben hingewiesen -, wie diese Schritte konkret aussehen könnten. Auch über die Kosten beziehungsweise die Finanzierung sprechen Sie nicht.

Auch wenn wir das Anliegen Ihres Antrags auf jeden Fall sympathisch und wichtig finden, ist der Lösungsansatz für uns auf den ersten Blick zu kurz gedacht. Wie gesagt, zur Finanzierung machen Sie leider überhaupt keine Vorschläge.

(Birte Pauls [SPD]: Haushaltsberatungen!)

Meine Damen und Herren, zu meinen, dass eine staatliche Subventionierung von Ausbildungsplätzen das Problem bei der Findung guten Personals beseitigen könnte, ist ein möglicher Zugang, aber nicht der Königsweg. Zielführender wäre es unserer Meinung nach, ein breit angelegtes Konzept zur Nachwuchsgewinnung zu entwickeln. Da das Geld nicht vom Himmel fällt, sollten wir uns auf die wichtigsten Ausbildungsberufe im sozialen Bereich fokussieren. Lassen Sie uns also im Ausschuss darüber beraten, wie man das Problem des Fachkräftemangels in den Gesundheitsberufen pragmatisch und nachhaltig angehen kann.

Heute Mittag wurde von der Jamaika-Koalition ein Alternativantrag vorgelegt. Er geht in die gleiche Richtung und klingt selbstverständlich vernünftig. Die von mir eben erwähnte Fokussierung auf bestimmte Bereiche - Thema: Schulgeld für die Ausbildung in der Altenpflege - findet sich auch hier. Wenn man weiterliest, findet man auch die karibische Perspektive der kostenfreien Ausbildungsgänge, aber mit der Einschränkung, dass das Geld vom Bund kommen soll. So schreiben Sie es in Ihrem Antrag.

Wir erwarten eine verzwickte Situation: Hier eine Jamaika-Koalition und in Berlin die GroKo. Wir von der AfD-Fraktion können Ihnen versprechen, dass wir unser Allerbestes geben werden, um unse-

ren Berliner Haushaltsausschussvorsitzenden genau zu instruieren, wie er mit den zu erwartenden unterschiedlichen Auffassungen zwischen Kieler Jamaika-Koalition und Berliner GroKo umgehen kann. Wichtig für uns als AfD ist, dass das Thema heute angesprochen worden ist und nun in den Ausschüssen beraten wird; denn die Gesundheitsfachberufe sind schon jetzt unverzichtbar und werden in Zukunft noch viel weniger verzichtbar sein. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für den SSW hat das Wort der Abgeordnete Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Im Sauerland ist die Ausbildung für Ergo- und Physiotherapeuten schulgeldfrei. Möglich wurde das durch ein neues Trägermodell: Krankenhaus und Bildungsstätte kooperieren als gemeinsamer Träger der Ausbildung, sodass die Kosten für die Ausbildung über die Krankenkassen refinanziert werden können. Die Auszubildenden zahlen seit dem 1. Mai 2017 nicht mehr 410 € im Monat. Sie zahlen gar kein Schulgeld mehr. Eine Pille, die die Ausbildungsträger dabei schlucken mussten, ist die Einschränkung ihrer Unabhängigkeit.

Zwei Konsequenzen hat dieses Modell, das inzwischen weiter Schule gemacht hat, für Schleswig-Holstein.

Erstens. Das Land Schleswig-Holstein riskiert, motivierte und engagierte junge Menschen, die sich für die Ausbildung zum Ergo- oder Physiotherapeuten interessieren, an die schulgeldfreien Anbieter in anderen Bundesländern zu verlieren. Die Träger dort werben nämlich sehr offensiv um Bewerberinnen und Bewerber, indem sie das Wort „schulgeldfrei“ ganz oben auf ihre Internetseite schreiben. Niemand soll lange im Internet suchen müssen: Nur ein Tastendruck, und man findet viele schulgeldfreie Plätze. Hamburger Schulen werben ungeniert um Interessenten aus dem Nachbarland. Diese innerdeutsche Schieflage führt zum Abwandern aus der Region, zum Abwandern aus Bundesländern, in denen Schulgeld gefordert wird. Man weiß ja aus anderen Bereichen, dass die ausgebildeten Fachkräfte in den seltensten Fällen wieder zurückkehren. Wir graben uns also selbst das Wasser ab, wenn wir nicht mittelfristig effektive Maßnahmen ergreifen,

(Flemming Meyer)

um die therapeutische Ausbildung in Gesundheitsfachberufen schulgeldfrei anbieten zu können.

Zweitens. Die Lösung einer gemeinsamen Trägerschaft von Krankenhaus und freier Bildungsstätte im Sauerland zeigt, dass bereits heute, im Januar 2018, die schulgeldfreie Ausbildung in den gesundheitstherapeutischen Berufen möglich ist, ohne dass Bundes- oder Landesregierung als Gesetzgeber tätig werden müssen. Fehlt es an entsprechender Beratung oder Wissen bei den Trägern? Oder warum nutzen die Ausbildungsstätten diese Möglichkeit nicht?

Ausdrücklich möchte ich an dieser Stelle die solide Ausbildungsleistung der hiesigen Träger loben. Sie machen eine unheimlich gute Arbeit. Die von ihnen ausgebildeten Fachkräfte finden unmittelbar nach Ausbildungsende eine Anstellung im Gesundheitswesen.

Eines muss klar sein: Der Staat muss dafür Sorge tragen, dass eine ausreichende Anzahl Therapeutinnen und Therapeuten zur Verfügung steht, und zwar wohnortnah und flächendeckend. Die erste Ausbildung muss meiner Meinung nach kostenfrei sein. Diese Grundsätze müssen auch und gerade im Gesundheitsbereich gelten. Es musste erst zu einem massiven Fachkräftemangel kommen, damit das Thema der ungerechten Ausbildung überhaupt auf der Ebene der Bundespolitik wahrgenommen wurde. Jetzt ist es fast schon zu spät.

Es drohen Versorgungsengpässe im therapeutischen Bereich, und das mit fatalen Folgen. Wenn beispielsweise Menschen nach einem Schlaganfall oder einem Sturz nicht umgehend therapiert werden, droht die Pflegebedürftigkeit. Das kommt die Patienten dann im wahrsten Sinne teuer zu stehen. Sind sie auf den Rollstuhl angewiesen oder können sich nicht mehr selbständig anziehen, müssen sie die Hilfe eines Pflegedienstes in Anspruch nehmen, oder die Angehörigen müssen die Pflege übernehmen. Das ist meiner Meinung nach unhaltbar.

Darum unterstützt der SSW die Abschaffung des Schulgeldes. Ich wünsche mir, dass wir nicht auf die Reform auf Bundesebene warten, sondern die Landesregierung hier in Schleswig-Holstein umgehend Gespräche mit den Trägern führt, um die Schulgeldfreiheit zu erwirken. - Jo tak.

(Beifall SSW und SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für einen Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Birte Pauls das Wort.

Birte Pauls [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich über die Einigkeit, die der SPD-Antrag hier ausgelöst hat. Einheitlich wird gesagt: Selbstverständlich muss die Ausbildung in Gesundheitsfachberufen in Zukunft kostenfrei sein. Wir wollen aber unterschiedliche Wege einschlagen. Bei der Rede der Kollegin Rathje-Hoffmann hatte ich den Eindruck, dass die Dringlichkeit noch nicht wirklich verstanden worden ist. Sie und auch der FDP-Kollege, der vorhin gesprochen hat, schielen immer auf den Bund.

Ich sage es noch einmal: 2013 hat die GroKo die Pflegeberufereform beschlossen. Im Spätsommer 2017 wurde das entsprechende Gesetz verabschiedet. Bis 2020 soll es umgesetzt werden. Zwar besteht grundsätzlich Einigkeit, aber wir wissen ja nicht einmal, ob es zur GroKo kommt. Auf die Umsetzung 2020 können die Therapeutenberufe schlichtweg nicht warten. Ich finde, wir als Land sind ein Stück weit mit dafür verantwortlich, diese Lücke zu schließen und quasi in Vorleistung zu gehen. Wenn es in ein paar Jahren möglich ist, das über den Bund zu regeln, dann ist das über den Bund zu regeln. Dann ist das gut, dann freuen wir uns alle. Aber in der Zwischenzeit muss das Land Sorge für diese Therapeutenberufe tragen.

Wir haben das bei der Pflegeausbildung genauso gemacht. Wir haben 2013 200 zusätzliche schulgeldfreie Ausbildungsplätze geschaffen, 2014 200 und 2015 300, sodass wir irgendwann in der Situation waren, dass in Schleswig-Holstein in diesem Bereich niemand mehr Schulgeld zahlen muss.

Zu Ihrem Antrag: Sie lassen sich dafür bejubeln, dass Sie das auf 2.100 Ausbildungsplätze aufstocken wollen. Fakt ist aber, dass die vorhandenen Schulplätze nicht einmal besetzt sind. Zwar gibt es so viele Schulplätze, aber sie sind nicht besetzt. Laut Ihrer Antwort auf meine Kleine Anfrage auf der Drucksache 19/283 haben nur 536 Schülerinnen und Schüler die Ausbildung in der Altenpflege begonnen und 435 in der Altenpflegehilfe. Zum 1. Oktober 2016 waren nur 1.318 Schulplätze im Bereich der Altenpflege besetzt. Sie sehen, die Lücke bis 2.100 ist groß. Ich kann keinen Run auf die Ausbildungsplätze erkennen. Deswegen ist es nicht richtig, bei 2.100 Ausbildungsplätzen den Deckel draufzumachen. Nein, unsere Marschrichtung war immer: Wir bezahlen alle Ausbildungsplätze; wir stellen alle Ausbildungsplätze, die gesucht werden, zur Verfügung. Das ist, glaube ich, die richtige Marschroute. Von der Zahl 2.100 sollte man sich nicht beeindrucken lassen.

(Birte Pauls)

Noch einmal zurück zu den anderen Gesundheitsberufen, zu Logopäden, Ergotherapeuten, Physiotherapeuten und so weiter: NRW macht das vor. Dort ist der Antrag gerade im System. Bremen macht das vor. Dort ist der Antrag gerade im System. Auch diese Länder warten nicht auf eine Lösung durch den Bund. Deshalb noch einmal meine herzliche Bitte: Lassen Sie uns gemeinsam eine Lösung finden. Das Geld ist da. Das ist eine Frage des Willens. Ich bitte Sie ganz herzlich, diesen Willen aufzubringen und den Gesundheitsberufen an dieser Stelle zu helfen. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat die Frau Abgeordnete Dr. Marret Bohn.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Liebe Kollegin Pauls, Sie haben meine Kolleginnen und Kollegen aus der Jamaika-Koalition direkt angesprochen. Deshalb möchte ich Ihnen sagen: So weit waren wir hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag noch nie. Alle haben sich positiv dazu geäußert. Alle haben endlich erkannt, wie groß das Problem ist. Das, worüber wir beide seit Jahren immer wieder in kleinen Runden gesprochen haben, ist endlich einen großen Schritt weitergekommen. Das ist doch etwas Positives. Das waren doch gute Signale, die wir da gehört haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP - Zuruf Birte Pauls [SPD])

Auch das, was Sie in der Küstenkoalition angesprochen haben, war richtig. Aber ich finde es schade, dass Sie sich jetzt hier hinstellen und sagen: „Ach, Ihr meint das vielleicht doch nicht ernst.“ Das ist ernst gemeint. Wir haben uns natürlich ganz genau überlegt, wie wir damit umgehen.

(Birte Pauls [SPD]: Diskutieren Sie darüber doch einmal mit Ihren Kollegen!)

- Ja, ich diskutiere mit denen auch über den Weg, denn auch mir geht das alles viel zu langsam. Aber es ist doch viel besser, wenn wir in diesem Bereich aufeinander zugehen und sehen, dass es weitergeht, wenn Sie sich in Berlin dafür einsetzen, wenn sich die Kollegin Katja Rathje-Hoffmann bei den Verhandlungen der Großen Koalition einsetzt. Wir in Schleswig-Holstein wären doch blöd, wenn wir die Unterstützung des Bundes nicht annehmen würden. Hier will keiner warten. Hier hat jeder die Zeichen

der Zeit erkannt. Endlich ist es so weit, dass wir nach vorne kommen.

Ich würde mich sehr freuen, wenn wir das im Sozialausschuss noch einmal klar machen. Jamaika steht bereit, die SPD ist bereit, Flemming Meyer hat dies auch für den SSW klar gesagt. Es geht nach vorne, und das ist ein gutes Zeichen. Ich glaube, so sollten wir nach dieser Debatte auch in die Beratungen gehen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Landesregierung hat der Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren, Herr Dr. Heiner Garg, das Wort.

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ich möchte mich, allerdings mit Ausnahme des vorletzten Kurzbeitrags, sehr herzlich für diese Debatte bedanken. Was gibt es Schöneres für einen Gesundheitsminister, der übrigens in unterschiedlicher Funktion seit Jahren immer wieder auf allen Veranstaltungen dafür kämpft, und zwar nicht nur auf dem Kongress des letzten Gesundheitsrates? Der wirklich limitierende Faktor der Versorgung werden in Zukunft weniger die knappen finanziellen Ressourcen sein als vielmehr die viel knapperen personellen Kapazitäten überall. Deswegen sage ich zunächst den demokratischen Fraktionen dieses Landtages Dank für die Unterstützung, dass wir auf diesem Weg ganz offensichtlich einen großen Schritt weiterkommen. Vielen Dank dafür, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Frau Kollegin Pauls, ich finde es schade, dass Sie in Ihrem Kurzbeitrag die Entwicklung bei der Altenpflegeausbildung aus Ihrer Sicht etwas merkwürdig dargestellt haben. Es war immer Ziel jeder Landesregierung, und zwar seit Gitta Trauernicht - das war in den Jahren 2005 bis 2009 -, nach Haushaltslage - das sage ich bewusst, weil wir ja über Wege sprechen wollen - so viele Schulplätze wie möglich schulgeldfrei zu stellen. Das hat die Kollegin Trauernicht getan, das habe auch ich getan. Sicher, 30 Plätze sind nicht viel. Aber wenn Sie sich an den Konsolidierungskurs erinnern, dann war es ein weiterer Schritt, und den haben Sie getan.

(Minister Dr. Heiner Garg)

Was wir jetzt tun, ist gar nicht, die magische Zahl 2.100 in den Vordergrund zu stellen, sondern wir wollen im Jahre 2018 für bis zu 2.000 Schulplätze die chronische Unterfinanzierung der Altenpflegeschulen endlich beenden, indem wir jeden Schulplatz mit 450 € pro Monat bezuschussen. Das kann und muss doch auch in Ihrem Interesse sein. Das haben Sie doch als engagierte Pflegepolitikerin auch jahrelang landauf, landab gefordert. Das ist der größte Schritt, den eine Landesregierung bisher getan hat. Ich bin dankbar und bin stolz darauf, dass uns das mit Jamaika gelingt.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Birte Pauls [SPD])

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist in der Tat jungen Menschen - ich weiß auch nicht, wie ich das den jungen Menschen erklären soll -, die sich für einen sozialen Beruf entscheiden, völlig unverständlich, wenn ihnen hinterhergerufen wird: „Dafür müsst ihr euer Schulgeld aber noch selber mitbringen.“ Aus diesem Grund - das ist vielfach angesprochen worden - müssen wir uns, wie die heutige Debatte gezeigt hat, nicht über das Ob, sondern über das Wie unterhalten.

Da, liebe Frau Kollegin Pauls und liebe Kolleginnen und Kollegen, sage ich: Da gibt es viereinhalb grundsätzliche Möglichkeiten.

Eine Sondermöglichkeit, die ich gut finde, lieber Kollege Meyer - ich nehme die Anregung sehr gerne auf -, ist aber bedauerlicherweise lokal zunächst nur sehr begrenzt. Es gibt aber viereinhalb Möglichkeiten, über die wir uns grundsätzlich im Ausschuss unterhalten müssen, damit wir wissen, welchen dieser Wege wir einschlagen wollen. Ich skizziere einmal, was grundsätzlich möglich wäre, wie man das herstellen kann.

Da ist theoretisch erstens die Aufnahme des Landes in die Privatschulförderung. Das kann man so machen. Das wäre ein möglicher Weg nach §§ 115 ff. des Schulgesetzes.

Zweitens - hier gibt es die Varianten A und B - könnte dies analog der Altenpflege geschehen. Das Land würde dann eine Förderrichtlinie erlassen, und die Abwicklung würde über das Landesamt für soziale Dienste erfolgen. Ich habe vorhin „nach Haushaltslage“ gesagt; man könnte auch sagen „nach Kassenlage“. Aber das ist eigentlich die Variante, die ich mir am wenigsten wünsche. Dies würde nämlich eine Förderung nach Kassenlage bedeuten. Uns geht es finanziell gut. Die Frage ist nur, wie vielen Bundesländern es wie lange so gut geht. Ich finde, eine Ausbildungsförderung und ei-

ne Ausbildungsvergütung nach Kassenlage ist die schlechteste aller Varianten.

Ich fände es, ehrlich gesagt, besser, wenn wir als Variante B das in Erwägung zögen, was jetzt mit der Umsetzung der Pflegeberufereform endlich Wirklichkeit wird, nämlich über ein Umlageverfahren, also über die vorverwaltende Stelle darüber nachzudenken, ob das nicht auch für die anderen Gesundheitsfachberufe und für die Heilberufe eine Lösung sein könnte.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die dritte Möglichkeit, liebe Kolleginnen und Kollegen, wäre die Vollakademisierung, also das, was jetzt bei den Hebammen auf den Weg gebracht wird. Wenn ich mit Vertreterinnen und Vertretern der Physiotherapeuten spreche, dann ist das ein Modell, dass die Physiotherapeutinnen und Physiotherapeuten präferieren. Das also wäre die dritte Möglichkeit, über die es sich im Ausschuss zu reden lohnen würde.

Die vierte Möglichkeit wäre natürlich die Überführung ins duale System.

Sie sehen also, es gibt vier grundsätzliche Möglichkeiten, wie man dieses Ziel erreichen könnte. Ich finde, es ist richtig, wenn wir uns im zuständigen Gesundheits- und Sozialausschuss darüber ein Bild machen, wohin wir denn wirklich wollen, welchen Weg wir einschlagen wollen.

Selbstverständlich macht es Sinn - ich sage dies sehr vorsichtig -, im Zweifel auch mal zu gucken, was sich denn der Bund wirklich vorstellt. Ist die Aussage im Sondierungspapier richtig, dass der Bund das regelt und in die Hand nehmen will? Das kann ich mir, ehrlich gesagt, nicht vorstellen, weil es vor allem Ländersache wäre; auch die Umsetzung der Pflegeberufereform ist im Übrigen Ländersache. Dass es so lange dauert - das wissen auch Sie -, liegt weniger am Land als am Gesetzgebungsverfahren in den Jahren 2013 bis 2017.

Oder ist das, was in dem Sondierungspapier festgehalten worden ist, ein Angebot des Bundes - ich formuliere das einmal höflich -, sich finanziell dabei zu engagieren? Insoweit sage ich ernsthaft: Dann wäre das Land doch mit dem Klammerbeutel gepudert, diese ausgestreckte Hand, wenn es denn eine ist, nicht anzunehmen.

Wir sollten uns - ich werde das im Übrigen auch auf der entsprechenden Fachministerkonferenz tun - auch mit den anderen Ländern darüber abstimmen, welchen Weg diese Länder denn einschlagen, damit

(Minister Dr. Heiner Garg)

wir gemeinsam mit Jamaika und gerne auch mit Unterstützung der Opposition diesen unbefriedigenden Zustand beenden können. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Die Regierung hat die Redezeit um 2 Minuten überzogen. Diese Redezeit steht deshalb auch allen anderen Fraktionen zur Verfügung. - Ich sehe, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe somit die Beratungen.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/437 sowie den Alternativantrag Drucksache 19/479 dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmhaltungen? - Das ist somit einstimmig beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 34 auf:

Fonds für Barrierefreiheit einrichten

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/253

Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses
Drucksache 19/420

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht Fall.

Ich erteile zunächst das Wort dem Herrn Berichterstatter des Sozialausschusses, dem Abgeordneten Werner Kalinka.

Werner Kalinka [CDU]:

Frau Präsidentin! Die mir vorliegende Unterlage umfasst eine Seite. Deswegen verweise ich auf die Vorlage, Drucksache 19/420.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Andrea Tschacher das Wort.

Andrea Tschacher [CDU]:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste!

„Will man Schweres bewältigen, muss man es sich leicht machen.“

Das hatte schon Bertolt Brecht erkannt. Bereits seit vielen Jahren setzt sich die CDU-Fraktion für die Einrichtung eines Fonds für Barrierefreiheit ein, um einem Ziel sukzessive näherzukommen: dem Ziel eines barrierefreien Zugangs. In den Reigen schließe ich den Beauftragten für Menschen mit Behinderung, Dr. Ulrich Hase, ein, stellvertretend genannt für viele weitere Akteure.

Auf barrierefreie Angebote sind viel mehr Menschen angewiesen, als man zunächst annehmen könnte: Menschen mit Behinderung, ob jung oder alt, aber auch Erziehende mit Kindern.

Was genau heißt Barrierefreiheit? Die meisten Menschen verstehen unter Barrierefreiheit Rampen statt Treppen, breite Türen statt schmaler Eingänge und absenkbare Busse, die barrierefreies Befördern möglich machen. Doch reichen bauliche Veränderungen und speziell ausgerüstete Fahrzeuge aus, um den Alltag barrierefrei zu gestalten? - Wir sagen Nein.

Barrierefreiheit heißt für uns auch: Zugang für alle, und zwar ohne fremde Hilfe. Dies gilt für die bauliche Barrierefreiheit, wie zum Beispiel in Gebäuden, auf öffentlichen Plätzen, bei der Nutzung von Verkehrsmitteln, am Arbeitsplatz, in Wohnungen und auch bei Freizeitangeboten. Barrierefreiheit bedeutet aber auch, dass gehörlose Menschen einen Vortrag verfolgen können, zum Beispiel mithilfe eines Gebärdensprachdolmetschers, dass Formulare in Leichter Sprache vorhanden sind, eine Rampe und ein Aufzug und nicht nur Stufen sowie Drehtüren ins Rathaus führen und Zugänge eine ausreichende Breite haben.

(Beifall CDU)

Aber auch die digitale Barrierefreiheit gehört mittlerweile dazu. Internetseiten müssen so gestaltet sein, dass jeder sie nutzen kann. Barrierefreiheit ist ein wichtiges Element auf dem Weg zu einer gelungenen Inklusion. Die physische und die digitale Barrierefreiheit zu ermöglichen, ist eine wesentliche Aufgabe unserer Gesellschaft.

Wir als Jamaika-Koalition gehen diesen notwendigen Weg und stellen uns der Verantwortung. Das ist jedoch allerdings auch mit finanziellen Maßnahmen und Aufwendungen verbunden. Hier jedoch

(Andrea Tschacher)

stoßen die Institutionen und deren Beteiligten oft an ihre Grenzen. Genau hier wollen wir mit dem Fonds für Barrierefreiheit ansetzen.

Das geht, wie wir alle wissen, nicht von jetzt auf gleich, sondern es erfordert Zeit in der praktischen Umsetzung hin zu einer inklusiven Gesellschaft, die solche Barrieren nicht mehr kennt. Kriterien für unseren Fonds müssen nun festgelegt werden, damit wir diese Vorhaben so rasch und so wirkungsvoll wie möglich umsetzen können. Ausdrücklich wollen wir dabei neben dem Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung auch die Verbände frühzeitig in diesen Prozess einbinden. Wo Barrieren behindern, bleibt eigenständige Teilhabe am kulturellen und politischen Leben, an der Arbeitswelt und in der Freizeit verwehrt.

Der Fonds für Barrierefreiheit ist ein guter und wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Die Jamaika-Regierung wird dafür Sorge tragen, dass modellhafte Anstrengungen, die vollständige Nutzungsketten berücksichtigen, im Land im besonderen Maße gefördert und Förderkriterien aufgesetzt werden, um Modellprojekte dieser Art zu unterstützen. Ich finde es sehr erfreulich, dass wir nicht nur als Regierungskoalition heute hier stehen und diesen Schritt gehen, sondern auch die Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen der SPD und des SSW in dieser Sache haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Barrierefreiheit geht uns alle an, Menschen mit Behinderung und Menschen ohne Behinderung. Für mehr Teilhabe am gesellschaftlichen Leben wird die Jamaika-Koalition einen Fonds für Barrierefreiheit einrichten und in dieser Legislaturperiode insgesamt 10 Millionen € in diesen neuen Fonds hineingeben.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
FDP und SSW)

Die Jamaika-Koalition macht nun also das möglich, was längst überfällig ist und wofür wir - ich betone es an dieser Stelle noch einmal - als CDU-Fraktion lange gekämpft haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Selbstverständnis für Barrierefreiheit beginnt in unseren Köpfen. Es ist auch Aufgabe der Politik, dieses Selbstverständnis zu fördern. Deswegen stehe ich heute hier. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
FDP und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Wolfgang Baasch das Wort.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es bleibt das Ziel, Politik für und mit Menschen mit Behinderung zu gestalten. Unser aller Ziel muss es sein, gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung in unserer Gesellschaft sicherzustellen. Mit dem Landesaktionsplan wurden Schritte zur Umsetzung der Rechte von Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein erarbeitet und veröffentlicht. Der Landesaktionsplan ist dabei eine Leitlinie für die schrittweise Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und muss kontinuierlich fortgeschrieben und angepasst werden. Dabei ist es richtig, wichtig und notwendig, Barrieren zu beseitigen und abzubauen.

Mit dem Fonds für Barrierefreiheit, den die Regierungskoalition im Haushalt festschreiben will, soll in Schleswig-Holstein dem Ziel, in möglichst vielen Bereichen Barrierefreiheit zu erreichen, nähergekommen werden. Dies gilt vor allem für die Bereiche Barrierefreiheit und Mobilität. Barrieren in der Arbeitswelt sollen abgebaut werden, Barrierefreiheit beim Planen und Bauen soll berücksichtigt werden, Barrierefreiheit in der Kommunikation und bei der Information soll umgesetzt werden. Barrierefreiheit soll auch in der Umsetzung von Grundrechten verwirklicht werden, das heißt, Barrierefreiheit soll bei Wahlen eingehalten werden. Barrierefreiheit in der Verwaltung, aber auch in der Wirtschaft, zum Beispiel beim Tourismus, soll auf den Weg gebracht werden. Das sind nur einige Bereiche, in denen Barrieren das Zusammenleben behindern, in denen Menschen mit Behinderung an der Teilhabe gehindert beziehungsweise ausgeschlossen werden.

Uns Sozialdemokraten ist ganz besonders wichtig, dass Menschen mit Behinderung direkt und die Interessenverbände der Menschen mit Behinderung in die Projekte, in denen Barrierefreiheit umgesetzt und exemplarisch organisiert werden soll, eingebunden werden. „Nicht ohne uns über uns“ ist dabei unser Leitgedanke. Dafür bedarf es Förderkriterien und natürlich einer engen Zusammenarbeit mit dem Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung.

Nachdem wir im Sozialausschuss intensiv über diese Punkte diskutiert haben und die Regierungskoalition unser Anliegen auf Beteiligung von Men-

(Wolfgang Baasch)

schen mit Behinderung und deren Interessenverbänden, aber auch auf nachvollziehbare Förderkriterien aufgenommen haben, stimmen wir Sozialdemokraten diesem Fonds für Barrierefreiheit gern zu.

Ich darf mich an dieser Stelle einmal bei den Kolleginnen und Kollegen aus dem Sozialbereich herzlich für die konstruktive und intensive Zusammenarbeit bedanken.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW - Werner Kalinka [CDU]: Das ist immer so bei uns!)

Mit dem Fonds für Barrierefreiheit sollen die Teilhabe von Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein gestärkt und die Benachteiligung von Menschen mit Behinderung durch Barrieren in unserer Gesellschaft abgebaut werden. Das ist ein Anliegen, das wir alle gemeinsam teilen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Dr. Marret Bohn das Wort.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt ist es so weit: Nach all den Jahren der Beratung, nach den vielen Gesprächen, die die sozialpolitischen Sprecherinnen und Sprecher geführt haben - in Arbeitskreisen, in verschiedenen Konstellationen, in ihren Fraktionen - kommt der Fonds für Barrierefreiheit. Ich freue mich riesig. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in Schleswig-Holstein leben etwa 520.000 Menschen mit Behinderung, das ist fast jeder Fünfte. Rund 340.000 Menschen sind schwerbehindert. Diese Zahlen zeigen ganz eindeutig, wie viele Menschen bei der Teilhabe am Alltagsleben beeinträchtigt sind, bei der Arbeit, bei Kultur, bei Sport, bei Freizeit, bei allen Dingen im Alltag. Deswegen ist es gut und richtig, dass wir die UN-Behindertenrechtskonvention ernst nehmen und dafür sorgen, dass die Barrierefreiheit besser wird.

Eines ist klar: Barrierefreiheit ist nicht nur gut für Menschen mit Behinderung, sie ist auch gut, weil Familien, die mit einem Kinderwagen unterwegs

sind, oder junge Menschen, die eine Sportverletzung gehabt haben, sonst über Barrieren gestolpert wären. Wenn die Barrieren an öffentlichen Gebäuden abgebaut werden, ist das für alle gut und führt dazu, dass die Teilhabe am Leben verbessert wird. Es ist sinnvoll und gut, dass wir das auf den Weg bringen.

Zum rechtlichen Hintergrund hat heute der Kollege Baasch nur ein paar Worte gesagt, was er sonst anders macht. Ich finde es ganz wichtig, dass wir noch einmal sagen, dass es nichts ist, was sich Sozialpolitikerinnen und -politiker wünschen, weil die Welt dann besser wird, sondern es ist ein Grundrecht auf Teilhabe. Es ist Teil der UN-Behindertenrechtskonvention, und es ist unsere Aufgabe, diese Schritt für Schritt umzusetzen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und Wolfgang Baasch [SPD])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben mit der Küstenkoalition den Aktionsplan zur UN-Konvention auf den Weg gebracht. Auch wir von der Jamaika-Koalition haben uns vorgenommen, dass wir das Schritt für Schritt weiter umsetzen. Da würde ich mich freuen, lieber Kollege Wolfgang Baasch und lieber Kollege Flemming Meyer, wenn wir das gemeinsam tun. Es ist ein ganz wichtiges Projekt. Wir wissen alle, dass es nicht sofort geht, aber Schritt für Schritt, jeden Tag der Inklusion ein bisschen näherzukommen, ist ein gutes Ziel. Jeder Euro von den 10 Millionen €, die jetzt zur Verfügung gestellt werden, ist gut investiert. Ich freue mich darüber. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Dennys Bornhöft das Wort.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich sehr, dass wir heute über eine große gemeinsame Fassung des Antrags debattieren können.

(Unruhe)

- Über Inklusion und Teilhabe wird generell viel gesprochen, Herr Fehrs, insbesondere im beruflichen Kontext. Barrierefreiheit ist ein ehernes Ziel. Die meisten Angebote, die mit Barrierefreiheit tituliert werden, sind aber eher als barrierearm zu be-

(Dennys Bornhöft)

werten. Ein Umfeld zu schaffen, welches es allen Menschen, ob Handicap oder nicht, gleichermaßen ermöglicht, sich einzubringen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deswegen wird es auch stets ein Feld sein, auf dem Politik und Verwaltung vorweggehen und positive Zeichen setzen müssen. Bei Barrierefreiheit denken die meisten, es handle sich um Treppen, Rampen, Fahrstühle oder auch akustische Ampelschaltungen. In Büro und Wohngebäuden gibt es gerade im Altbestand noch einige Hürden. Der Wortlaut des Koalitionsvertrages stützt sich auch sehr auf diese Form der Barrieren.

Ich selbst habe bis vor ein paar Jahren bei Barrierefreiheit auch eher in die Richtung Baumaßnahmen gedacht, bis ich einen Arbeitskollegen in der Hamburger Verwaltung bekommen habe, der von Geburt an blind gewesen ist. Sein Alltag beziehungsweise Berufsalltag wurde nicht durch viele Treppen zu den U-Bahn-Stationen in Hamburg, durch verwinkelte Gänge oder gar den Paternoster, den wir auch in der Hamburger Finanzbehörde hatten, beeinträchtigt. Vielmehr gab es eine Beeinträchtigung durch nicht barrierefreie digitale Medien. Der Kollege saß in meiner IT-Stelle und musste sich alles mit einem sogenannten Screen-Reader vorlesen lassen. Bei einfachen Texten aus E-Mails ist das kein Problem, aber auf Webseiten oder bei Anwendungsprogrammen, bei denen es mehrere Fenster und Ebenen gibt, die man als normal sehender Mensch so gar nicht wahrnimmt, kann man schon ins Verzweifeln kommen. Selbst bei für teuer Geld als barrierefrei gekaufter Software merkt man häufig schnell, dass diese nicht frei von Barrieren ist.

Da die meisten neuen Arbeitsplätze vermutlich im digitalen Umfeld entstehen werden, diese somit natürlich auch enorme Job-Perspektiven für Menschen mit Behinderung bieten, ist es wichtig, dass der Fonds für Barrierefreiheit auch für digitale Angebote gilt. Bezüglich der Integration in die Berufswelt ist zu befürchten, dass neben der mangelnden Zugänglichkeit von Verkehrsmitteln die Probleme bei der Wahrnehmung der klassischen PC-Arbeit sonst der größte Flaschenhals beim Joberhalt werden. Zugang zum Internet wird mehr und mehr ein Grundpfeiler der Daseinsvorsorge. Das Institut für Aus- und Weiterbildung hat diesbezüglich ein Projekt mit dem Titel „Vernetzt“ aufgesetzt, das es Menschen erleichtern soll, barrierefrei, selbstbestimmt und sicher im Netz zu surfen. Der digitale Zugang beispielsweise zur öffentlichen Verwaltung sollte diesen Anforderungen natürlich auch genügen. Hier sollte bereits bei den Ausschreibungen für Software oder auch bei betreffenden Updates mehr auf echte Barrierefreiheit geachtet werden.

Wer hierbei vorangehen will, versucht sich daran, eine sogenannte ISO-16171-Zertifizierung für seine Software zu erlangen. Hierin sind sowohl die Gebrauchsfähigkeit als auch die Zugangsmöglichkeit zwischen Anwendung und Benutzer die Zielpriorität. Gleiches gibt es natürlich auch für barrierefreies Bauen. Das ist dann die ISO 21542.

10 Millionen € sind das, was wir in dieser Legislaturperiode für Modellprojekte finanziell zur Unterstützung in die Hand nehmen wollen, um die Barrierefreiheit damit stärker zu leben. Gerade bei Neubauten, sei es für Bürogebäude, Gastronomie oder auch Wohnungen zur Miete oder als Eigentum, ist es auch ein Marktwertvorteil, wenn diese zum Beispiel lückenlos rollstuhlgerecht sind. Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung, Ulrich Hase, hat hierzu vor Kurzem eine Broschüre zum Thema barrierefreies Bauen herausgegeben. Auch hier sind einige Hinweise zur Orientierung enthalten, beispielsweise akustische Informationsübertragung durch Induktion für Hörgeschädigte. Das war auch mir vorher neu und ist sehr spannend. Solche Maßnahmen sollen mit den 10 Millionen € bis mindestens 2022 unterstützt werden.

Wünschenswert wäre es auch, wenn Modellprojekte selbst genutzten Wohnungsbau auch im Hinblick auf mehr Barrierefreiheit unterstützen, ohne direkt in gesetzliche Zwänge zu münden.

Ich hoffe und erwarte, dass sich aus diesem Barrierefreiheits-Fonds viele Maßnahmen etablieren, die sowohl Menschen mit Behinderung als auch sehr jungen oder älteren Menschen das Wohnen, das Arbeiten und auch die gesellschaftliche Teilhabe ein Stück weit einfacher machen werden. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. Ich bitte um Zustimmung zu dem Antrag.

(Beifall FDP, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Hans Hinrich Neve [CDU])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für den SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer das Wort.

(Zurufe)

- Entschuldigung, das war jetzt keine böse Absicht. Für die Fraktion der AfD hat der Abgeordnete Dr. Frank Brodehl das Wort. - Entschuldigung.

(Christopher Vogt [FDP]: Wir dachten, sie wäre schon aufgelöst! - Zurufe)

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Auf dem Gebiet der Barrierefreiheit ist gerade im letzten Jahrzehnt eine ganze Menge erreicht worden. Das ist gut, aber wir wissen alle, dass noch sehr viel Luft nach oben ist, vor allem, solange es noch unnötige Barrieren und Hindernisse gibt, die uns das Fortkommen im alltäglichen Leben teils massiv erschweren oder sogar unmöglich machen. Es ist grundsätzlich gut und wichtig, dass sich dieses Haus mit dieser Thematik befasst.

Ich muss allerdings zugeben, dass ich darüber, dass es heute zu einer Aussprache kommt, durchaus überrascht war. Ich möchte kurz erläutern, warum. Das ist mit einem gewissen geschichtlichen Rückblick über das verbunden, was im Ausschuss geschehen ist.

Im Herbst brachte Jamaika den Antrag ein, einen Fonds für Barrierefreiheit einzurichten. Es ging hierbei unter anderem aber vor allem darum, dass künftig mehr Modellprojekte gefördert werden sollten. Unklar blieb dann zunächst, nach welchen Kriterien die Bewilligung etwaiger Fördermittel erfolgen sollte. Diese Kritik brachte die SPD in einem Änderungsantrag zum Ausdruck. In der Sozialausschusssitzung Mitte Dezember wurde dann über beide Anträge beraten. Es wurde Einvernehmen in der Sache und auch zur konstruktiven Kritik der SPD hergestellt, woraufhin sowohl Jamaika, als auch die SPD ihren Antrag für erledigt erklärten. Im Ergebnis empfahl der Sozialausschuss dann einstimmig - auch und selbstverständlich mit der Stimme der AfD -, den uns heute vorliegenden Beschlussvorschlag zu übernehmen und den Landtag um Zustimmung zu bitten. Das hat also für mich die Frage aufgeworfen, um was es heute eigentlich noch gehen soll und worum sich die Debatte drehen soll.

Meine Damen und Herren, es kann nicht darum gehen - damit sollten wir vorsichtig sein -, nach außen zu demonstrieren: Wir tun etwas! Oder zu sagen: Schaut einmal, was wir machen! - Denn die Schleswig-Holsteiner werden uns daran messen, was am Ende herauskommt und auch daran, ob am Ende Aufwand und Nutzen in einem gesunden Verhältnis zueinander stehen. Dazu möchte ich lediglich vier Anmerkungen machen.

Erstens. Es ist von Modellprojekten die Rede, die quasi neuen Schwung in die Sache bringen sollen. Modell- und Leuchtturmprojekte sind immer dann wichtig, wenn etwas Neues implementiert werden soll. Davon kann aber gar nicht mehr die Rede sein.

Sie wissen selbst, wann die BRK erlassen worden ist beziehungsweise wann hierzu Recht gesetzt worden ist. Lassen Sie uns also bitte immer wieder betonen, dass wir hier eigentlich von Selbstverständlichkeiten sprechen, vor allem bei der Beseitigung baulicher Barrieren. Wir können uns also beim Bau von Rampen für Rollstühle, Kinderwagen und Co. jede öffentliche Demonstration sparen. Es geht um Selbstverständlichkeiten.

Lassen Sie uns zweitens ehrlich zueinander bleiben und auch sagen, dass es aufgrund von verschiedensten Umständen, Einschränkungen und Behinderungen auch immer Hindernisse geben wird, die sich nicht beseitigen lassen. Das bedeutet in der Konsequenz: Es wird immer Mitmenschen geben, die aus dem einen oder anderen Grund auf die Aufmerksamkeit und Unterstützung von uns allen angewiesen sein werden. Diejenigen etwa, die das Anpacken am Kinderwagen an der Bahnsteigkante nicht als selbstverständlich ansehen, sollten sich bei dem ganzen Thema Barrierefreiheit bedeckt halten. Es klang eben schon an: Inklusion und Barrierefreiheit fangen in den Köpfen an. Diese Aufgabe bleibt auf jeden Fall.

Drittens sind Modellprojekte auch nicht a priori gut. Wie gut und beispielgebend sie dann wirklich sind, lässt sich nicht anhand netter Presseberichte sagen. Vielmehr - damit will meine Fraktion eine Anregung verbinden - kann die Wirksamkeit nur anhand einer anschließenden externen Evaluation festgestellt werden. Also: erst Förderkriterien festlegen und dann überprüfen, welchen Widerhall das geförderte Modellprojekt wirklich gefunden hat. Danach lässt sich dann bewerten, ob Aufwand und Wirkung in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen.

Den Ausbau der Barrierefreiheit weiter voranzutreiben, indem man auf die Signalwirkung von Leuchtturmprojekten setzt, kann die Sache voranbringen. Freiwilligkeit tut tatsächlich immer gut. Das bedeutet aber nicht, dass Kontrolle schlecht ist.

Um ein Beispiel zu nennen: In Ostholstein ist es passiert, dass in einem Schulneubau die bestehende DIN-Norm bezüglich der Nachhallzeiten in der Planung schlicht übersehen worden oder nicht umgesetzt worden ist. Erst Messungen nach Einzug der Schüler und Lehrer offenbarten dann das Chaos, und es musste sehr teuer nachgerüstet werden. Ein solches Versagen beziehungsweise ein solches Laissez-faire beim Umgang der Bauaufsicht mit - zugegeben - weniger bekannten Maßnahmen der Barrierefreiheit sind ein Unding.

(Dr. Frank Brodehl)

Es muss also viertens dafür Sorge getragen werden, dass die Einhaltung bereits bestehender Vorgaben künftig besser kontrolliert wird. Nachrüstungen verursachen immer mehr Geldbedarf, als wenn man es direkt richtig macht.

Ich komme zum Schluss. Meine Irritation darüber, dass heute diese Aussprache noch einmal in dieser Form erfolgt, habe ich schon angesprochen. Wie dem auch sei, immerhin hatte ich jetzt die Gelegenheit, die Position meiner Fraktion noch einmal zu verdeutlichen. Diese lautet auf den Punkt gebracht: Barrierefreiheit ja, unbedingt, aber bitte keine unnötige Symbolpolitik, weg von Prestigeobjekten und Modellprojekten -

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Ende!

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

- einen Satz noch -, hin zu einem gesunden Mix aus baulichen Selbstverständlichkeiten, aus Kontrolle, aus einer ungeschminkten Anerkennung möglicher Folgen einer Behinderung und last, but not least, aus mehr Menschlichkeit.

Von dem Fonds erwarte ich mir sehr viel, und wir stimmen diesem Fonds selbstverständlich zu.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich habe schon in der letzten Debatte zum Thema deutlich gemacht, dass der SSW diese Initiative voll und ganz unterstützt. Denn bei der Barrierefreiheit gibt es in fast allen Bereichen unserer Gesellschaft noch deutlich Luft nach oben. Einen Fonds aufzusetzen, um Modellprojekte vorzubringen, kann ganz sicher nicht schaden.

Ich denke, allen ist klar, wie wichtig das Ziel einer barrierefreien Gesellschaft ist. Vor dem Hintergrund der unveränderten guten Einnahmesituation des Landes könnte man vielleicht noch mehr Geld in die Hand nehmen, aber ich will die 10 Millionen € nicht kleinreden. Grundsätzlich ist dieser Ansatz wirklich sinnvoll.

Im Antrag wird zu Recht auf den langfristigen Charakter dieser Aufgabe hingewiesen. Diese Einschät-

zung teilen wir natürlich. Aber dem SSW ist es in Sachen Barrierefreiheit eben auch wichtig, dass wir gleichzeitig möglichst breit ansetzen. Viele physische Barrieren wie Bordsteinkanten oder Treppen sind seit Langem bekannt. Aber neben diesen Barrieren gibt es noch eine ganze Reihe mehr. Auch eine unverständliche Sprache kann zur Barriere werden. Auch beim Zugang zum Arbeitsmarkt oder zu Institutionen wie etwa Vereinen werden viele Menschen durch Barrieren ausgegrenzt. Man muss sich einfach klar machen, dass Barrieren sehr vielfältig sein können, genau wie die Aufgabe, sie aus dem Weg zu räumen.

Ich habe zum Beispiel schon im Oktober darauf hingewiesen, dass es immer mehr Hörfassungen und Untertitelungen von Fernsehsendungen gibt. Das ist, für sich genommen, zunächst einmal sehr gut und richtig. Wenn man aber die digitalen Angebote anschaut, so sind leider die weitergehende Informationen auf den Internetseiten meistens nicht barrierefrei. Man muss also den barrierefreien Zugang im Hinblick auf das gesamte Angebot sehen. Auch solche Dinge müssen mitgedacht werden, wenn es beispielsweise um die Entwicklung der entsprechenden Kriterien hierfür geht.

Schon im Ursprungsantrag ist das übergeordnete Ziel formuliert, in möglichst vielen Bereichen Barrierefreiheit zu erreichen. Ich gehe davon aus, dass alle diese Zielsetzung teilen, nicht zuletzt, weil davon so viele Menschen profitieren können. Denn neben älteren Bürgerinnen und Bürgern oder Eltern mit Kinderwagen kommt der Abbau von Barrieren vor allem den über 500.000 Menschen mit Behinderung zugute, die in Schleswig-Holstein leben und arbeiten. Für den SSW ist es deshalb selbstverständlich, dass wir sie bei Fragen der Barrierefreiheit einbinden müssen. Trotzdem freut es mich ausdrücklich, dass wir diesen Grundsatz in unserem gemeinsamen Antrag verankern konnten.

Wir alle wissen, dass Barrierefreiheit eine Grundvoraussetzung ist, wenn alle Menschen an allen Facetten des Lebens teilnehmen sollen. Es ist auch völlig unstrittig, dass Barrierefreiheit ein ganz wesentlicher Baustein zur Förderung der Inklusion ist. Ganz ohne Frage ergibt es nur einen Sinn, wenn man diese Aufgabe aus Sicht der Betroffenen selbst denkt und gestaltet.

(Beifall SSW und Werner Kalinka [CDU])

Ihr barrierefreier Alltag, ihr barrierefreier Weg zur Arbeit und der Zugang zu Freizeitangeboten muss maßgeblich sein. Diese Aufgabe ist damit sehr umfangreich, und sie hat direkte Auswirkungen auf

(Flemming Meyer)

das Leben vieler Betroffener. Nicht zuletzt deshalb wird dieser Fonds von Ihnen ja auch als wichtiges Signal gewertet.

Mir ist durchaus bewusst, dass sich längst nicht alle bestehenden Barrieren mit Geld beseitigen lassen. Wir alle müssen uns zum Beispiel immer wieder entschieden gegen Vorurteile und Diskriminierung stellen. Und doch dürfte uns das Ziel einer wirklich inklusiven Gesellschaft auch Geld wert sein. Mit diesem Fonds gehen wir einen großen, richtigen Schritt. Wenn die Finanzlage aber weiterhin so gut bleibt, würde der SSW jedenfalls nicht Nein sagen, wenn wir künftige Haushaltsüberschüsse nutzen, um hier noch etwas draufzusetzen. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Landesregierung hat Herr Ministerpräsident Daniel Günther das Wort.

Daniel Günther, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Vor zwei Wochen durfte ich einen blinden Schüler kennenlernen, der bei uns in der Staatskanzlei ein Praktikum gemacht und mir über Schwierigkeiten in seinem Alltag berichtet hat. Dabei wurde mir wieder bewusst: In vielen Bereichen besteht Nachholbedarf, um Menschen mit Behinderung das Leben zu vereinfachen, so gut es geht.

Das soll der Fonds für Barrierefreiheit bezwecken. Im Koalitionsvertrag haben wir festgelegt, dass 10 Millionen € über die ganze Legislaturperiode eingesetzt werden sollen, um Modellprojekte zu unterstützen, Projekte, die Barrieren einreißen und somit das Leben leichter machen.

In Schleswig-Holstein gibt es 550.000 Menschen mit Behinderung. Das ist jeder Fünfte. 340.000 davon gelten als schwerbehindert.

Das zeigt: Inklusion ist ein Thema aus der Mitte der Gesellschaft. Wir wollen und müssen allen Menschen die gleichen Chancen einräumen. Inklusion von Menschen mit Behinderung ist ein großes Anliegen der Landesregierung. Wir haben das Thema Inklusion in der Staatskanzlei gebündelt, weil alle Ressorts davon berührt sind. Es betrifft alle Lebensbereiche und bedarf deshalb einer umfangreichen Koordination. Inklusion muss in unserer Gesellschaft selbstverständlich werden.

Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ist als Schwerpunktthema in der Staatskanzlei angesiedelt. Hierfür werden wir eine interministerielle Arbeitsgruppe auf Staatssekretärsebene bilden. Auch die Fortschreibung des Landesaktionsplans werden wir in der Staatskanzlei zentral koordinieren.

Ich weiß, dass die Umsetzung dieser Konvention Zeit braucht. Inklusion ist nicht kurzfristig zu erreichen. Hierfür braucht es Strukturveränderungen und ein verändertes gesellschaftliches Bewusstsein. Der Fonds für Barrierefreiheit ist hier ein Schritt von vielen. Er ist ein zentrales Vorhaben, das wir bereits im Koalitionsvertrag festgeschrieben haben.

Wir wollen die Mobilität im Alltag erleichtern. Dazu werden wir Modellprojekte fördern. Am Ende sollen konkrete Verbesserungen in möglichst vielen Teilbereichen stehen. Auch das werden wir nicht alles von heute auf morgen umsetzen können. Deshalb läuft der Fonds für Barrierefreiheit über die gesamte Legislaturperiode.

Ich bin froh darüber, dass wir mit dem Haushaltsabschluss für das Jahr 2017 bereits 10 Millionen € in das Sondervermögen überführen konnten. Das Geld steht für den Fonds bereit. Schon über die Nachschiebeliste werden wir 2 Millionen € für den Haushalt 2018 zur Verfügung stellen, sodass bereits erste Vorhaben umgesetzt werden können, wenn wir die Förderkriterien entsprechend festlegen, die wir im Sozialausschuss noch präsentieren werden.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt SPD)

Barrierefreiheit ist ein Querschnittsthema. Deshalb wollen wir an der Infrastruktur ansetzen, an den Neubauten oder der Sanierung von Gebäuden. Dabei wollen wir alle Themenbereiche bündeln.

In dem Antrag geht es nicht nur um physische Barrierefreiheit, sondern explizit auch um digitale Barrierefreiheit.

(Beifall Dennys Bornhöft [FDP])

Wir leben in einer digitalen Welt. Das bietet viele Möglichkeiten, die Inklusion aller Menschen zu verwirklichen - gerade für diejenigen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind.

Das Vorhaben wird von einer breiten Mehrheit im Landtag getragen. Das setzt ein starkes Zeichen. Wir wollen gemeinsam handeln, weil es ein Thema ist, das uns alle angeht, weil es ein wichtiges Thema ist und weil es ein Thema ist, bei dem es grund-

(Ministerpräsident Daniel Günther)

sätzlich eigentlich keine zwei Meinungen geben kann. Barrierefreiheit muss gefördert werden!

(Beifall)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe somit die Beratung.

Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag Drucksache 19/253 mit Zustimmung der Antragsteller für erledigt zu erklären. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Mit der Drucksache 19/420 haben die Mitglieder des Sozialausschusses dem Landtag einen Entschließungsantrag mit der Bitte um Übernahme und Zustimmung vorgelegt. Wer dieser Entschließung zustimmen will, den bitte ich ebenfalls um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Entschließungsantrag einstimmig angenommen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt AfD)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

Wahl der Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums

Wahlvorschlag der Fraktion der FDP
Drucksache 19/455

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Eine Aussprache hierzu ist nicht vorgesehen. Ich lasse über den Wahlvorschlag abstimmen und schlage Ihnen hierfür offene Abstimmung vor. - Widerspruch höre ich nicht. Dann werden wir so verfahren.

Gewählt ist, wer die Mehrheit der Stimmen der Mitglieder des Landtages auf sich vereint - § 26 Absatz 3 Landesverfassungsschutzgesetz. Wer dem Wahlvorschlag Drucksache 19/455 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen. Damit sind die vorgeschlagenen Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums gewählt.

Ich unterbreche die Tagung bis Donnerstag, den 25. Januar 2018, 10 Uhr. Mir bleibt nur noch, Ihnen viel Erfolg bei Ihren anregenden Abendveranstaltungen zu wünschen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:45 Uhr